Völkerrechtler: Sarrazin ist kein Rassist S.2

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 30 – 27. Juli 2013

Einzelverkaufspreis: 2,50 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE



Bild aus den Zeiten der großen Koalition: Wenn Merkel etwas über die NSA-Abhöraktion weiß, dann weiß es auch SPD-Chef Gabriel. Ansonsten müsste auch Frank-Walter Steinmeier als Ex-Geheimdienstkoordinator Informationen erhalten haben. Bild: bilderrepublik

Deutschland könnte

Berlin setzt falsche Prioritäten – Euro-Rettung statt Sicherheit

Selbst kleinere Länder als Deutschland verfügen über Auslandsgeheimdienste, die ihre Souveränität und Sicherheit besser gewährleisten.

Noch ärgerlicher als die Kaskade von Ausflüchten, mit welchen sich die Kanzlerin aus der NSA-Spionage-Affäre zu winden versucht, ist die Heuchelei der Opposition. Und die Art, wie große Medien SPD und Grüne damit durchkommen lassen. Wenn Sigmar Gabriel oder Jürgen Trittin den Empörten mimen, wissen sie (und jeder andere, der es wissen will), dass die Kenntnis der NSA-Aktivitäten über Jahrzehnte zurückreicht.

Somit waren auch die rot-grüne Regierung von Gerhard Schröder und die SPD während der großen Koalition bestens im Bilde darüber, was US-Geheimdienste in Deutschland treiben. Dennoch verlangt Gabriel jetzt medienwirksam „Aufklärung“, dabei weiß er genau, dass er nur ein paar Türen weiter in der SPD-Zentrale laufen muss, um seinen Wissensdurst zu stillen: zum Büro von Frank-Walter Steinmeier. Der war Geheimdienstkoordinator in Schröders Kanzleramt und saß damit an der Nahtstelle.

> Es gibt ein gigantisches Netz von Inlandsagenten

Hinter dem Schwarzer-Peter-Spiel lugt indes ein Problem hervor, das in der Debatte bislang überhaupt keine Rolle spielte. Wer fragt, warum wir uns die Schnüffelei der Amerikaner überhaupt bieten lassen, bekommt zur Antwort: Deutschland sei auch auf die Informationen aus Übersee angewiesen, weil wir selbst gar nicht über die Instrumente verfügen, um unsere äußere Sicherheit nachrichtendienstlich zu garantieren.

Niemand fragt, warum das so ist. Länder mit weit weniger Finanzkraft verfügen sehr wohl über Auslandsgeheimdienste, die ihre Souveränität und Sicherheit gewährleisten können. Ebenso steht es um deren Landesverteidigung.

Deutschland hingegen gibt Abermilliarden aus für Euro-Rettungen und weitere Transferleistungen an ärmere EU-Staaten, trägt den Entwicklungshilfeanteil einer Großmacht und leistet sich ein gigantisches Netz von Inlandsagenten, deren einzige Aufgabe darin besteht, die Gesinnung der eigenen Bürger auszukundschaften. Dafür leiden der Auslandsgeheimdienst wie die Bundeswehr unter kümmerlichen Möglichkeiten.

Die Deutschen werden für ihre Sonderleistungen etwa in EU und Euro-Zone damit getröstet, dass ihr Land dafür ja auch einen überragenden Einfluss, ja die Führung in Europa ausübe. Diese angebliche deutsche Führung ist eine Chimäre: Immer wenn es ernst wird, also wenn es ums Geld geht, wird Berlin von anderen Ländern überstimmt – siehe EZB. Derweil setzen die USA ihre Mittel zum eigenen globalen Machterhalt effektiv ein.

Will Deutschland NSA-artigen „Zumutungen“ künftig entgehen, wird es seine auswärtige Politik vom Kopf auf die Füße stellen müssen. Deutsche Souveränität fußt nicht auf der Erlaubnis aus Washington, sondern auf Selbstbewusstsein und Durchsetzungswillen in Berlin. *Hans Heckel*

Rebecca Bellano:

Euro-Krise im Briefkasten

Eines war nach dem Öffnen des Briefes sofort klar: Der monatliche Beitrag für die Lebensversicherung erhöht sich um 4,52 Euro. Doch der Text, in dem die Ursache dafür erklärt wurde, war in typischem Versicherungsdeutsch abgefasst. Selbst ein Anruf bei der Versicherung brachte keine Klarheit. Also, so die bemühte Angestellte am Telefon, wie den Medien zu entnehmen sei, seien die Zinsen am Kapitalmarkt derzeit sehr niedrig. Daher erwirtschafte die Versicherung nicht mehr so hohe Gewinne, und das habe zur Folge, dass der durch die Überschüsse reduzierte monatliche Beitrag in die Lebensversicherung so nicht mehr zu halten sei. Kein Wort jedoch zur Euro-Krise, die wiederum Ursache dafür ist, dass die Zinsen am Kapitalmarkt zu niedrig sind.

Es ist überhaupt erstaunlich, dass Versicherungen so wenig gegen die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank anlässlich der Euro-Krise angehen. Dass sich die ebenfalls von der Niedrigzinspolitik massiv betroffenen Banken ruhig verhalten, ist angesichts ihrer Mitverantwortung an den derzeitigen Problemen nachvollziehbar. Aber was hält beispielsweise die Debeka davon ab, in ihrem Schreiben an ihre Kunden klar zu sagen, dass sie aufgrund der Niedrigzinspolitik im Rahmen der Euro-Rettung ihren Kunden mehr Geld abnehmen beziehungsweise weniger auszahlen kann?

Trotzdem kann man nur hoffen, dass die Versicherer vor der Bundestagswahl noch viele derartige Schreiben rausschicken. Denn hier spüren die Deutschen die Folgen der Euro-Krise im Portemonnaie und reagieren hoffentlich am 22. September entsprechend.

Polen erteilt Euro Absage

Premier Tusk sieht derzeit keinerlei Akzeptanz bei seinen Bürgern

Zumindest bisher galt Polens Premier Donald Tusk (Bürgerplattform PO) aus Sicht Brüssels als sichere Bank. Während sein Vorgänger Jaroslaw Kaczynski dort als notorischer Querulant gesehen worden war, startete Tusk mit dem Versprechen eines EU-freundlichen Kurses. Mehr noch: Tusk – im Jahr 2010 sogar mit dem Karlspreis ausgezeichnet – galt als „Vorzeigeeuropäer“ und wurde bereits als potenzieller Nachfolger für EU-Kommissionschef José Manuel Barroso gehandelt. Umso erstaunlicher fällt nun der jüngste Kurswechsel in Warschau aus: Polen wird frühestens im Jahr 2020 den Euro einführen, so die Ankündigung von Tusk.

Dabei hatte er vor gar nicht so langer Zeit noch auf eine schnelle Euro-Einführung gedrängt: „Wenn wir in Brüssel in der ersten Liga mitspielen wollen, brauchen wir den Euro.“ Tusk selbst begründet seine Vollbremsung in Sachen Euro mit parteipolitischen und juristischen Argumenten. Zur Einführung des Euro in Polen wäre nach Ansicht von Tusk eine Volksbefragung nötig. Zumindest momentan wäre dabei aber den Euro-Befürwortern eine Niederlage sicher. Zwei Drittel der Polen sind gegen einen Beitritt zur Währungsunion, so aktuelle Umfrageergebnisse. Obendrein steht Tusk auch in der eigenen Partei unter Druck: Der starke wertkonservative Flügel seiner Bürgerplattform macht gegen Pläne zur Einführung der Homo-Ehe mobil, die von Tusk unterstützt wird.

> Frühestens 2020 sollen Polen befragt werden

Die Absage an eine schnelle Einführung des Euro ist nicht die einzige Abfuhr, die sich Brüssel inzwischen vom polnischen Premier eingehandelt hat. Erst vor wenigen Wochen hat Tusk betont, dass er nicht die Absicht habe, zur EU zu wechseln, um Nachfolger von Barroso zu werden. *Norman Hanert*

Banken bald ohne Aufsicht?

EZB soll Aufgabe übernehmen, ist aber noch nicht dazu in der Lage

Elke König, Chefin der deutschen Finanzaufsicht Bafin, macht Druck auf die Politik. Diese hat entschieden, dass die Aufsicht über 150 Großbanken in den 17 Euro-Ländern künftig bei der Europäischen Zentralbank (EZB) liegt. Und auch wenn die von König geführte Behörde Bafin unter ihrem Vorgänger Jochen Sanio selbst einige Banken-Pleiten in Deutschland nicht als solche rechtzeitig erkannt hat, so sieht sie derzeit nicht, dass die EZB den Job besser erledigen kann. Ab Herbst dieses Jahres will die EZB eigentlich eine Bilanzprüfung bei den ab Ende 2014 unter ihrer Aufsicht stehenden Großbanken vornehmen, doch derzeit, so moniert König, sei noch völlig ungewiss, welche Maßstäbe angesetzt würden.

Auch bemerkt die Bafin-Chefin spitz, dass überhaupt nicht geklärt sei, wie im Notfall mit schwächelnden Banken umgegangen werden soll. „Wenn wir das nicht geklärt haben, können wir keine Bilanzprüfung machen, weil dann nichts herauskommen darf“, warnt König.

> Regeln sind noch völlig ungewiss

Doch das sind nur einige Probleme, die die EZB beziehungsweise die zuständigen Politiker noch lösen müssen, bevor die Zentralbank in der Lage ist, die Großbanken zu kontrollieren. So ist noch völlig ungewiss, wo die EZB in einem Jahr rund 1000 qualifizierte Mitarbeiter im Bereich Risikomanagement herbekommen will. Ohne erfahrenes Personal ist die EZB gar nicht in der Lage, die häufig in den Bilanzen versteckten Risiken zu erkennen. Da die EZB nur die Bankenaufsicht über stabile Institute übernehmen will, ist es ebenfalls ein Rätsel, wo alle 150 Großbanken, unter denen es einige schwächelnde gibt, das Kapital herbekommen sollen, um den Ansprüchen der EZB gerecht zu werden. Aber wie sehen die Ansprüche der EZB eigentlich aus: südländisch lax oder nordeuropäisch hart? *Bel*

Bund »privatisiert« Duisburger Hafen

Wenige Wochen vor der Bundestagswahl erfüllt sich ein Wunsch, den die FDP 2009 in den Koalitionsvertrag mit der CDU/CSU geschrieben hatte: Der Bund verkauft seine 33,3 Prozent am Duisburger Hafen. Damals hatte sich die noch von Guido Westerwelle geführte Partei an ihre liberalen Wurzeln erinnert und auf Privatisierung des Duisburger Hafens gedrängt, denn Private können in der Wirtschaft vieles effizienter regeln als der Staat, so die Überzeugung der Liberalen. Und da der Binnenhafen am Rhein mit je 20000 Schiffen und Zügen pro Jahr, 700 Mitarbeitern und 300 direkt abhängigen Firmen vor allem aus der Logistikbranche wirtschaftlich durchaus von Bedeutung ist, wünschte sich die FDP den Verkauf der Bund-Beteiligung. Die Stadt Duisburg und das Land Nordrhein-Westfalen (NRW) halten die anderen beiden Drittel des Hafens.

Seit Bekanntwerden der Verkaufspläne kursierten die Namen möglicher Interessenten. Neben dem Hafen Rotterdam, für den Duisburg wichtige Hinterland-Drehscheibe ist, waren auch die Häfen Antwerpen und Hamburg als potenzielle Käufer im Gespräch, aber auch die Deutsche Bahn wurde genannt. So wie es nun aber aussieht, ist der Käufer, der nun den Zuschlag erhalten hat, das Land NRW. „Bei einer so wichtigen Stütze der nordrhein-westfälischen Infrastruktur darf es keine Experimente mit Investoren geben, deren Motive unbekannt sind“, erklärte NRW-Finanzminister Norbert Walter-Borjans (SPD) die Beweggründe der rot-grünen Landesregierung, von dem Vorkaufsrecht Gebrauch zu machen.

Wie das extrem hoch verschuldete NRW den Kaufpreis von 47,7 Millionen Euro finanzieren will, war den Medienberichten nicht zu entnehmen. Zugleich vermeldete die „Rheinische Post“ jedoch, dass der Anteil des Bundes eigentlich sogar 150 Millionen Euro wert sein sollte. Da das klassische Geschäft mit dem Transport von Kohle und Stahl wegen der Energiewende beziehungsweise der Konjunktur rückläufig ist, sucht der Hafen nach neuen Standbeinen. Offenbar gelingt es der Gesellschaft, die 2012 einen Gewinn von 12,1 Millionen Euro vor Steuern erwirtschaftete, recht gut: Ab Herbst verschifft Audi von hier aus Teile in alle Welt. *Bel*

Sarrazin zu Unrecht abgestempelt

Völkerrechtler Tomuschat übt vernichtende Kritik am Votum des UN-Antirassismus-Ausschusses

Die Entscheidung des UN-Antirassismus-Ausschusses im Fall Thilo Sarrazin ist juristisch haltlos. Das weist der angesehene Völkerrechtler Christian Tomuschat nach. In Deutschland wurde zudem das abweichende Votum des amerikanischen UN-Ausschussmitgliedes und Harvard-Professors Carlos Manuel Vazquez verschwiegen. Vazquez sieht keinen Verstoß Deutschlands gegen die UN-Antirassismus-Konvention.

Der UN-Antirassismus-Ausschuss hatte Deutschland gerügt, weil es das frühere Vorstandsmitglied der Bundesbank Sarrazin wegen Äußerungen in einem Zeitschriften-Interview im Jahr 2009 nicht strafrechtlich verfolgt hat. Damit habe Deutschland die UN-Antirassismus-Konvention verletzt. Der Ausschuss bewertete Aussagen Sarrazins über Türken und Araber als rassistisch und forderte von Deutschland Maßnahmen, damit solche Äußerungen kunftig bestraft werden können. Innerhalb von 90 Tagen musste Deutschland berichten, wie es die Forderungen des Ausschusses umzusetzen gedenke. Die 18 Mitglieder des Ausschusses stammen teils aus Diktaturen, etliche sind keine Juristen und bis auf ein Mitglied versteht niemand Deutsch. Die hiesigen Gegner Sarrazins, darunter das steuerfinanzierte „Deutsche Institut für Menschenrechte“, das dem UN-Ausschuss für sein Votum fleißig soufflierte, begrüßten die Entscheidung freudig. Jetzt war Sarrazin sogar gleichsam mit UN-Prüfsiegel als Rassist abgestempelt.

In der Antwort der Bundesregierung an den Ausschuss hieß es jetzt, dessen Votum sei den Ge-

Bundesregierung reagierte fügsam auf die UN-Kritik

richten und Staatsanwaltschaften übermittelt worden. Man habe die Staatsanwaltschaft Berlin gebeten, die Einstellung der Ermittlungen gegen Sarrazin nochmals zu überprüfen. Die Bundesregierung überdenke derzeit die deutsche Gesetzgebung zur „Strafbarkeit rassistischer Äußerungen im Lichte des Ausschuss-Votums“. Die Berliner Staatsanwaltschaft teilte inzwischen aber mit, „die Sach- und Rechtslage“ auf Bitte des Bundesjustizministeriums noch einmal geprüft zu haben; es bleibe aber bei der Einstellung des Verfahrens. Dies wurde vom Türkischen Bund Berlin-Brandenburg, der die Beschwerde gegen Deutschland bei dem UN-Ausschuss eingereicht hatte, sogleich heftig kritisiert.

Völlig verschwiegen wurde in Deutschland das sechsseitige Sondervotum des Vertreters der USA im UN-Ausschuss, Carlos Manuel Vazquez. Der kubanischstämmige Jurist lehrt an der Georgetown-Universität in Washington und in Harvard. Vazquez erklärte, Deutschland habe keineswegs die UN-Antirassismus-Konvention verletzt, indem es Sarrazin nicht bestrafte. Dessen Interview enthalte zwar „bornierte und beleidigende Äußerungen“, doch verlange das Übereinkommen keine strafrechtliche Verfolgung „aller bornierten und beleidigenden Äußerungen“. Vazquez erklärte auch: „Die entsprechenden Beamten des Vertragsstaates beherrschen die betreffende Landessprache weitaus besser als die Mitglieder dieses Ausschusses und können die wahrscheinlichen Auswirkungen der Äußerungen im sozialen Kontext des Vertragsstaats weitaus besser einschätzen.“

Berliner Staatsanwaltschaft blockt aber ab

Nur Vazquez bewertete die Äußerungen Sarrazins angemessen differenziert. Es sei nicht willkürlich von Deutschland, wenn es in ihnen „keine sich auf die Überlegenheit einer Rasse gründenden Ideen“ erkenne. Das Recht auf freie Meinungsäußerung gelte auch für Äußerungen, die in scharfe und sarkastische Worte gefasst seien. In den Aussagen Sarrazins, die der Ausschuss als „Aufreizen zur Diskriminierung“ werte, äußere dieser lediglich Ideen für eine mögliche Gesetzgebung. „Der Begriff des Aufreizens zum Erlass einer bestimmten Gesetzgebung“, erklärte Vazquez geradezu spöttisch, „ist meines Wissens in der Tat neu“.

Der Völkerrechtler Christian Tomuschat hat in der Juni-Ausgabe der „Europäischen Grundrechte Zeitschrift“ (EuGRZ) die Entscheidung des UN-Ausschusses einer vernichtenden Kritik unterzogen. Das erste vom Ausschuss herangezogene Zitat Sarrazins weise eine „gravierende Fehlübersetzung“ auf. Sarrazin werde so wiedergegeben, als sollten die von ihm als unproduktiv kritisierten „Unterschichten“ „disappear over time“, was als Aufruf zur gezielten Verdrängung dieser Menschen aus Berlin zu interpretieren wäre. In Wahrheit habe Sarrazin gesagt: „Dieser Teil muss sich auswachsen“, was nichts anderes als – so Tomuschat – Ausdruck der Erwartung sei, dass die bisher von staatlichen Wohlfahrtsleistungen lebenden Menschen sich durch „natürliche Wachstumsprozesse“ in das Wirtschafts- und Sozialleben eingliedern würden. Sarrazin habe sich dabei nicht nur auf die in Berlin lebenden Immigranten bezogen, sondern auf die gesamte Bevölkerungsschicht, einschließlich der Deutschen.

Die Entscheidung des Ausschusses werde juristisch-handwerklich völlig ungenügend begründet. Insbesondere fehle eine Abwägung bezüglich der Meinungsfreiheit. Der Ausschuss habe mit dieser Entscheidung nicht nur sich selbst diskreditiert, sondern auch „insgesamt dem Gedanken des Menschenrechtsschutzes durch internationale Sachverständigengremien schweren Schaden zugefügt“. *Michael Leh*



Wegen seines Interviews in der Zeitschrift „Lettre International“ aus dem Jahr 2009 in der Kritik: Das frühere Vorstandsmitglied der Bundesbank Thilo Sarrazin (SPD) Bild: action press

US-Doppelmoral trifft Indianer

Zugesagte Entschädigung für Massaker von 1864 nie gezahlt

Auch nach fast anderthalb Jahrhunderten will über eines der widerwärtigsten Kapitel der nordamerikanischen Indianerkriege kein Gras wachsen. Angehörige der Cheyenne und Arapaho-Indianer haben 149 Jahre nach dem „Sand Creek“-Massaker eine Sammelklage gegen die USA eingereicht, da sie die Entschädigungen, die ihnen als Kompensation für das Massaker vertraglich zugesichert worden waren, nie erhalten hätten. Der eigentliche Anspruch der Indianer war bereits kurz nach dem Massaker 1864 unbestritten. Auf dem Boden des heutigen Bundesstaates Colorado hatten während des Sezessionskrieges Unionstruppen Indianer in ihrem Winterlager abgeschlachtet. Die meisten der 133 Opfer waren Frauen, Kinder und Alte.

Traurige Berühmtheit erlangte das Massaker nicht nur, weil sich die Indianer auf amtliche Zusagen verlassen hatten, als sie ihr Lager aufschlugen. Das Indianerdorf wurde auch mit solcher Brutalität niedergemacht, dass es selbst vor dem Hintergrund des US-Bürgerkriegs noch für Aufsehen sorgte. Sterbende und Tote wurden verstümmelt, Leichenteile zirkulierten anschließend bei den Truppen als Souvenir. Bereits im Jahr 1865 hatte eine Untersuchung des Kriegsministeriums den gesamten Vorgang um das „Sand Creek“-Lager als Kriegsverbrechen eingestuft. 1866 folgte mit dem Vertrag von Little Arkansas die Bestätigung, dass den Indianern Land und Geld als Entschädigung zustünden.

Fast 150 Jahre später fühlen sich die Nachkommen der Indianer von

Nachkommen klagen nun erneut

der US-Politik betrogen und hingehalten. Vier Anläufe zu einer Gesetzesvorlage für die Entschädigung sind in den Jahren 1949, 1953, 1957 und 1965 allesamt gescheitert. Nach Ansicht der Kläger haben inzwischen 15000 Nachkommen von Opfern Aussicht, einen Anspruch gegen Washington durchzusetzen. Schon die juristische Aufarbeitung des Massakers war für die USA alles andere als ein Ruhmesblatt. Zwar wurde vom Kriegsministerium ein Oberst als Hauptverantwortlicher für das Massaker ausgemacht, da dessen militärische Dienstzeit während der Untersuchungen aber endete, konnte er unbehelligt in das Zivilleben überwechseln.

Angesichts der jahrzehntelangen Hinhalte-Taktik von Behörden und Gesetzgeber drängt sich nicht nur rund um die Vorgänge des „Sand Creek“-Massakers der Eindruck auf, dass die Vergangenheitsbewältigung im Stil der USA von Doppelmoral geprägt ist. Eigene Verstrickungen werden über Jahrzehnte kaschiert, gleichzeitig spielen sich die USA gegenüber dem Ausland aber als moralischer Schulmeister auf, der obendrein unverhohlen auf die Macht des Stärkeren setzt. Im Falle der Zwangsarbeiterentschädigungen gegen Deutschland war dies etwa die Drohung, Sammelklagen gegen die deutsche Unternehmen vor US-Gerichten zu verhandeln, obwohl die USA in der Angelegenheit selbst gar nicht betroffen waren. Wie sehr sich die USA dabei selbst als über dem Recht stehend betrachten, macht ein Vergleich deutlich: Kaum vorstellbar ist, dass sich ein bundesdeutsches Gericht anmaßen würde, eine Sammelklage der Cheyenne und Arapaho-Indianer gegen Washington auch nur anzunehmen, geschweige denn, in inneramerikanischen Angelegenheiten Recht zu sprechen. *N.H.*

Südamerika rebelliert

Staaten begehren gegen US-Abhöraktionen auf

Als wenn die USA nicht schon genug internationale „Baustellen“ hätten: Nun steht ihnen ernsthafter Ärger in Lateinamerika ins Haus. Die Süd- und Mittelamerikaner wollen die Späh-Spitzel und Spioniererei auf ihrem Hoheitsgebiet nicht länger hinnehmen und beraten über Konsequenzen und Gegenmaßnahmen. Bemerkenswert ist daran, dass es diesmal nicht nur die üblichen Verdächtigen wie Bolivien und Venezuela sind, sondern fast alle Staaten. Selbst jene, die bisher US-freundlich gesonnen waren, sind jetzt mit Boliviens Staatschef Evo Morales und Venezuelas Präsident Nicolás Maduro einer Meinung.

»Lateinamerika nicht mehr US-Hinterhof«

Ecuadors Außenminister, Ricardo Patiño, forderte: Washington solle lernen, dass „Lateinamerika nicht mehr der Hinterhof der USA ist“. Brasiliens Präsidentin Dilma Rousseff empörte sich über die „Verletzung der Souveränität“ ihres Landes und will den Fall vor die Uno bringen. Cristina Fernández, die argentinische Präsidentin, bemerkte, ihr sei es „eiskalt den Rücken hinuntergelaufen“, als sie das Ausmaß des Lauschangriffs erfahren hatte.

Der durch politische Verfolgung bedrohte Edward Snowden hatte bekannt gemacht, dass die US-Dienste NSA, CIA und FBI schwerpunktmäßig Mexiko, Brasilien, Kolumbien und Venezuela nachrichtendienstlich angegriffen haben. Insbesondere der venezolanische Erdölsektor wurde gründlich ausspioniert. In der brasilianischen Hauptstadt Brasilia haben die US-Dienste ein modernes Abhörzentrum eingerichtet und auch die US-Botschaft im kolumbianischen Bogota ist ein leistungsfähiger Horchposten. Die bolivianische und venezolanische Regierung wollen nun eine Klage vor dem Internationalen Gerichtshof vorbereiten und fordern von der US-Regierung Schadensersatz. Der venezolanische Minister für Energie und Bergbau, Rafael Ramírez, nutzte den Fall, um Stimmung gegen die USA zu machen: „Wir sind darüber informiert worden, dass sie uns ausspionieren und Sabotageakte gegen unsere Ölindustrie planen.“ *Hans Lody*

Die Schulden-Uhr: Neue Rekorde

Laut der Statistikbehörde der Europäischen Union Eurostat sind die Schulden der Euro-Zone auf 8,75 Billionen Euro gestiegen und die Schuldenquote auf über 92 Prozent. Spitzenreiter der Euro-Gemeinschaft ist Griechenland mit 160 Prozent, 24 Prozentpunkte mehr als noch 2012. Es folgen Italien mit 130 Prozent gegenüber 124 Prozent im Vorjahr und Portugal mit 127 Prozent. Die drei Länder liegen damit über dem kritischen Wert von 120 Prozent, ab dem ein Land als abhängig von außen gilt, da an den Kapitalmärkten langfristig nicht mehr kreditwürdig. *M.R.*

2.074.157.771.192 €

Vorwoche: 2.073.629.417.225 €
Verschuldung pro Kopf: 25.798 €
Vorwoche: 25.791 €

(Dienstag, 23. Juli 2013, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Winkelzüge gegen neue Parteien

Von Theo Maass

Seit ihnen der Einzug der bürgerlichen Protestpartei Alternative für Deutschland (AfD) in den Deutschen Bundestag droht, entwickeln einige Politiker ungeahnte Kreativität. Wie gut, dass es die NPD gibt, denn sie dient wie bei vielen anderen Anlässen als willkommener Vorwand, um Dinge zu veranstalten, die eigentlich unanständig sind. Klebt man jedoch das Etikett „Es geht gegen die NPD“ drauf, wagt keiner zu widersprechen.

Kreuzberg wäre nicht Kreuzberg und der grüne Bürgermeister Franz Schulz nicht er selbst, wenn er nicht auch bei dieser Affäre das Rampenlicht auf sich lenkte. Schulz denkt nun darüber nach, die Zahl und die Orte, an denen Wahlplakate aufgestellt werden dürfen, zu reglementieren. An der NPD versuchte sich Schulz schon bei der Abgeordnetenhauswahl 2011 abzuarbeiten.

Plakate der NPD ließ der Grüne einfach abhängen, weil sie nun „ausgerechnet“ vor dem Jüdischen Museum aufgehängt worden waren. Da fing er sich eine schallende Ohrfeige vom Verwaltungsgericht ein: Der Richter bescheinigte Schulz eine Einschränkung der Meinungsfreiheit.

Jetzt ist Schulz geschmeidiger geworden. Alle Parteien sollen in der Umgebung des Museums nicht für sich werben dürfen. Das klingt gerecht, ist es aber nicht: Kleine, zumal neue Parteien benötigen die Plakatpräsenz viel stärker als alte etablierte Parteien. Die alten kennt jeder, die neuen müssen sich erst bekanntmachen, dafür sind sie auch auf Plakate angewiesen. Und unter den neuen ist die AfD die einzige, die Aussichten auf Einzug in den Bundestag hat. Sie steht daher besonders im Fokus von Abwehraktionen der Etablierten.

In Kreuzberg treffen Plakatverbote die Grünen am allerwenigsten: Es ist der Wahlkreis von Hans-Christian Ströbele, der hier mit leichter Hand das Direktmandat holt. Den kennt hier jeder. So nahm das grün dominierte Bezirksamt auch noch die ganze Karl-Marx-Allee in Friedrichshain von der Wahlwerbung aus. Nach Schulz' Vorbild will nun auch der tiefrote Bezirk Treptow-Köpenick in der gesamten Köpenicker Altstadt das Plakatieren untersagen.

Eine andere Behinderung haben sich die Bezirke Tempelhof-Schöneberg, Neukölln und Spandau ausgedacht. Dort sollen alle Parteien eine Kaution dafür hinterlegen, dass die Plakate nach der Wahl wieder abgenommen werden. Neuköllns Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky (SPD) benennt offenherzig, wer unter der neuen Maßregel wohl am meisten zu leiden haben wird: „Das sind eher die kleinen politischen Gruppierungen, die Demokratie üben und sich erstmals an einer Wahl beteiligen.“

Bürgersorgen perlen an Gauck ab

Asylbewerber-Ansturm: Bundespräsident warnt von »Rechtsradikalismus« und »Ängstlichkeit«



Angereiste Linksextremisten schüren die Eskalation: Protestzug zur Unterstützung des Hungerstreiks von Abschiebehäftlingen im brandenburgischen Eisenhüttenstadt

Bild: action press

Die Zahl der Asylsuchenden steigt rasant an. Sie belasten zunehmend die knappen öffentlichen Kassen. Lobbyverbände, Medien und Politiker versuchen indes, die Duldsamkeit der steuerzahlenden Bevölkerung zu erproben. Ziel ist es, diesen zumeist politisch nicht verfolgten Menschen ein dauerhaftes Bleiberecht in Deutschland zu verschaffen.

Auch Bundespräsident Joachim Gauck engagiert sich für das vermeintliche „Bleiberecht“ der Neuankömmlinge. Nachdem rund tausend Bürger von Berlin-Hellersdorf sich in einer Informationsveranstaltung gegen die Einrichtung eines Asylantenheimes in ihrer Umgebung gewandt hatten, hat der Bundespräsident die besorgten Bürger im Rahmen eines evangelischen Gottesdienstes am vergangenen Wochen-ende kritisiert: „Es gibt Dinge, die sich mehren, wenn wir sie teilen, zum Beispiel Liebe und Mitgefühl ... Wir sind immer mehr als die Rechtsradikalen, und wir müssen immer mehr sein als die Ängstlichen.“

All diejenigen, die gehofft hatten, Gauck werde – anders als sein Vorgänger Christian Wulff – ein volksnaher Präsident sein, sahen sich enttäuscht. Danach konnten sich die beunruhigten Hellersdorfer aussuchen, als was sie gelten wollten: „rechtsradikal“ oder „ängstlich“.

Der örtlich zuständige Pfarrer der evangelischen Kirche, Hartmut Wittig, bemühte das Neue Testament, um sich in sozialistischer Prosa zu verlieren. Mit dem Gleichnis von der Vermehrung der Nahrungsmittel durch Jesus behauptete er, dass das, was allen gehöre, auch für alle reiche, wenn es ordentlich verteilt werde. Die Gemeinde wolle sich für ein gutes Zusammenleben in der Nachbarschaft einsetzen. Da die evangelische Kirche im Ostteil Berlins zahlenmäßig die Bedeutung einer Sekte hat, ist dieses Statement bedeutungslos.

Nicht nur in Berlin wächst der Widerwille gegen die Neuankömmlinge. In Brandenburg ist die Empörung vielleicht noch größer. Nachdem in Teltow errichtete Zigeunerheime den Volkszorn anfachten, konzentriert sich nun die Auseinandersetzung auf die Abschiebehaftanstalt Eisenhüttenstadt.

In Berlin und Brandenburg wächst die Unruhe

Dort ist neuerdings auch Dirk Stegemann aktiv, der in Berlin bei zahlreichen linken Krawallen zu finden war. Vor dem Gefängnis in Eisenhüttenstadt hat er ein Zelt aufbauen lassen. Er nennt es ein „Protestcamp“. Auch beim neuen „Netzwerk gegen Lager und Abschiebung Eisenhüttenstadt“ scheint Stegemann eine zentrale Rolle zu spielen.

Stegemann: „Damit wollen wir die Flüchtlinge im Abschiebeknast unterstützen, die seit letzten Freitag hungerstreiken.“ Rückhalt in der Bevölkerung erfährt er so gut wie keine. Gerade einmal 30 Personen hielten für die Presse Plakate mit Aufschriften wie „Stop Eisenhüttenstädter Abschiebefabrik!“ hoch. Vier abgelehnte Asylbewerber sind dort in den Hungerstreik getreten. Sie wollen so ihre Abschiebung verhindern. Der Pakistaner Usman Manir war aus seiner Heimat geflohen und hatte in Ungarn, immerhin Mitglied der EU und der Nato, Unterschlupf gefunden.

Nun glaubt sich der Mann dort rassistisch verfolgt und in Deutschland besser aufgehoben. Gegen die Ablehnung seines Asylantrages in Deutschland und seine beabsichtigte Abschiebung (nach Ungarn) prozessiert er – auf Kosten des deutschen Steuerzahlers. Berenice Böhlo, seine Anwältin, hält Usman Manirs Abschiebehaft für rechtswidrig. Am Wochenende beendeten zwei der vier Häftlinge ihren Hungerstreik.

Auch der öffentlich-rechtliche Staatsfunk engagiert sich. Das ARD-Magazin „Report Mainz“ geht hart gegen Begrifflichkeiten wie „Heer der Illegalen“ und „Asyltouristen“ in den Urteilen der Justiz in Eisenhüttenstadt an. Mit Blick auf die rasant steigenden Zahlen der Ankömmlinge und ihre verschwindend geringe Anerkennungsquote erscheint der Begriff „Asyltouristen“ vielen Bürgern jedoch offenbar angemessen, wie die Proteste belegen. Ebenso wie die Fakten: Allein in Brandenburg stieg die Zahl der eingereisten Personen von 1900 im vergangenen auf erwartete 3100 in diesem Jahr. Ein „Flüchtlingsrat Brandenburg“ erkennt indessen in den gerichtlichen Formulierungen nur mehr „rassistische Entgleisungen“.

Der Vorsitzende der brandenburgischen CDU-Landtagsfraktion, Dieter Dombrowski, sieht in dem Hungerstreik einen Erpressungsversuch. Er fordert mit Blick auf die Protestaktion, dass ein Missbrauch des Rechts auf Asylgewährung im Interesse wirklich Verfolgter ausgeschlossen werden müsse. Der Grünen-Chef im Landtag, Axel Vogel, griff Dombrowski daraufhin scharf an. Vogel will die Einrichtung demnächst in Augenschein nehmen. Zu welchem Zweck, bleibt sein Geheimnis, denn das Urteil des Grünen-Politikers scheint bereits im Vorwege festzustehen. Die Aufnahmestelle in Eisenhüttenstadt entspreche, so Vogel, nicht einer angemessenen Unterbringung mit hinreichender Betreuung, wie sie der Rechtsstaat gewährleisten müsse.

Im nordrhein-westfälischen Essen wissen die örtlichen Behörden Rat gegen die Asylantenschwemme. Ganz offen erklärte die Stadtverwaltung, sie wolle die Stadt für Asylanten unattraktiv machen. Im September soll endgültig darüber entschieden werden, ob statt Geld Sachleistungen nebst einem bloß noch knappen Taschengeld ausgehändigt werden.

Hans Lody

Dubiose Geschäfte

Magdeburg: Staatlicher Wirtschaftsförderer unter Insider-Verdacht

Gleich zwei hochrangige Vertreter des Landes Sachsen-Anhalt sorgen derzeit für negative Schlagzeilen. Nachdem die politische Immunität aufgehoben worden ist, ermittelt die Staatsanwaltschaft Magdeburg gegen Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU). Vorwurf: Verdacht auf Falschaussage. Haseloff soll in seiner Zeit als Wirtschaftsminister in einem Untersuchungsausschuss des Landtags, der 2008 bis 2010 einen Müllskandal aufklären wollte, uneidlich falsche Aussagen gemacht haben.

Es geht um die Frage, wann Haseloff als Minister davon erfahren hat, dass in Sachsen-Anhalt Tausende Tonnen Müll illegal entsorgt worden sind. Nach Auffassung des Landtagsabgeordneten Harry Czeke (Linke) war Haseloff seit September 2007 im Bilde. Haseloff selbst hatte vor dem Ausschuss aber beteuert, erst ab Mai 2008 informiert gewesen zu sein.

Während sich die Ermittlungen gegen den Ministerpräsidenten hinziehen dürften, zeitigen Vorwürfe gegen einen anderen Verdächtigen schnelle Konsequenzen: Dinnies Johannes von der Osten – langjähriger Wirtschaftsförderer im Auftrage des Landes –

Auch Haseloff im Visier peinlicher Ermittlungen

hat nach Berichten über Insiderhandel seinen Rücktritt erklärt. Der Vorwurf gegen ihn: Während die Landesfördergesellschaft, für die er als Geschäftsführer tätig war, den Solarhersteller Q-Cells seit 1998 mit Millionen förderte, hielt er privat Aktien der Firma. Damaliger Wert der verdeckten Beteiligung an der inzwischen insolventen Q-Cells: über vier Millionen Euro.

Genauso dubios erscheint die Förderkonstruktion Sachsen-Anhalts nach dem Jahr 2007. Von da an managte von der Osten zahlreiche Finanzbeteiligungen des Landes mit seiner eigenen Firma GoodVent. Dass er als damaliger Geschäftsführer Wettbewerbsvorteile bei Ausschreibungen genossen habe, wurde damals von Finanzminister Jens Bullerjahn (SPD) energisch bestritten. Auch der damalige Wirtschaftsministers Haseloff sah keine Probleme bei der Auftragsvergabe.

Damit nicht genug: Von der Osten räumte über Q-Cells hinaus noch weitere private Beteiligungen an Firmen ein, die vom Land bezuschusst worden waren. Zwar hat er geltend gemacht, er sei nach den Landesvorschriften nicht verpflichtet gewesen, über den Interessenskonflikt Mitteilung zu machen, Sachsen-Anhalt hat inzwischen jedoch die Zusammenarbeit mit der Firma GoodVent beendet.

N.H.

Theater um Irving

Historiker soll in kein Berliner Hotel dürfen

Ein angekündigter Besuch des britischen Historikers David Irving in Berlin sorgt für erheblichen Wirbel in der Hauptstadt. Der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband (Dehoga) will ihm eine Unterbringung verweigern: „Ich vertraue darauf, dass Irving bei unseren Mitgliedern nicht unterkommt“, so Dehoga-Hauptgeschäftsführer Thomas Lengfelder.

Irving hatte vor vielen Jahren Zweifel am Ausmaß des maschinellen Judenmordes der Nationalsozialisten geäußert. Später zog er diese Meinung zurück und beschränkte sich darauf, die Kenntnis Hitlers von dem Genozid in Zweifel zu ziehen. 2006 hat er auch diese Auffassung zurückgenommen: „Ich bin kein Holocaust-Leugner. meine Ansichten haben sich geändert.“ Es tue ihm leid, wenn er durch seine früheren Äußerungen über die Gaskammern die Opfer des Holocausts beleidigt habe.

Berliner Medien ignorieren diese Äußerungen jedoch und bezeichnen Irving weiterhin als „Holocaust-Leugner“. Ins Rollen gebracht hat den Hotel-Boykott der Grünen-Politiker Volker Beck, der sich an Lengfelder gewandt hatte.

Broder lästert über Becks »Lego-Sätze«

Der deutsch-jüdische Autor Henryk M. Broder lästert auf dem Netzportal „achgut.de“ über die Aufregung und wirft Beck Wichtigtuerei vor: „Irving muss ... vor Begeisterung aus den Schuhen gefahren sein, hatte er doch ein starkes Bündnis von Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Politik geschmiedet, ohne mehr dafür zu tun, als einen Besuch in Berlin anzukündigen. Beck seinerseits dürfte auch gejubelt haben, war es ihm mit ein paar Lego-Sätzen gelungen, ‚ein Zeichen‘ zu setzen.«

H.H./T.M.

Araber-Sippe droht Bietern

Einen ungewöhnlichen Verlauf hat eine Zwangsversteigerung für ein Haus im Berliner Problembezirk Neukölln genommen. Einem Bericht der „Berliner Morgenpost“ zufolge waren mehrere Interessenten für das Objekt bereits im Vorfeld der Versteigerung unter Druck gesetzt worden. Da es Hinweise gab, dass auch die Versteigerung selbst gestört werden sollte, hatte das Amtsgericht Neukölln die Polizei sogar um Amtshilfe gebeten. Doch trotz massiven Polizeieinsatzes wurden Kaufinteressenten während der Versteigerung im Gerichtssaal durch anwesende Jugendliche bedroht. Bei dem bisherigen Eigentümer der Immobilie soll es sich um das Mitglied einer arabischen Großfamilie handeln, die in der Vergangenheit bereits mit diversen Delikten auffällig geworden ist. Angesetzt worden war die Versteigerung, weil der bisherige Eigentümer offene Geldforderungen der öffentlichen Hand nicht bezahlt hatte. Ein neuer Käufer wurde gefunden.

N.H.

Zeitzeugen



Sefton Delmer – Er wurde 1904 als Sohn eines australischen Professors für Anglistik in Berlin geboren. Sein Vater unterrichtete an der Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität, wurde aber während des Ersten Weltkriegs als potenzieller Staatsfeind interniert. Die Festsetzung seines Vaters, für die es außer seiner Staatsangehörigkeit keinen Grund gab, prägte den jungen Delmer. In den 1920er Jahren arbeitete er als Journalist für den „Daily Express“ erst in London, dann wieder in Berlin. Mit dem Stabschef der SA, Ernst Röhm, verband ihn eine Freundschaft; über Röhm bekam er auch Kontakt zu Adolf Hitler und führte mit ihm ein Interview. Während des Zweiten Weltkriegs leitete er im Landhaus „Rookery“ in Aspley Guise die Geheimoperationen der „Schwarzen Propaganda“. Nach dem Krieg ging Delmer zurück nach Deutschland und war wieder als Journalist tätig, schrieb auch für den „Spiegel“.

Franz Leuwer alias Frank Lynder – Am 26. Februar 1916 wurde Franz Leuwer in Bremen geboren. Er sollte nach Abschluss einer Buchhändlerlehre die alteingesessene väterliche Buchhandlung an der Obernstraße übernehmen. Doch nach Hitlers Machtergreifung durfte Leuwer als sogenannter Halbjude seine Ausbildung nicht mehr beenden. 1938 ging er nach England. Lynder meldete sich freiwillig bei der britischen Armee, entschärfte Bomben und wurde Mitglied des Delmer-Teams bei der psychologischen Kriegsführung. Seine in Deutschland verbliebene Mutter wurde nach Theresienstadt deportiert und starb dort. Nach Kriegsende ging er zurück nach Deutschland, war hier als Journalist tätig. Er heiratete die Schwester von Axel Springer und wurde bald ein enger Vertrauter des Verlegers. Ein erst 2013 freigegebenes Dokument belegt, dass der amerikanische CIA im Jahr 1953 davon ausging, dass Lynder weiterhin ein MI-6-Agent war. Lynder starb 1983.



Otto John – Während des Krieges arbeitete der 1909 Geborene bei der Lufthansa und kam dort in Kontakt mit Hitler-Gegnern. Er beteiligte sich wie auch sein Bruder Hans an den Vorbereitungen für das Attentat am 20. Juli 1944. Hans wurde verhaftet, zum Tode verurteilt und am 23. April 1945 hingerichtet. Otto gelang die Flucht über Madrid und Lissabon nach London, wo er zum Delmer-Team stieß. Nach dem Krieg kontrollierte er im Auftrag der Engländer Kriegsgefangenenlager und trat bei den Nürnberger Prozessen als Zeuge der Anklage auf. 1950 wurde er Präsident des Verfassungsschutzes. Eine große Nachkriegskarriere hätte beginnen können ... Jedoch wurde er 1954 vom KGB nach Ost-Berlin verschleppt (oder ging er doch freiwillig?) und kehrte erst Ende 1955 zurück.

Gezielte Desinformation

Während des Zweiten Weltkrieges betrieben Geheimdienste psychologische Kriegsführung

Heute wird mit Computern spioniert. Der amerikanische NSA muss keine Agenten durch die Welt schicken, um Wissen über andere Staaten oder verdächtige Personen anzuhäufen – er muss lediglich Datenströme überwachen. Vor 70 Jahren war die Spionage noch ein persönliches Handwerk – auch wenn Funksignale und Radiosender zum Geschäft gehörten.

Das „Rookery“, auf Deutsch „Dohlennest“, war das Hauptquartier der „psychologischen Kriegsführung“, die von Sefton Delmer, einem in Deutschland aufgewachsenen Sohn australischer Eltern, geleitet wurde, der in der Baker Street den jungen Franz Leuwer aus Bremen rekrutiert hatte. Dieser hat kurz vor seinem Tod eine Autobiografie geschrieben, die Fragment geblieben ist, die uns aber einen lebendigen Eindruck vom britischen Geheimdienst jener Zeit vermittelt. In Aspley Guise entwikkelten und verbreiteten Delmer und sein Team die sogenannte „schwarze Propaganda“. Über eigene Radiosender, die von den deutschen Soldaten empfangen werden konnten – „Atlantiksender Nord“, „Soldatensender Calais“ oder „Gustav Siegfried Eins“ –, versuchten die Briten, den Eindruck zu vermitteln, sie befänden sich hinter den deutschen Reihen, seien bestens informiert über alle deutschen Geheimnisse. Deutsche Soldaten sollten den Glauben an den Führer verlieren, sollten am Sinn des Krieges zweifeln und sogar desertieren.

Franz Leuwer, der den Tarnnamen Frank Lynder trug, hatte von Delmer die Aufgabe bekommen, Karteikarten über jeden Soldaten anzulegen, dessen Name in deutschen Tageszeitungen erwähnt wurde. Wann hat der Soldat geheiratet, wann wurde er befördert, wo ist er stationiert ... Mit einer geschickten Auswertung der nach England gebrachten Tagespresse ließen sich umfassende Persönlichkeitsprofile aufbauen. Über die Propagandasender, als deutsche Stationen getarnt, wurde dann den Soldaten zum Geburtstag oder zum Hochzeitstag gratuliert – subversiv wurde das Vertrauen der Hörer gewonnen.

Erst britische Propaganda, dann deutsche Presse

Zu Delmers Team gehörten neben Frank Lynder aus Bremen auch der Krimi-Schriftsteller Peter Seckelmann aus Berlin, Wolfgang Gans Edler zu Putlitz, der später in die DDR ging, Karl Theodor von und zu Guttenberg aus Franken, späterer Parlamentarischer Staatssekretär im Bonner Bundeskanzleramt, Karl Eduard von Schnitzler, der später Propagandist in Ost-Berlin wurde, sowie der saarländische Sozialdemokrat Max Braun. Später stieß Otto John hinzu, der zum Kreis der Attentäter des 20. Juli gehörte.

Das Team durfte das Anwesen in Aspley Guise nicht verlassen. Frank Lynder war bald nicht mehr nur Rechercheur, sondern kam nun immer häufiger auf Sendung. Sein Bremer Slang mit plattdeutschen Versatzstücken schuf gerade bei norddeutschen Hörern – so bei den U-Boot-Einheiten – ein vertrautes, heimatliches Gefühl.

Ian Fleming, der spätere James-Bond-Autor, hielt die Verbindung zwischen dem „Rookery“ und dem Secret Service. Seine Besuche versüßte er mit Geschenken: amerikanische Zigarren mit gezuckerten Mundstücken oder auch große Dosen mit Prince-Albert-Tabak.

Ob die „schwarze Propaganda“ zur deutschen Niederlage im Zweiten Weltkrieg beigetragen hat, ist heute umstritten. Aber sie hat aus deutschen Emigranten Geheimdienstleute und Propagandisten geformt.

Gleich nach Kriegsende packten Delmer und sein Team die Koffer und gingen nach Deutschland in die britische Zone. Delmer gründete in Hamburg den „German News Service“. Frank Lynder wurde freier Journalist. Erst arbeitete er für Delmers News Service, dann wechselte er zu Reuters, bis er 1954 bei der „Bild“-Zeitung anfing und ein ganz persönliches Verhältnis zu Axel Springer aufbaute. Lynders Freund Peter Seckelmann, der vor dem Krieg Krimis geschrieben hatte, wollte auch Journalist werden, ging dann aber in die Schweiz und schrieb Historienromane. Otto John, ein enger Freund von Seckelmann und Lynder, wurde erster Präsident des deutschen Verfassungsschutzes. *Nils Aschenbeck*



Unterwanderte Informationsquelle: Soldaten einer Flakbatterie empfangen Weihnachtsgrüße über das Radio Bild: Ullstein

Briten wahrten Kontrolle

Otto John gehört zu den tragischen Figuren der jungen Bundesrepublik. John war mit Delmer nach Deutschland gekommen und hatte sich als Präsident für den neuen Verfassungsschutz beworben. Konnte man sich damals um diese Stelle bewerben? Oder hatten Delmer und der britische Geheimdienst MI-6 ihre Hände mit im Spiel? London hatte großes Interesse daran, den Demokratisierungsprozess in Deutschland zu kontrollieren. Für eine geschickte Infiltration boten Delmers Leute ideale Voraussetzungen. Sie waren Deutsche, sie waren frei von jedem Verdacht, mit den Nazis zu sympathisieren, waren natürlich vom Secret Service umfassend überprüft und gleichzeitig über Monate oder gar Jahre in Geheimoperationen trainiert worden.

Verfassungsschutz lag in Agentenhänden

Als John 1950 den Posten beim Verfassungsschutz antrat, war er der einzige ausgewiesene Widerstandskämpfer, der in Bonn zu Amt und Würden kam. Doch er hatte viele Gegner, vor allem beim Bundesnachrichtendienst, in dem zahlreiche ehemalige Nationalsozialisten tätig waren.

Als 1954 die Nachricht über die Ticker lief, dass sich John in die DDR abgesetzt hatte, war das für seine Widersacher ein gefundenes Fressen. Aus der DDR kamen Fotos, die John in lockerer Runde mit Funktionären sowie dem Architekten Henselmann zeigten. John gab eine Pressekonferenz, in der er behauptete, dass er wegen den vielen deutschen Altnazis die Bonner Republik verlassen habe. Nichts deutete damals auf Zwang hin; allerdings verstanden auch die Dienste des Ostens ihr Geschäft.

1955 ergriff John die Gelegenheit, sich nach West-Berlin abzusetzen. Unmittelbar nach Bekanntwerden seiner Rückkehr wurde John festgenommen und 1956 wegen Landesverrats zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt. 1958 wurde er von Präsident Theodor Heuss begnadigt. *N.A.*

Springer und der Spion

Freund und Schwager des Verlegers war einst MI-6-Agent gewesen

Die Engländer betrachteten den jungen Hamburger Verleger Axel Springer mit Wohlwollen. Zusammen mit John Jahr hat er von den Engländern die Lizenz zur Herausgabe der „Hörzu“ und der Frauenzeitschrift „Constanze“ bekommen. Kurz darauf erhielt er auch die Genehmigung, das „Hamburger Abendblatt“ zu verlegen. 1952 startete Springer die „Bild“-Zeitung mit einer Millionenauflage. Mit seinen Zeitungen konnte er die Meinung des Volkes beeinflussen, konnte bald mehr Macht ausüben als die Politiker in Bonn.

Während Springer zielgerichtet sein Imperium aufbaute, arbeitete Frank Lynder bei der Nachrichtenagentur Reuters – ausgestattet mit üppigem Gehalt. Lynder recherchierte über den Wiederaufbau des Landes in der Nachkriegszeit, seine Artikel wurden in unterschiedlichen Zeitungen veröffentlicht. Einen großen Namen machte er sich damit aber nicht. 1954 begann Lynder seinen Job bei Springer in Hamburg; der gut bezahlte Reuters-Journalist wechselte zur „Bild“-Zeitung als Comic-Texter, arbeitete nun jeden Tag an „Kommissar Schmidt und Schmidtchen“.

Schon in den ersten Wochen lernte er im Hamburger Springer-Haus die Schwester des Verlegers kennen. Ingeborg Springer hatte bei einem alliierten Bombenangriff auf die Hansestadt ihre beiden Töchter verloren. Lynder, selbst alleinerziehender Vater von zwei Töchtern, geschieden von seiner englischen Frau, schien der ideale Partner. 1957 wurde geheiratet. Ingeborg Springer nannte sich fortan in Aneinanderhängung von Namen und Pseudonym Leuwer-Lynder. Die Eheleute zogen nach London, wo Lynder fortan als England-Korrespondent für die „Bild“ arbeitete. Sie lebten in einer Villa – bezahlt vom großen Verleger.

Springer setzte Lynder gegen SPD ein

In dieser Zeit begann eine enge Freundschaft zwischen dem Verleger und Lynder. Es ist nicht bekannt, ob Lynder gegenüber Springer je über seine Verbindung zum britischen Geheimdienst gesprochen hat. In den Fluren des Springer-Hochhauses ging aber das Gerücht um, er sei Mossad-Spion.

Anfang der 1970er Jahre trennten sich Ingeborg und Frank Lynder einvernehmlich, eine Scheidung gab es jedoch nie. Lynder befürchtete, dass Axel Springer nun das Interesse an ihm verlieren werde. Aber das Gegenteil war der Fall: Die beiden Männer verbrachten gemeinsame Urlaube in Norwegen.

Auf Geheiß Springers schrieb Lynder anonym ein Buch über die RAF, in dem er vor allem der SPD eine Mitschuld am Terrorismus gab, was ganz im Sinne Springers war, der sich von Regierung und Volk missverstanden fühlte. Die damals SPD-nahe „Zeit“ bezeichnete das Buch als „politische Pornografie“.

Damals hatte Lynder die Seiten gewechselt: Vom Agent des britischen Geheimdienstes zum loyalen Agenten des Verlegerkönigs.

Lynder starb 1984 in Schierensee, im Schloss des Verlegers. Als er beerdigt wurde, ließ Springer seinen Sarg mit roten Rosen überschütten. *N.A.*

Nils Aschenbeck ist Autor des Buches „Agent wider Willen. Frank Lynder, Axel Springer und die Eichmann-Akten“.

Preußische Allgemeine Zeitung
WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbriefe:** Harald Tews; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Wilhelm v. Gottberg, Hans-Jürgen Mahlitz.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2013: Inland 10 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 12,50 Euro, Luftpost 16,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de
E-Mail:
redaktion@ preussische-allgemeine.de
anzeigen@ preussische-allgemeine.de
vertrieb@ preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **2804**

»Wir geben den Bürgern ihre Stimme zurück«

AfD-Kandidatin Beatrix von Storch kämpft seit Jahren für mehr direkte Demokratie

Die 1971 als Beatrix Herzogin von Oldenburg geborene Juristin kämpft seit Jahren mit ihrem Mann Sven von Storch dafür, dass der Bürger als Souverän des Staates wieder gehört wird, denn sie ist überzeugt, dass dem derzeit nicht so ist. Wieso sie dieser Ansicht ist, erzählt sie im Gespräch mit der *PAZ*. Die Fragen stellte Rebecca Bellano.

PAZ: *Sie engagieren sich bereits seit Jahren bei der Zivilen Koalition e.V., betreiben mit Ihrem Mann die Internetseite www.abgeordnetencheck.de und das Informationsportal www.freiewelt.net. Was treibt Sie an?*

Beatrix von Storch: Ich engagiere mich nicht nur bei der Zivilen Koalition. Ich habe diese zusammen mit meinem Mann Sven von Storch gegründet und das bereits im Jahr 2004. Die Schuldenentwicklung in Deutschland insbesondere unter Berücksichtigung des demografischen Wandels brachte uns zu der Erkenntnis, dass der zwingend notwendige Richtungswechsel in der Politik aus den Parteien heraus offenbar nicht kommt. Die Verschuldung geht weiter, immer weiter, ganz egal, wer regiert und wie hoch die Steuereinnahmen sind. Keine Partei lenkt hier nachhaltig um. Deswegen haben wir eine zivilgesellschaftliche Bewegung in Gang gesetzt, die hier entgegenwirkt. Kurz gesagt: Wir lieben unser Land und wir werden nicht tatenlos zusehen, wie dieses von der Politik langsam, aber sicher heruntergewirtschaftet wird. Die Bürger können etwas verändern, das haben wir eindrucksvoll gezeigt.

PAZ: *Nun kandidieren Sie auch noch für die Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) für den Bundestag. Wieso haben Sie sich der AfD angeschlossen?*

Storch: Der „Alternative für Deutschland“ habe ich mich angeschlossen, um den Richtungswechsel, den wir mit der Zivilen Koalition in Gang gesetzt haben, nun im Bundestag zu vertreten. Es ist vollkommen inakzeptabel, dass in unserem Parlament die Mehrheitsmeinung der Bevölkerung nicht repräsentiert ist. Die Mehrheit der Bevölkerung ist gegen die endlose Rettung des Euro. Die Mehrheit weiß, dass der Euro so nicht zu retten ist. Es ist an der Zeit, dass diese Meinung im Parlament wieder Wort und Stimme hat.

PAZ: *Sehen Sie Ihre AfD-Kandidatur vor allem als Kampf gegen die Euro-Rettung oder wollen Sie auch andere Themen in die Partei tragen. Wenn ja, welche?*

Storch: Das Thema Euro ist ganz sicher der brennende Schwerpunkt. Es gibt aber natürlich weitere, ganz wesentliche Themen, die ich mir auf die Fahne geschrieben habe: Zunächst ist dies das Thema Demokratie und direkte Demokratie. Zum einen geben wir immer mehr Souveränitätsrechte ab, so dass unsere repräsentative Demokratie vollkommen ausgehöhlt wird. Wir geben unsere Rechte an die EU, das heißt an nicht gewählte Bürokraten ab und beenden Schritt für Schritt unsere nationalstaatliche Souveränität. Und zum anderen vertreten, wie oben schon gesagt, die Repräsentanten ja die Mehrheit der Bevölkerung nicht mehr. Es braucht deswegen dringend Volksentscheide auf Bundesebene, also Elemente der direkten Demokratie.

Vor allem FDP bei Energiepolitik gescheitert

Das dritte große Feld ist das der Familienpolitik. Ich zähle dazu zum Beispiel das Stichwort: Gender-Politik. Auch hier das gleiche Bild: Der Unfug könnte größer nicht sein, aber es gibt keine Debatten. Aber alle machen mit. Opposition – Fehlanzeige. Zuletzt zu nennen ist sicher die Energie- und sogenannte Klimapolitik. Insbesondere die FDP und ihr Vorsitzender Philipp Rösler, die mindestens aus ordnungspolitischen Gründen hier liberales Profil zeigen sollten, sind vollkommen gescheitert. Wir brauchen einen Neuanfang. Wir brauchen eine effiziente Energieversorgung, die für alle Bürger bezahlbar ist.

PAZ: *Im Internet heißt es auf der Seite Lobbypedia.de, dass die von Ihnen und Ihrem Mann geförderte politische Strömung auch als deutsche „Tea Party“ bezeichnet wird, was in diesem Fall nicht als Kompliment zu verstehen sein dürfte. Wie bewerten Sie derartige Kritik?*

Storch: Den Inhalt derartiger Kritik fasse ich auf als das, was es ist: eine zutreffende Bezeichnung dessen, was wir aufgebaut haben und damit als ein großes Lob. Wir haben eine Bewegung aufgebaut, die aus der Bevölkerung heraus Druck auf die etablierten Parteien ausübt. Eine Bewegung, die unabhängig von staatlicher Parteienfinanzierung und den öffentlichen Medien funktioniert – bis sie nicht mehr zu ignorieren war.

PAZ: *Auch die AfD wird von allen Seiten kritisiert. Wie erklären Sie sich die aggressiven Reaktionen der Politik und vor allem der Medien auf die neue Partei?*

Storch: Die „Alternative für Deutschland“ wird angegriffen, weil sie genau das ist: eine Alternative zu allen Altparteien. Ein neuer Mitspieler im Streit um die Macht und eben einer, dessen Argumente nicht zu widerlegen sind. Die Realität entlarvt jeden Tag aufs Neue das politische Wunschdenken unserer Regierung Merkel und das der gesamten sogenannten Opposition. Wir geben den Bürgern ihre Stimme zurück. Wir legen den Schalter um und starten den Richtungswechsel.



Beatrix von Storch: Mit ihrer Zivilen Koalition demonstrierte sie dagegen, dass EZB-Chef Mario Draghi im Juni den „Preis für verantwortungsvolle Führung“ der European School of Management and Technology erhielt. „Eine solche Würdigung hat Mario Draghi nicht verdient. Ganz im Gegenteil. Die verdeckte Staatsfinanzierung durch die EZB unter Draghis Führung ist nicht nur eine völlig unverantwortliche Geschäftspraxis, sie ist auch illegal“, so die auf Insolvenzrecht spezialisierte Juristin. Bild: Andreas Kobs

MELDUNGEN

Stipendium für Moslems

Osnabrück – Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU) stellte dieser Tage ein weiteres konfessionelles Begabtenförderwerk vor. Das nach dem persischen Gelehrten Avicenna benannte Studienwerk soll gezielt muslimische Studenten mit Stipendien unterstützten. Im Wintersemester 2014/2015 sollen die ersten 50 Studenten gefördert werden. Finanziert wird das Förderwerk vom Bund, der für vier Jahre sieben Millionen Euro zusagte, und von der privaten Stiftung Mercator, die auf fünf Jahre verteilt eine Million Euro zusagte. Die Stiftung engagiert sich für die chancengleiche Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund. Die Stipendiaten können bis zu 670 Euro monatlich vom Avicenna-Studentenwerk erhalten. Bülent Ucar, Direktor des Instituts für Islamische Theologie an der Universität Osnabrück und Vorstand des Avicenna-Studienwerks, sieht dieses als einen wichtigen Schritt hin zur Gleichbehandlung von Muslimen in der Gesellschaft. Es gibt bereits ein katholisches, ein evangelisches und ein jüdisches Studentenwerk, zudem neun weitere nicht-konfessionelle Begabtenförderwerke, die ebenfalls Stipendien vergeben. *Bel*

CDU verwundert über Kohl

Berlin – In Sachen Homo-Ehe ist die CDU tief gespalten. Viele Gegner berufen sich darauf, dass das Thema erst unter CDU-Chefin Angela Merkel liberaler gesehen wurde. Umso größer war nun die Verwirrung, als bekannt wurde, dass ihr Vorvorgänger im Amt, Helmut Kohl, nun Trauzeuge bei einer Schwulenhochzeit war. Der Ex-Kanzler erwies so seinem Anwalt Stephan Holthoff-Pförtner nach eigenem Bekunden einen Freundschaftsdienst. Der andere Trauzeuge bei der Eheschließung war Außenminister Guido Westerwelle (FDP). *Bel*

Mythos ungleicher Lohn

Diskriminerung nicht Ursache für niedrige Gehälter bei Frauen

Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit – unter diesem Motto findet alljährlich der sogenannte „Equal Pay Day“ statt. Forderungen nach Frauenförderung und gerechter Bezahlung werden dabei regelmäßig mit dem Argument einer Geschlechter-Verdienstlücke unterfüttert. Der durchschnittliche Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern liege bei 23 Prozent, so eines der dabei oft angeführten Argumente. Da liegen die Forderung nach gleicher Bezahlung und die Vermutung auf eine Diskriminierung der Frauen am Arbeitsplatz nahe.

An Statistiken, die diesen Befund zu untermauern scheinen, herrscht inzwischen kein Mangel. Noch immer dünn gesät sind allerdings Untersuchungen, die dem Phänomen der Geschlechter-Verdienstlücke – meist als „Gender Pay Gap“ bezeichnet – einer wissenschaftlichen Kritik unterziehen. Bisher wenig beachtet wird etwa der Einfluss, den das Steuerrecht auf die Einkommensunterschiede von Männer und Frauen hat. Schaut man auf Nettoeinkommen und nicht auf die Bruttogehälter, ist die Lücke geringer, als dies sonst oft angeführt wird, so das Ergebnis einer Untersuchung, die vom Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) vorgelegt wurde. Die Erklärung der Forscher für die zurechtgestutzte Einkommenslücke: Das deutsche Steuer- und Transfersystem schafft es zwar nicht, die „Gender Pay Gap“ komplett aufzuheben, es reduziert diese Lücke aber erheblich. Ausgleichend wirkt die progressive Einkommensteuer.

Noch aufschlussreicher ist eine Untersuchung, die bereits 2006 vom Statistischen Bundesamt vorgelegt wurde. Dort wurden Faktoren wie Teilzeitarbeit, Ausbildungsgrade und konkrete Qualifikationen am Arbeitsplatz berücksichtigt. Das Resultat bei dieser Herangehensweise: So bereinigt, liegt die Einkommenslücke zwischen Männern und Frauen bei nur acht Prozent. Aufhorchen lassen sollte eine Bemerkung im Resumée der Untersuchung: „Der bereinigte ‚Gender Pay Gap‘ würde jedoch möglicherweise geringer ausfallen, wenn weitere lohnrelevante Eigenschaften im Rahmen der Analysen hätten berücksichtigt werden können.“ Im Klartext: Die Wissenschaft tappt bei einigen Lohnfaktoren noch immer ziemlich im Dunkeln. Forderungen und Unterstellungen von weitverbreiteter Frauendiskriminierung in Unternehmen von Seiten radikalfeministischer Kreise tut dies allerdings bisher keinen Abbruch.

Steuerrecht gleicht Nettogehälter bereits aneinander an

Einen Erklärungsansatz, wie die Lohnunterschiede zustande kommen, könnte ein Vergleich der Daten von Westdeutschland und den neuen Bundesländern liefern. So ist die Geschlechter-Verdienstlücke in den verschiedensten Untersuchungen regelmäßig im Westen größer als in den neuen Bundesländern. Eine mögliche Erklärung: Weibliche Beschäftigte arbeiten in den neuen Ländern vermehrt in größeren Unternehmen, verfügen oft über ein höheres Dienstalter und arbeiten seltener in Teilzeit.

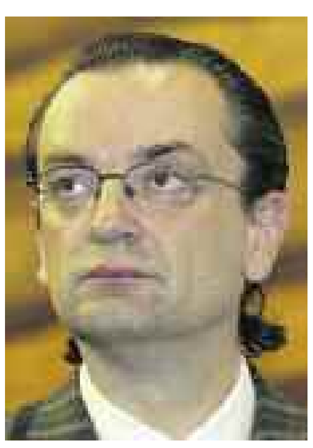
Vollends fragwürdig wird die Konstruktion von der geschlechtsbedingten Verdienstlücke bei einem Blick auf Zahlen, die oft nicht in den einschlägigen Statistiken auftauchen. Bei Selbstständigen beträgt der Einkommensabstand zwischen Männern und Frauen um die 44 Prozent, nur ist in dem Fall der weiblichen Unternehmer niemand da, der für eine mögliche geschlechtsbedingte Diskriminierung verantwortlich gemacht werden könnte. Die Gründe müssen dem zufolge woanders liegen. *N.H.*

Der Untreue verdächtigt

Ex-HSH-Vorstand steht in Hamburg vor Gericht

Noch ist die große Rechnung nicht präsentiert worden, bisher sind es vor allem Garantien und entgangene Erträge, doch irgendwann werden die Länder Schleswig-Holstein und Hamburg die Folgen des Fehlmanagements ihrer Landesbank direkt zu spüren bekommen. So haben beide Bundesländer erst vor Kurzem die Garantien für die HSH Nordbank von sieben wieder auf zehn Milliarden Euro erhöhen müssen, da zahlreiche Schiffskredite wegen der Krise in der Branche nicht zurückgezahlt werden können. Neben der schlechten Konjunktur im einstigen Kerngeschäft der Bank leidet sie immer noch an den Folgen zahlreicher spekulativer Geschäfte vor Beginn der Bankenkrise 2007/2008.

Und genau jene Herren, die die Spekulationen zu verantworten haben, stehen nun seit Mittwoch vor dem Hamburger Landgericht. An rund 40 Verhandlungstagen soll nun bis Frühjahr 2014 entschieden werden, ob sich die sechs angeklagten Ex-Vorstände der Untreue in einem besonders schweren Fall verantwortlich gemacht haben. Der Prozess ist insoweit interessant, als er einer der wenigen ist, in denen die Verantwortung für die auf den Steuerzahler abgewälzten Folgen der Finanzkrise geklärt werden sollen und auch der schillernde Ex-Bankmanager Dirk Jens Nonnenmacher mit zu den Angeklagten gehört. Allerdings war der Mathematiker bei dem Fall um „Omega 55“ aus dem Jahr 2007, der nun verhandelt wird, erst wenige Wochen Mitglied im Vorstand der Bank, an deren Spitze er erst ein Jahr später rückte. Für manche Finanzexperten handelt es sich bei „Omega 55“ nur um einen risikoreichen Versuch der „Bilanzkosmetik“, für andere ist es ein Beispiel von Untreue, die an Bilanzmanipulation grenzt. Unbestritten ist, dass das Geschäft sehr risikoreich war. Fraglich nur, ob sich ein Richter am Landgericht zutraut zu entscheiden, wo die Grenze zwischen einem riskanten Geschäft und straffälliger Untreue liegt.



Dirk Jens Nonnenmacher

Zudem hat zumindest Nonnenmacher einen nicht zu unterschätzenden Fürsprecher. So ist der frühere Aufsichtsratschef der HSH Nordbank Hilmar Kopper fest davon überzeugt, dass der von ihm Protegierte mit Übernahme der Bankführung alles unternommen habe, um die Fehler seiner Vorgänger nicht zu teuer werden zu lassen. „Nonnenmacher hat die Bank gerettet. Eigenhändig. Mit einem Minimum an barem öffentlichen Geld. Dafür hätten sie ihm ein Denkmal setzen können“, so der einstige Vorstandssprecher der Deutschen Bank. Kopper war es auch, der es ermöglichte, dass Nonnenmacher nach seinem Weggang von der immer noch stark ums Überleben kämpfenden Bank eine Abfindung in Millionenhöhe erhalten hat.

Fakt ist, dass Nonnenmacher zwar nicht bei „Omega 55“ zu den Hauptverantwortlichen zählt, doch auch in seine Zeit als Vorstandschef zahlreiche Entscheidungen und Intrigen fallen, die anrüchig sind. Allerdings spielen sie im jetzigen Prozess keine Rolle. *Bel*

MELDUNGEN

Serben sauer auf Franzosen

Belgrad – Die serbische Staatsspitze fühlt sich wegen der am 14. Juli zum französischen Nationalfeiertag in Paris stattgefundenen Militärparade beleidigt. So war der kroatische Präsident Ivo Josipovic, Chef des jüngsten EU-Mitgliedes, eingeladen, aber kein Mitglied der serbischen Staats- und Regierungsführung. Aus Protest blieben sowohl Serbiens Präsident Tomislav Nikolic als auch Ministerpräsident Ivica Dacic daraufhin einem Empfang des französischen Botschafters in Belgrad fern. Serbien sei im Ersten und Zweiten Weltkrieg ein Verbündeter Frankreichs gewesen, so die Erläuterung für das demonstrative Fernbleiben durch einen serbischen Regierungsvertreter. *N.H.*

USA/FPÖ: Rache via Facebook?

Wien – Das soziale Netzwerk Facebook hat versucht, in den österreichischen Nationalratswahlkampf einzugreifen, indem es die Seite des FPÖ-Vorsitzenden Heinz Christian Strache sperrte. Nach Protesten erklärte Facebook, die Sperre aufgehoben zu haben, was aber nicht ganz den Tatsachen entsprach. Strache selbst konnte nach eigenen Angaben tagelang nicht voll auf sein Profil zugreifen. FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky erklärte, dass die Beteuerungen, die Sperre stünde nicht im Zusammenhang mit der heftigen Kritik der FPÖ an den US-Spionagepraktiken, wenig glaubwürdig seien. Strache, der besonders bei Jungwählern einen hohen Beliebtheitsgrad hat, bedient sich gern moderner Wahlkampfmethoden. So stellt die Facebook-Einschränkung eine nicht unerhebliche Einflussnahme des US-Konzerns auf den laufenden Nationalratswahlkampf dar. Umfragen sagen der FPÖ bis zu 20 Prozent Stimmanteil voraus. *T.M.*

Geballter Zorn auf Russlands Straßen

Unruhen in Pugatschow nach Messerstecherei – Zeichen einer verfehlten Immigrationspolitik

Seit zwei Wochen häufen sich in den Medien Berichte über wachsenden Fremdenhass und nationalistische Tendenzen bei Russen. Jüngster Auslöser dafür ist der von einem 16-jährigen Tschetschenen verübte Mord an einem russischen Fallschirmjäger in der Stadt Pugatschow. Unruhen verbunden mit der Forderung, alle Tschetschenen auszuweisen, waren die Folge. Eine vorschnelle Verurteilung der protestierenden Menschen greift allerdings zu kurz, denn die Ursachen für den Hass der Russen sind nicht zuletzt in einer verfehlten Immigrationspolitik begründet.

Es war der berühmte Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte, als der 16-jährige Tschetschene Ali Nasirow, der auf Verwandtenbesuch in der Stadt Pugatschow in der Wolgaregion weilte, den 20-jährigen ehemaligen Fallschirmjäger Ruslan Marschanow mit einem Skalpell so schwer verletzte, dass dieser später im Krankenhaus starb. In der Kneipe „Goldenes Fass" waren die beiden in Streit geraten, den sie draußen in einer dunklen Ecke weiter austrugen.

Drei Jahre zuvor war es in derselben Gaststätte schon einmal zu einer Messerstecherei gekommen, bei der ein Tschetschene den Russen Nikolaj Weschnjakow erstochen hatte. Ähnliche Vorfälle ereignen sich fast täglich auch in anderen russischen Städten. Sowohl in der Hauptstadt als auch im Moskauer Umland kommt es immer wieder zu Konflikten zwischen Russen und Tschetschenen. 2006 gab es im karelischen Kondopog bürgerkriegsähnliche Unruhen, nachdem eine Gruppe von Tschetschenen dort zwei Russen umgebracht hatte. Mit frechem Auftreten und kriminellen Handlungen tragen viele der abfällig als „Tschornye" (Schwarze) bezeichneten Kaukasier selbst dazu bei, dass die Mehrheitsbevölkerung ihnen mit Argwohn begegnet. Sie missachten russische Gesetze und leben nach ihrer eigenen Ordnung. Der Grund für ihr Benehmen liegt nicht nur in Kriegen mit Russland begründet. Viele Kaukasier sind in Gegenden aufgewachsen, wo es überhaupt keine staatliche Ordnung gab. So haben sie sich eigene, meist kriminelle, Lebensweisen zugelegt.

Tausende Bürger der 40 000-Einwohnerstadt Pugatschow wollten dem Treiben der tschetschenischen Diaspora in ihrem Gebiet nicht länger zusehen. Tagelang entlud sich ihr Zorn auf der Straße, zunächst besetzten sie die Stadtverwaltung, dann blockierten sie die Trasse Samara–Wolgograd. Die Menschen misstrauen der örtlichen Polizei, weil sie glauben, dass Polizeichef Sergej Arenin die Drogengeschäfte der Kaukasier in der Region deckt. Als ehemaliger Polizeichef in Tschetschenien verfüge er über entsprechend gute Kontakte. Die Demonstranten forderten Arenins sofortige Suspendierung. Viele glauben, dass die Staatsdiener in Pugatschow von den ethnischen Konflikten profitieren, da auf diese Weise die Unzufriedenheit der Menschen von ihnen abgelenkt werde. Diese Meinung teilt der Direktor des Moskauer Instituts für Probleme der Globalisierung, Michail Deljagin. Seiner Einschätzung nach ermöglichen korrupte russische Beamte Immigranten die Besetzung von Nischen für ihre kriminellen Geschäfte und halten dafür die Hand auf. Schmiergeld gehöre für sie zum täglichen Geschäft.

> Ursache für Hass: Unzufriedenheit mit korrupten Politikern

Die aufgeregten Demonstranten skandierten: „Tschetschenen ausweisen". Dass der Ausbruch des Volkszorns den Behörden einen ordentlichen Schrecken versetzt hat, beweist die Tatsache, dass über 400 Polizisten im Einsatz waren, zusätzliche Kräfte der Spezialeinsatztruppe „Omon" geschickt wurden, um 1500 Demonstranten in Schach zu halten, und aus Moskau und St. Petersburg Kriminalisten angereist waren, um den Vorfall zu untersuchen. Seit der Wiederwahl Wladimir Putins wächst die Phobie vor jeder noch so kleinen nicht genehmigten Äußerung von „Volkes Stimme".

Was sich in der Kleinstadt Pugatschow im Saratower Gebiet ereignet hat, ist symptomatisch für viele russische Städte, die nach dem Zerfall der Sowjetunion an Bedeutung verloren haben. Ins Gebiet Saratow, in dem die russische Luftwaffe mehrere Flugplätze betreibt, kamen Mitte der 80er Jahre zur ansässigen russischen und tatarischen Bevölkerung Armenier, Zigeuner, Aserbaidschaner und Tschetschenen hinzu. Einige blieben nach dem Ausscheiden aus der Armee, ein Teil arbeitete in der örtlichen Holzindustrie, die inzwischen nicht mehr existiert. 800 Menschen verloren ihren Arbeitsplatz. Soziale Probleme wie Armut und Jugendarbeitslosigkeit quälen wie Pugatschow viele Provinzstädte. Neid und Hass auf alle, denen es vermeintlich besser geht, sind die Folge. Unkontrollierte Zuwanderung verschärft die Probleme und schürt Konflikte. Von 34 000 offiziell registrierten Tschetschenen im Wolgagebiet leben 18 000 im Kreis Saratow. Mit Illegalen wird ihre Zahl auf 100 000 geschätzt.



Ausnahmezustand: Tagelang versammelten sich Hunderte Menschen und sperrten die Hauptstraßen Bild: pa

Seit Anfang dieses Jahres kamen insgesamt über zehn Millionen Ausländer nach Russland. Wie viele davon arbeiten, weiß niemand, da für den Arbeitsmarkt, im Gegensatz zur Sowjetunion, in der Bevölkerungsbewegungen staatlicher Genehmigung bedurften, bislang kein Instrument zur Kontrolle gefunden wurde.

Der Ruf nach staatlicher Kontrolle und Quoten wird auch seitens russischer Unternehmen kleiner und mittlerer Größe laut. Aufgrund der demografischen Entwicklung wird Russland laut der Statistikbehörde Rosstat bis 2015 acht Millionen und bis 2025 nahezu 14 Millionen erwerbstätige Bürger verlieren. Zuwanderung ist deshalb erwünscht. Ob staatliche Kontrolle hilft, Konflikte wie den von Pugatschow zu vermeiden, ist allerdings fraglich.

Manuela Rosenthal-Kappi

Islamismus per Skalpell

Türken finanzieren Beschneidung bei bosnischen Jungs und Männern

Als Bosnien noch habsburgisch war, hieß der Ort Kachanitz und war ein verschlafenes Grubenstädtchen im deutschen Siedlungsgebiet nördlich von Sarajewo. Seit Jahrzehnten heißt er Kakanj, erweckte aber erst im Juli mediales Interesse, als dort 80 muslimische Kinder und Jugendliche einer rituellen Beschneidung (Sunet) unterzogen wurden. Ähnliche „kollektive Beschneidungen" gab es zuvor in zwölf Gemeinden des nordöstlichen Drina-Gebiet an Hunderten Jungen. „Rekordhalter" war die Gemeinde Sapna (2000 Einwohner, acht Moscheen), wo an drei Wochenenden 105 Sunets abliefen. Nurija Cikaric, Imam von Sapna, nannte das den „Beginn eines Prozesses", um ein „wahrer Muslim zu werden".

Klingt da eine versteckte Drohung an? Nach 1460 konvertierten zahlreiche Bosnier zum Islam, um sich von katholischen Ungarn und Kroaten sowie orthodoxen Serben abzusetzen. Mit Religion hatten sie wenig im Sinn, wie ihre stete Vorliebe für Schnaps und Schweinefilet zeigte. 2012, als in Deutschland Beschneidungen verboten werden sollten, wurde das Thema in Bosnien, Slowenien und Kroatien interessiert verfolgt. Dann schwenkten die Deutschen um und zugleich wurden in Bosnien Islamisten aktiv.

Im Mai kam Nevin Gokcek, Ehefrau von Melih Gokcek, Oberbürgermeister von Ankara, nach Sarajewo, um mit Fejza Sehbajraktarevic, Chef des „Istanbul-Zentrums für Erziehung und Kultur" in der Stadt, die Finanzierung der Massenbeschneidungen vorzubereiten. Nach Berichten der auf den Balkan spezialisierten Nachrichtenagentur „Anadolu Agency" sind die Kosten beträchtlich, auch wenn Arztkosten von 230 Euro pro Kopf nicht anfallen. Das Fachteam des sogenannten „humanen Projekts" – Chirurgen, Urologen, Anästhesisten – beschloss, unentgeltlich zu arbeiten. Ins Geld gehen die Phantasieuniformen für die Kinder (Krone, Zepter, Umhang), die Geschenke für ihre Eltern, Festessen für die Familien und ähnliches. Das bringen die oft armen „balije", wie man Muslime in Bosnien nennt, nicht auf, was von ihnen auch nicht erwartet wird. Die „Zeche" bezahlen reiche Spender wie Bürgermeister Gokcek, das gut betuchte „Istanbul-Zentrum", türkische Partnerstädte bosnischer Orte, etwa Aliaga (bei Izmir) für Kakanj, dazu islamistische Organisationen wie „Muslim Aid", die Pressuregroup „Muallim" (Lehrer), die unter Nerzudin Hajdarevic von Srebrenica aus die Schulen im Drina-Gebiet unterwandert, und der türkische Bildungsminister Nabij Avcij, der „das Projekt fördert". Viele der Sunet-Kandidaten der Gegenwart sind nicht ein paar Wochen oder Monate alt, sondern 20 und mehr Jahre. Sie entstammen zumeist „sozial bedrohten Bevölkerungsgruppen" und wurden durch großzügige „Geschenke" zum Sunet gelockt.

> Vor allem Arme lassen sich mit Geschenken ködern

Früher sagten Bosniens Muslime rundheraus, dass sie Schulen, Wohnungen und Werkstätten benötigen, von der Türkei, Saudi-Arabien und anderen aber nur „Islam-Zentren" und Moscheen erhalten, dazu etwas Geld, wenn sie ihre Frauen „verschleierten". In dieselbe Richtung zielt nun das Sunet, worüber nicht-muslimische Blätter lästern: „Wen sie schnappen, den beschneiden sie", demnächst in Tuzla und weiteren Orten. Die Ausrichtung der Sunet-Zentren auf das nordöstliche Drina-Gebiet an der Grenze zur Republika Srpska (RS), der zweiten „Entität" Bosniens, zeigt wohl, dass die Islamisten muslimische Rückkehrer in die RS als nächste Opfer im Auge haben.

Wolf Oschlies

Sind Dschihadisten schuld?

Peking macht Syrien-Rückkehrer für Uiguren-Unruhen verantwortlich

Bis zu 50 Millionen Muslime leben in der Volksrepublik China. Sie gehören zu zehn verschiedenen Völkern. Einige bekennen sich teilweise schon seit dem 7. Jahrhundert zum Islam. Um sie vom Staatsvolk der Han-Chinesen zu unterscheiden nennt man sie die Hui-Chinesen. Nach den Hui-Chinesen sind die Uiguren das größte muslimische Volk Chinas. Sie leben in der westchinesischen Provinz Xinjiang (Ost-Turkestan). Hier häufen sich seit einigen Jahren die Gewalttaten, weil die Volksrepublik China seit Jahrzehnten versucht, durch den Zuzug von Han-Chinesen das Bevölkerungsgleichgewicht dieser eigentlich autonomen Region zu kippen. Obwohl Xinjiang bereits 1757 vom chinesischen Kaiserreich erobert wurde, konnte das Gebiet erst mit der Ausrufung der kommunistischen Volksrepublik China 1949 dauerhaft an Peking gebunden werden. 1953 stellten die Uiguren noch 75 Prozent der Bevölkerung. Durch starke staatlich geförderte Zuwanderung von Han-Chinesen stellen sie heute nur mehr 45 Prozent.

In Xinjiang kommt es immer wieder zu blutigen Konflikten zwischen den muslimischen Minderheiten und den Han-Chinesen. Erst im April eskalierte in einer Kleinstadt nahe Kashgar ein Streit zwischen uigurischen Einwohnern und lokalen Beamten. Am Ende waren 35 Todesopfer zu beklagen. Als größter Tag des Schreckens gilt aber noch immer der 5. Juli 2009, damals entluden sich in der Hauptstadt des Autonomen Gebiets, Urumqi, die Spannungen zwischen Uiguren und Han-Chinesen in einer regelrechten Orgie der Gewalt. Seitdem kommt es alljährlich zum Jahrestag des Massakers zu Unruhen.

> VW soll nun helfen, die Konflikte zu lösen

In diesem Jahr glich Urumqi nach Medienberichten einem Militärlager. Panzer, Mannschaftswagen und bewaffnete Sicherheitskräfte riegelten Teile der von turksprachigen Uiguren und Han-Chinesen bewohnten Stadt ab.

Viele Uiguren fühlen sich von der han-chinesischen Bevölkerung, die die wichtigsten Posten der Amtsgewalt besetzt, diskriminiert. Übergriffe auf religiöse Uiguren, Konflikte um Land, bei denen uigurische Bauern die Opfer sind, und staatliche Willkür gegenüber unbescholtenen Bürgern, etwa Kopftuchträgerinnen, zerstören das Vertrauen der Uiguren in die staatlichen Institutionen. Radikalisierung ist die Folge, und sie richtet sich nicht ohne Grund oft gegen Vertreter der Staatsgewalt. Chinesische Staatsmedien stellten bei den Unruhen in diesem Jahr Verbindungen zum Syrien-Krieg her. Islamistische Separatisten aus der Volksgruppe der Uiguren, die sich für eine Abspaltung der Nordprovinz von China einsetzten, hätten sich zuvor als Dschihadisten bei Kämpfen in Syrien auf Seiten der Opposition radikalisiert und tragen laut Behördenangaben die Verantwortung für die Unruhen in der letzten Juniwoche. Im September 2012 hatten ausländische Journalisten radikale Uiguren in Lagern im Nordlibanon getroffen, wo sie sich auf den „Heiligen Krieg", den Dschihad, in Syrien vorbereiteten. Auch auf YouTube-Videos, die syrische Gotteskrieger ins Netz stellten, waren Uiguren zu erkennen.

Neben der Unterdrückung hat China jedoch auch eine andere Antwort auf die Unzufriedenheit der Muslime: nämlich Investitionen in den wirtschaftlichen Fortschritt. Deshalb hat auch der deutsche Autobauer Volkswagen nicht ganz freiwillig im unruhigen Urumqi ein neues Werk errichtet, das auch jungen Uiguren eine Chance geben und von der Gewalt wegbringen soll.

Bodo Bost

Bombe unter der Bankenunion

Fass ohne Boden: Spanische »Bad Bank« liegt weit hinter den angestrebten Zielen zurück

Auf dem Höhepunkt des Baubooms wurde in Spanien mehr gebaut als in Deutschland, Frankreich und Großbritannien zusammen. Per Bankenunion könnten bald auch die Deutschen für den gescheiterten Bauwahn der Spanier zur Kasse gebeten werden.



Schwierige Wertermittlung: Wieviel sind unfertige Immobilien überhaupt wert? Und wer soll sie kaufen? Bild: pa

Einfach und genial sah das Sanierungskonzept aus, das letztes Jahr für Spaniens Banken präsentiert wurde. Faule Kredite, die sich nach dem Platzen der Immobilienblase im Jahr 2008 zu Hauf in den Bilanzen türmten, sollten zunächst einmal in eine sogenannte Bad Bank auslagert und langfristig wieder zu Geld gemacht werden. So zumindest der Plan. Inzwischen ist Spaniens Bad Bank gegründet, und sie entpuppt sich zunehmend als finanzielle Müllkippe, auf der Spaniens Banken unverkäuflichen Bilanzschrott entsorgen. Vor allem die spanische Variante der Sparkassen, die Cajas, sind es, die notleidende Immobilienkredite aus ihren Bilanzen an das Auffanginstitut namens Sareb weiterreichen.

Im November 2012 an den Start gegangen, liegen nun erste Verkaufsergebnisse vor und diese sind ein Desaster: Bis zum 1. Juni waren von Sareb erst rund 700 Immobilien losgeschlagen worden. Kalkuliert ist für das Gesamtjahr allerdings der Verkauf von über 7000 Objekten. Sollen wie kalkuliert innerhalb von fünf Jahren tatsächlich 45 000 Immobilien an den Mann gebracht werden, wird die Bad Bank beim bisherigen Schneckentempo nicht weit kommen. Mit Blick auf die Zustände bei Sareb, die inzwischen publik geworden sind, können die lachhaften Verkaufszahlen keineswegs verwundern. Für Zehntausende von Immobilien, die vermarktet werden sollen, existieren nicht einmal die Anschriften, so Medienberichte. Die Wertermittlung dürfte bei diesen „irgendwo“ vorhandenen Objekten genauso schwer fallen, wie bei den 107 000 Immobilien, für die keine Schlüssel vorhanden sind. Dahinter könnte sich in vielen Fällen ein ganz einfaches Phänomen verbergen: Die Banken haben die weitergereichten Immobilien als frei verfügbar gemeldet, tatsächlich wohnen aber oftmals noch die Alteigentümer in den Objekten. Ohne Zwangsräumungen sind diese Häuser allerdings kaum zu vermarkten. An Zustände wie aus der US-Subprime-Krise erinnert ein anderer Fall, über den inzwischen berichtet wird. Spaniens Bad Bank ist von einer Geschäftsbank eine Immobilie untergejubelt worden, die gleichzeitig für 150 Kredite als Sicherheit dient.

So skurril die Details auch klingen, statt Einnahmen zu erzielen, um den angeschlagenen Bankensektor Spaniens zu entlasten, droht das Hilfsvehikel Sareb selbst zum Fass ohne Boden zu werden. Erste Schätzungen gehen davon aus, dass Sareb bereits im laufenden Jahr mehrere Hundert Millionen Euro an Verlusten verursachen wird. Bereits 2014 könnte der Zeitpunkt heran sein, an dem die Steuerzahler den ersten Nachschuss leisten müssen.

Auch Verfechter einer europaweiten Bankenunion in Deutschland wären gut beraten, einen genauen Blick auf die Entwicklung in Spanien zu werfen. Werden die Pläne zu einer europaweiten gemeinsamen Haftung und Einlagensicherung wahr, könnte der Schwarze Peter, den Spaniens Banken bisher nur an die nationale Bad Bank weitergereicht haben, schnell den deutschen Sparern und Steuerzahlern mit zugemutet werden.

Bei manchen Häusern ist nicht einmal die Adresse bekannt

Die Massen an notleidenden Krediten bei Spaniens Banken sind obendrein nicht einmal die einzige brisante Hinterlassenschaft der 2008 geplatzten Immobilienblase. Spuren hat der kollektive Baurausch der Spanier auch an Stellen hinterlassen, an denen man sie zunächst nicht vermutet. Laut aktuellen Daten des europäischen Statistikamtes Eurostat gehen in Spanien derzeit fast 24 Prozent der 18- bis 24-Jährigen weder zur Schule noch zur Universität, üben aber auch keinen Beruf aus. Damit hat sich der Umfang dieser „Weder-Noch-Generation“ – so der Begriff, der sich inzwischen in Spanien für diese Jugendlichen einbürgert – seit dem Einsetzen der spanischen Wirtschaftskrise im Jahre 2008 fast verdoppelt. Eine wesentliche Ursache für diese Entwicklung: Während des Immobilienbooms lockte viele Jugendliche das schnelle Geld, das sich auf dem Bau verdienen ließ. Verdienstmöglichkeiten waren selbst als ungelernter Hilfsarbeiter reichlich vorhanden. Auf dem Höhepunkt des Baubooms im Jahr 2007 wurde in Spanien mehr gebaut als in Deutschland, Frankreich und Großbritannien zusammen. Solange der Bauboom anhielt, konnten Schulabbrecher gutes Geld verdienen, während ein Schulabschluss kaum attraktiv erschien. Eine Folge: Während der Hochphase des Immobilienbooms verließen 40 Prozent der spanischen Schüler die Sekundarstufe ohne Abschluss. Bis heute hat Spanien mit fast 29 Prozent den EU-weit den höchsten Anteil an Schulabbrechern. Inzwischen dürften viele Jugendliche diese Entscheidung bereut haben. Die ungelernten Schulabbrecher waren die ersten, die nach dem Platzen der spanischen Immobilienblase von den Baufirmen auf die Straße gesetzt wurden. Hoffnung auf eine schnelle Wende zum Besseren – im Klartext neue Arbeitsplätze – ist nicht in Sicht.

Zum wirtschaftlichen Niedergang des Landes gesellt sich mit der Schwarzgeldaffäre der regierenden Partido Popular nun auch noch eine Krise des politischen Systems in Spanien.

Norman Hanert

KURZ NOTIERT

Sparerfalle: Während Umweltminister Peter Altmaier (CDU) und Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) versuchen, den Bürgern den Bau neuer Stromtrassen für die Energiewende schmackhaft zu machen, indem sie ihnen vorschwärmen, sie könnten ihr Geld dort anlegen und bis zu fünf Prozent Zinsen dafür erhalten, warnen Finanz-Experten vor derartigen Geldanlagen. So bewertet die Ratingagentur S&P die auch für Kleinanleger zu erwerbende Anleihe des Netzbetreibers Tennet als hochspekulativ. „Wer das Risiko einer solchen Anleihe eingehen wolle, die nichts anderes als ein Kredit an den jeweiligen Netzbetreiber sei“, warnt Jürgen Kurz, Sprecher der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz, „solle jedenfalls nicht sein ganzes Vermögen dort hineinstecken.“ *Bel*

Hypo Real Estate von Detroit-Pleite betroffen: Rund 200 Millionen Euro hat die deutsche Krisen-Bank Hypo Real Estate an die Stadt Detroit verliehen und gehört nun zu den rund 100 000 Gläubigern, die nach dem Insolvenzantrag der Stadt nicht wissen, ob sie jemals etwas von ihrem Geld wieder zurück erhalten. Auch die finanziell angeschlagene Commerzbank soll sich in Detroit engagiert haben, wollte sich jedoch genauso wie die Deutsche Bank nicht zu der Höhe der Kredite äußern. *Bel*

Topverdiener unter den Bankern sitzen in Spanien: Eine Umfrage der Europäischen Bankenaufsicht EBA hat ergeben, dass Spanien nicht nur mit die meisten Beinahe-Pleitebanken in Europa zählt, sondern zugleich seine Bankmanager am besten bezahlt. Fand man bis vor einigen Jahren die größten Einkommensmillionäre der Branche in Großbritannien, so haben die verschiedenen Krisen dazu geführt, dass das durchschnittliche Einkommen der Topverdiener dort 2011 bei 1,44 Millionen Euro lag, während es in Spanien 2,44 Millionen Euro waren. Deutschland zahlte mit 1,8 Millionen Euro aber auch nicht schlecht. Allerdings weist Großbritannien immerhin noch die größte Zahl an Spitzenbankern auf, die über eine Million Euro verdienen. 2011 waren es 2436. *Bel*

Schäubles Resterampe

Verkauf der Commerzbank-Anteile des Bundes vorerst gestoppt

Anleger, die auf einen Sanierungserfolg bei der Commerzbank gehofft hatten, hatten bisher wenig Grund zur Freude. Über Monate erreichte der Kurs der Bankaktie immer neue Tiefststände, nun grassierten obendrein Gerüchte, Finanzminister Wolfgang Schäuble plane den Ausstieg des Bundes an Deutschlands zweitgrößter Bank. Innerhalb des Bankenrettungsfonds Soffin galt es als wahrscheinlich, dass sich der Bund bald von seinen verbliebenen 17 Prozent an der Commerzbank trenne, so die „Wirtschaftswoche“ unter Berufung auf eine Quelle im Umfeld des Soffin. Doch inzwischen hat Finanzminister Schäuble erkannt, dass es derzeit ein sehr ungünstiger Zeitpunkt ist, um sich vom Bundesanteil zu trennen.

Ohne dass dies den Kurs der Commerzbank-Aktie nachhaltig beflügelt hätte, trennt sich die Bank bereits seit Monaten von ihrem Tafelsilber. Abgestoßen wurden die Sparten Staats-, Immobilien- und Schiffsfinanzierung aus der untergegangenen Commerzbank-Tochter Eurohypo. Getrennt hat man sich ebenfalls vom britischen Immobilienportfolio, das an Finanzinvestoren ging.

Was der Commerzbank-Aktie statt solcher Verkaufsaktionen Auftrieb geben würde, machte unlängst Dieter Hein, Bankenexperte beim Analystenhaus fairesearch in der „Wirtschaftswoche“ deutlich: „Die Börse würde einen Austausch des Führungsduos aus Bankchef Martin Blessing und dem Aufsichtsratsvorsitzenden Klaus-Peter Müller bejubeln.“ Vor solch einem Schritt – einer Entlassung der gescheiterten Führungsriege und Druck auf weitere Sanierungsschritte – schreckt Finanzminister Schäuble allerdings zurück.

Als Käufer kamen nur andere Problembanken infrage

Wäre der Notverkauf des staatlichen Aktienpaketes an der Commerzbank tatsächlich Realität geworden, wäre Schäubles Konzeptionslosigkeit die Steuerzahler teuer zu stehen gekommen. So hat der Bund rund fünf Milliarden Euro Steuergeld für sein Anteilspaket hingeblättert. Wären die rund 195 Millionen Commerzbank-Aktien des Bundes zu einem derzeit leider realistischen Kurs von nur noch sechs Euro je Aktie auf dem Markt verkauft worden, hätte der Finanzminister hingegen nur noch etwa 1,2 Milliarden Euro eingenommen.

Noch fragwürdiger erscheinen Gedankenspiele zu einem Verkauf, wenn man sieht, wer als potenzielle Käufer der Bundesanteile im Gespräch war: die Schweizer UBS und die spanische Bank Santander. Beide haben eigentlich genug eigene Probleme zu bewältigen. Bei einer Commerzbank-Aktie zum Schnäppchenpreis hätten allerdings beide Banken schwach werden können – eigenen Sanierungsbedarf hin oder her. Mit einer billigen Übernahme der Commerzbank und einer dann möglichen Zerschlagung hätten beide Banken einen preiswerten Bluttransfer erfahren. Finanziert worden wäre dieser allerdings auf Kosten der deutschen Steuerzahler, die unter dem Deckmantel der Ban-kenrettung erneut einen milliardenschweren Verlust hätten verkraften müssen. *N.H.*

EZB lässt wieder zocken

»ABS«: Banken sollen erneut Kredite für Ramschpapiere erhalten

Die Notenbank Chinas und die Europäische Zentralbank (EZB) haben vergangene Woche fast zeitgleich Bemühungen gestartet, den Markt mit sogenannten gebündelten Kreditverbriefungen neu zu beleben. Die Verbriefungen, meist bekannt unter der englischen Bezeichnung „Asset Backed Securities“ (ABS), gelten als einer der Hauptauslöser der Finanzkrise seit 2007. US-Investor Warren Buffett nennt die ABS seit 2007 „Massenvernichtungswaffen“.

Hinter den ABS stehen Kredite für „reale Werte“ (assets) wie Häuser oder Autos. Daher erscheinen sie vordergründig stabil. Wenn aber, wie 2007 amerikanische Eigenheime, die „Werte“ am Markt völlig überbewertet sind und zudem ein spekulativer Markt die Preise für die ABS noch einmal ansteigen lässt, droht der Kollaps wie vor sechs Jahren.

Grundsätzlich machte es die „Bündelung“ und „Verbriefung“ der am Markt wie Aktien gehandelten Kreditforderungen 2007 unmöglich, für Investoren herauszufinden, was die dahinterstehenden „Werte“ eigentlich wirklich wert waren. Durch die Bündelung unterschiedlich sicherer Kredite wurden die „guten“ von den „schlechten“ Werten schließlich in einem Domino-Effekt mit in den Abgrund gerissen. Nur wer rechtzeitig ausgestiegen war aus der „ABS-Blase“, der hatte ein gutes Geschäft gemacht. Banken, die mit ihren ABS-Geschäften baden gegangen waren, wurden indes auf politischen Druck hin auf Kosten der Steuerzahler „gerettet“, derweil die gut verdienenden Banker mit märchenhaften Bonuszahlungen in der Tasche die zerschossene Bühne unbeschadet verlassen konnten.

Verprechen von 2007 waren offenbar nicht viel wert

Banken hinterlegen ABS-Papiere als Kreditsicherheit, um sich bei der Notenbank Geld zum Leitzinssatz zu besorgen. Der liegt mit 0,5 Prozent derzeit unter der Inflationsrate. Real zahlen die Banken also gar keine Zinsen, sondern erhalten welche von der staatlichen Notenbank, für deren Kosten und Risiken wiederum der Steuerzahler geradesteht. Um Ausfälle ABS-besicherter Notenbank-Kredite zu verhindern, hatte die EZB jahrelang nur noch ABS mit der höchsten Bonitätsnote AAA als Sicherheit akzeptiert. Nunmehr wurde dies auf die Note A herabgestuft. Kritiker mahnen, nun könnten sich Geschäftsbanken wieder Billigstkredite für „Ramschpapiere“ besorgen, abermals auf Kosten der Steuerzahler. Das Versprechen der EZB, sie würde als Lehre aus der Finanzkrise der „Zockerei“ ein Ende bereiten, sei als Lüge entlarvt.

Die EZB kontert, das zusätzliche Geld würden die Banken als Kredit an die schwächelnde Privatwirtschaft weitergeben. Das jedoch haben sie trotz einer wahren Geldschwemme von der EZB bislang auch nicht getan. Das Geld verbleibt in den Banken.

Bundesbankpräsident Jens Weidmann hatte sich in der EZB dem Vernehmen nach gegen die Rückkehr zur ABS-Zockerei ausgesprochen, sei jedoch an der Mehrheit (vor allem der südeuropäischen Mitglieder) gescheitert. Dem anderen deutschen Vertreter im EZB-Rat, Jörg Asmussen, werden enge Verbindungen zur milliardenschweren ABS-Branche nachgesagt. *Hans Heckel*

Keine Extremisten

Von Manuela Rosenthal-Kappi

Wie lässt sich der Hass auf Fremde und der allgemeine Konsens unter Russen, dass zu viele Ausländer im Land leben, erklären? Nach dem Ende der Sowjetunion wurde die Lüge von den „sozialistischen Brudervölkern“ entlarvt. Die auf der Suche nach einem besseren Leben in die russischen Städte strömenden Kaukasier fielen durch Impertinenz und einen Hang zur Kriminalität auf. Während in der Sowjetära Kaukasier, Aserbaidschaner, Balten und Russen miteinander auskamen und auch Juden geachtet wurden, brachen nach der Wende ethnische und religiöse Unterschiede durch und führten zu Konflikten. Zusätzlich entwickelten sich drastische soziale Unterschiede.

Heute schüren bestechliche Politiker und Beamte insgeheim Unruhen. Der Regierung Putin allein die Verantwortung für die verfehlte Immigrationspolitik zuschieben zu wollen, ist falsch. Die Grundlage für heutige Konflikte legte bereits Stalin. Die Mehrheit der Russen wünscht sich weiterhin ein friedliches Miteinander mit ausländischen Nachbarn, denn genauso wenig wie alle Tschetschenen Kriminelle sind, sind alle Russen Extremisten.

Jagd auf Sarrazin

Von Michael Leh

Die Schriftstellerin Monika Maron hat unlängst treffend gesagt: „Sarrazin wurde so oft zum Rassisten erklärt, bis die Behauptung als akzeptierte Wahrheit galt.“ Thilo Sarrazin ist kein Rassist, sondern ein deutscher Patriot, der sich berechtigte Sorgen um die Zukunft Deutschlands macht. Das festzustellen bedeutet nicht, dass man alle seine Ansichten teilen oder eine bisweilen schroffe, scharfe und von manchen als beleidigend empfundene Wortwahl immer angemessen finden muss. Die Aussagen in seinem Interview in der Kulturzeitschrift „Lettre International“, die von dem UN-Antirassismus-Ausschuss verhandelt wurden, rechtfertigen jedoch nicht den Vorwurf des Rassismus. Schon gar nicht darf jemand wegen solcher Äußerungen strafrechtlich belangt werden. Sie sind vielmehr von der Meinungsäußerungsfreiheit gedeckt und das muss auch so bleiben.

Der angesehene Völkerrechtler Christian Tomuschat hat vernichtende Kritik an dem UN-Ausschuss-Votum geübt. Es ist eine Schmierenkomödie, wie die Bundesregierung das Votum eines auch fachlich inkompetenten UN-Gremiums zum Anlass nimmt, die deutsche Gesetzgebung infrage zu stellen und sogar bei einer Staatsanwaltschaft vorstellig wurde, damit Sarrazin doch noch möglichst abgeurteilt werde. Die Staatsanwaltschaft hat das Verfahren zu Recht eingestellt.

Sarrazin muss auch politisch und medial rehabilitiert werden. Es ist ein Skandal, wie er von Hexenjägern vorgeblich im Namen der Menschenrechte an den Pranger gestellt wird. Sarrazin kann austeilen; längst aber ist er es, dessen Menschenwürde verletzt wird.

Politisch korrekte Phrasen

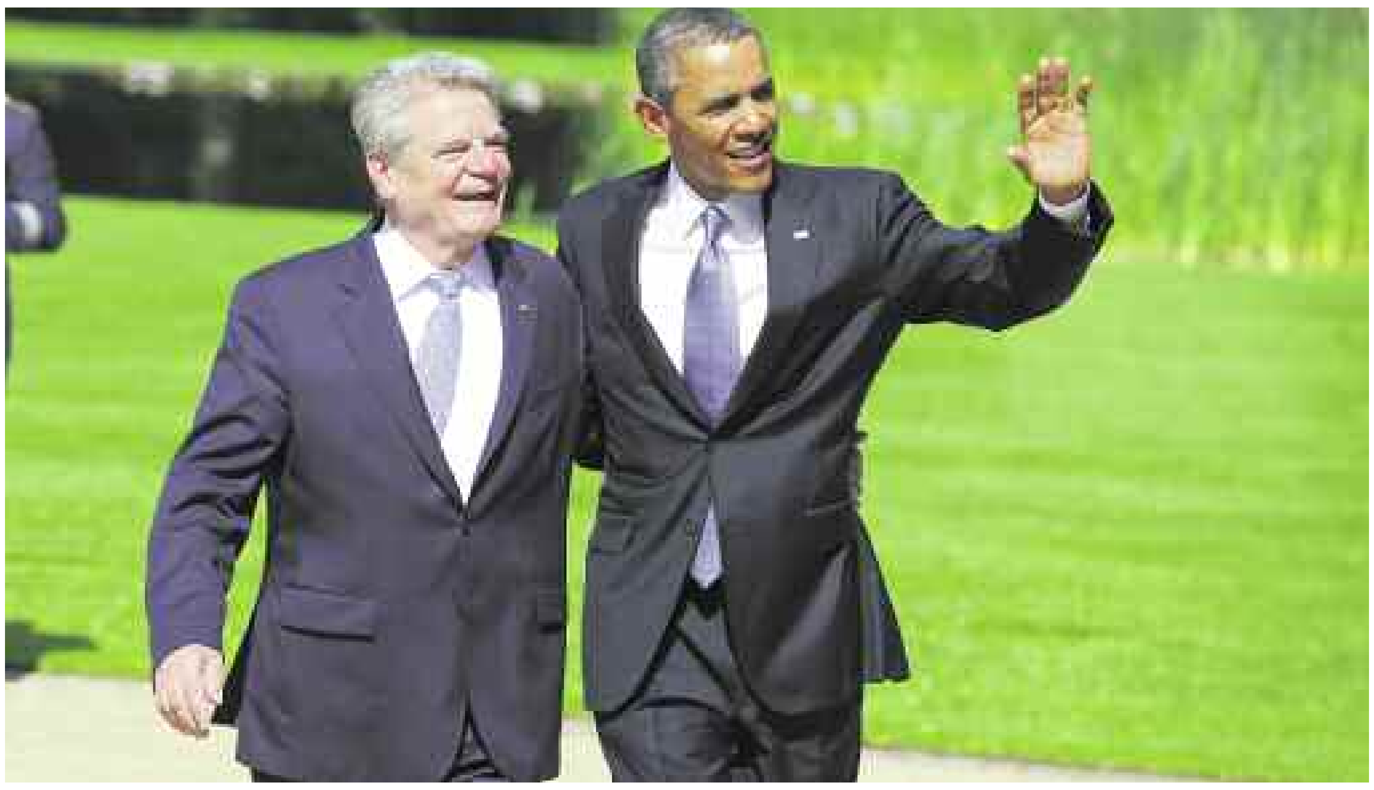
Von Rebecca Bellano

Das ist ja eine tolle Wahl, die Bundespräsident Joachim Gauck den Menschen lässt, die nicht gerade davon begeistert sind, dass immer mehr Schwarzafrikaner, aber auch Roma in deutschen Großstädten anzutreffen sind. In einer Rede, in der er zu mehr Solidarität mit Flüchtlingen und Asylbewerbern aufrief, unterstellte er im Grunde jenen, die diese Menschen nicht mit offenen Armen empfangen, Rechtsradikalismus oder Ängstlichkeit. Im Falle der Verfasserin ist Rechtsradikalismus angesichts eines in Italien geborenen Vaters und einer in der Türkei geborenen Schwiegermutter in spe eine recht masochistische Option, daher bliebe also nur die Ängstlichkeit. Auf jeden Fall ist es furchteinflößend, gerade wenn man vor einigen der in Hamburg auf Asyl pochenden Schwarzafrikaner steht. Gauck meint, es „gibt Dinge, die sich mehren, wenn wir sie teilen, zum Beispiel Liebe und Mitgefühl“. Liebe und Mitgefühl kommen aber ehrlich gesagt nicht auf. Eher die Frage, wo diese starken, kräftigen Männer denn ihre Frauen und Kinder gelassen haben. Es kann doch kaum sein, dass alle diese Männer, die überwiegend in den 20ern sind, keinen weiblichen Anhang haben. Und wenn sie denn nur Gastarbeiter in Libyen waren, so ist doch anzunehmen, dass es dort auch weibliche Gastarbeiter gab. Wo sind die? Wieso sind nur die Stärksten der Starken hier angekommen? Und wenn sie doch alle so gut ausgebildet sind, wie sie sagen, warum helfen sie dann nicht beim Aufbau ihrer Heimatländer, man hört doch immer wieder, dass viele Teile Afrikas sich eines großen Wirtschaftswachstums erfreuen.

Gauck fehlen die richtigen Themen und der Mut

Aber nein, solche Fragen stellt man nicht. Gauck fordert stattdessen eine stärkere Willkommenskultur von den Deutschen ein. Wobei: Letztens war zu lesen, dass Gauck auf der Suche nach wichtigen Themen für seine Präsidentschaft seine Mitarbeiter um Vorschläge gebeten habe. Das Thema Willkommenskultur soll eine von fünf Ideen gewesen sein, die ihm besonders zugesagt habe. Was man allerdings von einem Präsidenten zu halten hat, der auf der Suche nach seinen Themen seine Mitarbeiter befragt, muss an dieser Stelle nicht betont werden. Demokratie ist an anderer Stelle zwar wünschenswert, aber eine Führungsfigur sollte schon führen können.

Und wer von Gauck erwartet hatte, dass er wie vor seiner Präsidentschaft auch mal scharfe Worte gegenüber der Politik findet sowie Freiheit und die Einhaltung von Menschenrechten einfordert, hört plötzlich fast nur noch politisch korrekte Phrasen. Hier ist folgender Satz aus seiner Weihnachtsansprache hervorzuheben: „Sorge bereitet uns auch die Gewalt: in U-Bahnhöfen oder auf Straßen, wo Menschen auch deshalb angegriffen werden, weil sie schwarze Haare und eine dunkle Haut haben.“ Ja, Jonny K. und Giuseppe M. hatten zwar dunkle Haare, aber die Täter ebenfalls. Was Täter wie Onur, Ali, Baris und Co. antreibt, das wäre ein Thema für Gauck, doch da es politisch nicht korrekt ist, fordert er wolkig von den Deutschen Solidarität und eine stärkere Willkommenskultur.



Bundespräsident Joachim Gauck mit US-Präsident Barack Obama: Obwohl sich Gauck die Themen Freiheit und Menschenrechte auf die Fahnen geschrieben hat, hält er sich beim Thema US-Abhörskandal sehr bedeckt. Dabei gäbe es hier genügend zu kritisieren.

Bild: action press

Gastkommentar



Blick hinter die passable Fassade Deutschlands

Von Dieter Farwick

Ein erster Blick auf die Fassade Deutschlands führt zu einem positiven Eindruck: Deutschland ist wirtschaftlich und politisch die Nummer 1 in Europa. Wirtschaft, Binnenkonsum und Export wachsen und Deutschland hat die niedrigste Arbeitslosenquote in Europa. Der deutsche Bürger ist mehrheitlich stolz auf sein Land. Die Bundeskanzlerin erzielt hohe Werte bei Meinungsumfragen. Regierung und die meisten Medien bestärken diese Menschen in ihrem „Wohlgefühl“.

Daher lohnt es sich, die Sonde etwas tiefer anzusetzen. In der Wirtschaft, im Export zeigen sich – wie in der Auto-, der Solarindustrie und der Schifffahrtsindustrie – deutliche Bremsspuren. Dort gibt es bereits Insolvenzen, Entlassungen von Personal oder Kurzarbeit. Das verlangsamte Wachstum in China wird sich mittelfristig negativ auswirken. Die Wachstumsprognosen für Deutschland sind nach unten korrigiert worden. Sie liegen für dieses Jahr bei zirka 0,6 Prozent.

Die Verschuldung Deutschlands ist in den Jahren sprudelnder Steuereinnahmen von über 600 Milliarden Euro weiter gestiegen. Sie liegt bei über 80 Prozent des Bruttosozialproduktes – deutlich über der vereinbarten Marke von 60 Prozent im Stabilitätspakt. In absoluten Zahlen liegt Deutschland nicht bei den offiziell genannten zwei Billionen, sondern deutlich darüber, wenn noch gesetzliche Verpflichtungen für die zukünftige Altersvorsorge, Pensionen und Pflegekosten hinzugerechnet werden. Summen von sechs bis acht Billionen werden von Experten als Gesamtbetrag genannt. Im jährlichen Bundeshaushalt sind bereits 40 Milliarden Euro für den Schuldendienst gebunden.

Schulden stand von zwei Billionen ist viel zu niedrig angesetzt

Die Summe der Haftungen für die diversen Rettungsmaßnahmen beläuft sich auf über eine Billion Euro – immerhin das Dreifache des jährlichen Bundeshaushaltes. Es ist unverständlich, dass der Bundestag keine Obergrenze für Haftungen bestimmt hat.

Im Gegensatz zu den offiziellen Erklärungen der Bundesregierung ist bereits bares Geld geflossen – bei dem letzten Schuldenschnitt für Griechenland und mit den ersten beiden Jahresraten für den ESM in Höhe von rund acht Milliarden Euro – für den Rettungsschirm, den es gar nicht mehr geben dürfte. Am 10. Oktober 2012 wurde Finanzminister Wolfgang Schäuble in der „Welt“ mit der „mutigen“ Aussage zitiert: „Die Rettungsschirme laufen aus – das haben wir klar definiert ... Solange Angela Merkel Bundeskanzlerin ist und ich Finanzminister bin, würden Sie diese Wette – dass die Rettungsschirme nicht auslaufen – verlieren. Die Rettungsschirme laufen aus.“ Die Bundeskanzlerin hatte sich bereits vorher festgelegt: „Eine Gemeinschaftshaftung in Europa wird es nicht geben, solange ich lebe“ („Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 1. Juli 2012). Dies sind nur zwei der zahlreichen Täuschungen der deutschen Öffentlichkeit und des deutschen Bundestages mit erheblichen negativen Folgen für die Glaubwürdigkeit der Bundesregierung und die demokratische Kultur in Deutschland.

Die Vorgaben des Finanzministers aus dem Jahre 2010, dass die Bundeswehr in den nächsten vier Jahren acht Milliarden einzusparen habe – auch durch die Streichung von je 20 000 Berufs- und Zeitsoldaten – haben willfährige Verteidigungsminister zur De-facto-Abschaffung der Wehrpflicht und zur Reduzierung der Bundeswehr auf „bis zu 185 000 Soldaten“ veranlasst. Es gab keine tiefschürfenden Studien über die wahrscheinlichen Folgen dieser Schnellschussentscheidungen. Die sogenannte „Jahrhundertreform der Bundeswehr“ wird ohne substanzielle Korrekturen die nächsten zwei Jahre nicht überleben. Sie ist unterfinanziert. Die „Jahrhundertreform“ hat auch zu einer neuen Struktur des Bundesministeriums der Verteidigung geführt. Die „Wunschstruktur“ des Ministers Thomas de Maizière hat ursächlich zum Desaster mit dem „Euro-Hawk“ geführt.

Deutschland wird nicht mehr als verlässlicher Partner für gemeinsame Rüstungsvorhaben oder Aufgabenteilungen betrachtet. Das Ansehen des „Retters Deutschland“ ist bei den Nehmerländern stark gesunken. Der Euro, der Europa vereinen sollte, hat Europa gespalten. EU-Kommissar Günther Oettinger bezeichnet Europa als „Sanierungsfall“.

Die vier etablierten Parteien werden den Weg der „alternativlosen Politik“ fortsetzen – unabhängig von der Farbenkonstellation. Sie wollen Europa – zumindest jedoch die Euro-Zone – zur Haftungs-, Banken- und Schuldenunion entwickeln – koste es, was es wolle. Sie haben sich für die Scheinlösung „Schrecken ohne Ende“ entschieden. Alternativlos. Sie sind sich nicht zu schade, für den Fall des Scheiterns des Euro mit einer steigenden Kriegsgefahr in Europa zu argumentieren.

Politik fährt bei Euro-Krise die Strategie »Schrecken ohne Ende«

Die öffentliche Diskussion über den Euro und die Euro-Zone kommt den etablierten Parteien nicht ganz ungelegen, da die Expertisen der Euro-Zonen-Gegner bisher bei der Öffentlichkeit nicht durchschlagen. In Verbindung mit der Hochwasserkatastrophe, die jetzt viel Aufmerksamkeit verlangt, wird der deutsche Wahlbürger von dem Blick hinter die Fassade abgehalten. Er würde erkennen, dass dieser Bundesregierung in dieser Legislaturperiode keine entscheidende Reform gelungen ist. Wir haben unverändert die „kalte Progression“ und die „kalte Enteignung“.

Gibt es tatsächlich keine Alternativen? Seit die junge Partei „Alternative für Deutschland“ die Variante „Ende mit Schrecken“ in die öffentliche Diskussion getragen hat, gibt es nahezu wöchentlich mögliche Alternativvorschläge. Deren Umsetzung wäre nicht einfach und auch nicht kostenlos zu haben. In einer mehrjährigen, geplanten Übergangsphase können die Folgen eines Crashs jedoch gemildert werden. In dieser Phase könnte es in Europa kleinere Währungseinheiten geben – mit oder ohne nationale Parallelwährungen, die den betreffenden Staaten die Chance böten, durch Abwertung ihrer Währung ihre verlorengegangene Wettbewerbsfähigkeit und Kreditwürdigkeit zurückzugewinnen. Ein Austritt Deutschlands aus dem Euro sollte als ultima ratio im Köcher bleiben.

Es ist kein Wunder, dass die etablierten Parteien und etliche Medien mit allen Mitteln und Tricks gegen diese Partei agitieren. Wissenschaftler, die vom Staatsgeld leben, „verkaufen“ sich mit Stellungnahmen, die von Glauben, Liebe (zum Staatsgeld) und Hoffnung getragen werden. Natürlich gibt es keine handfesten Beweise für Lösungsansätze in der Zukunft. Aber der Blick in die Vergangenheit gibt einige Hinweise: Der entscheidende Fehler geschah in der Zeit vom 8. bis 10 Mai 2010 mit der Aufhebung der „No bail out“-Klausel des Vertrages von Maastricht. Seither sind über 280 Milliarden nach Griechenland geflossen. Was haben sie den Bürgern Griechenlands gebracht? Nichts. Selbst der IWF hat jüngst erklärt, dass man sich bei diesen Rettungsversuchen durch einen unbegründeten Optimismus zu falschen Entscheidungen hat verführen lassen. Das Geld ist weitestgehend bei den Banken gelandet, die die sogenannte Euro-Krise mit zu verantworten haben.

Bei den Wahlen am 22. September steht die Zukunftsfähigkeit Deutschlands auf dem Spiel.

Der Autor, Brigadegeneral a. D., war Chef des Amtes des Militärischen Nachrichtenwesens der Bundeswehr und ist Autor des Buches „Wege ins Abseits. Wie Deutschland seine Zukunft verspielt“, Osing-Verlag.

Glanz und Elend eines Sachsenschlosses

Schloss Hubertusburg erstrahlt wieder in alter Pracht – Jahre zuvor wurde die Residenz der Sachsenkönige zweckentfremdet

Das zwischen Leipzig und Dresden gelegene Schloss Hubertusburg hat eine bewegte Vergangenheit hinter sich. Ursprünglich als königliche Jagdresidenz gedacht, fungierte es in dunkleren Jahren als Lazarett, Besserungsanstalt und sogar als Gefängnis. Jetzt wird es aufwendig saniert und weist in einer Ausstellung auf ruhmreichere Zeiten hin wie auf den Hubertusburger Frieden von 1763.

Wie ein Vorwurf wirken die verrotteten Wände im Inneren des Rohbaus von Schloss Hubertusburg. Mit ihm erwuchs im frühen 18. Jahrhundert eine der größten Schlossanlage des Rokokos in Deutschland. In Dresden kam der repräsentative Umbau der Renaissance-Anlage zu einer zeitgemäßen Residenz nicht voran, da der Nordische Krieg die Bautätigkeit bis 1710 lähmte. Schließlich entwickelte sich aus einem bescheidenen Vorgängerbau in der Nähe von Wermsdorf zwischen 1727 und 1743 Stück für Stück eine imposante Anlage, ähnlich wie beim Dresdner Zwinger, der nach und nach aus dem Hausgarten der Kurfürstin zwischen den Festungswällen zu einer festlichen Prunkarchitektur ohne Beispiel auswuchs.

In Hubertusburg verband die Hauptachse eines Lustgartens den Zentralbau über die Jagdschneisen des nahegelegen Wermsdorfer Waldes mit den Weiten der Umgebung. Die gerühmte Dresdner Hofkapelle fand in einem eigens dafür eingerichteten Opernhaus eine Spielstätte und das Jagdgefolge in den weitläufigen Nebengebäuden eine Unterkunft. Ein springender Rehbock steht als Wetterfahne auf dem Dachreiter des Zentralbaus.

Mit Versailles wollte sich Hubertusburg messen und teilt damit die Absichten vergleichbarer Bauvorhaben, die in Schönbrunn, Würzburg, Mannheim und Pommersfelden zur gleichen Zeit Gestalt annahmen. Der Siebenjährige Krieg tilgte dann den Ort von der Landkarte des fürstlichen Prunks und schrieb ihn dafür als Symbol eines Friedenschlusses in die Geschichtsbücher ein.

In seiner „Geschichte Friedrichs des Großen“ beschreibt Franz von Kugler das Ende: „Sorgfältig hatte Friedrich bis jetzt für den Schutz der königlichen Schlösser in Sachsen gewacht ... Jetzt aber hatte ihn die Plünderung des Charlottenburger Schlosses ... aufs tiefste empört ...“ So gab Friedrich den Befehl, das Jagdschloss Hubertusburg, welches „das Herzblatt des Königes von Polen“ genannt wurde, zu plündern. „Der Kopf der großen Herrn“, so sagte er, „fühlt es nicht, wenn den Untertanen die Haare ausgerauft werden: man muss sie da angreifen, wo es ihnen selbst wehtut.“

Die regulären Heerführer General von Saldern und von Marwitz weigerten sich, die Ehre ihrer Truppen durch eine solche Barbarei zu besudeln und hatten entsprechende Nachteile dafür hinzunehmen. Das Freikorps des eilig beförderten Majors Quintus Icilius räumte schließlich das Schloss aus. Der Holzschnitt den Adolph von Menzel zu dieser Episode in Kuglers Werk entwarf, zeigt, wie riesige Packwagen der Plünderer die Fassade des ausgeräumten Schlosses verdecken.



August III. zu Pferde: Skulptur aus Meissner Porzellan

Die Qualität des Baues, seine zweckmäßige Einrichtung zur Unterbringung eines zahlreichen Jagdgefolges, lud später zu anderen Nutzungen ein, sicherte aber den Bestand. Nur so konnte sich der riesige Gebäudekomplex in dörflicher Abgeschiedenheit erhalten.

Bis vor 20 Jahren wurde er noch als Landeskrankenhaus genutzt. Zuvor war das Schloss Irrenanstalt und Gefängnis. Unter anderem die Sozialdemokraten August Bebel und Wilhelm Liebknecht saßen hier ein. Geblieben ist auch die Erinnerung an den Frieden von Hubertusburg, der einen ersten transkontinentalen Krieg beendete. Eine Medaillenprägung von 1763 erinnert an einen geflügelten Fanfarenbläser, der über der Schlossfassade schwebt, darüber steht „NVNCIA PACIS“ (Friedenskünder).

In der Schau ist nun auch die Friedensurkunde aus dem sächsischen Hauptstaatsarchiv zu sehen. Ein Friedenstuch aus dem Schlesischen Museums Görlitz zeigt in Stikkerei Weiß auf Rot: „Zwey Kayser und drey Könige sind nun des Krieges müde. Drum machen sie auf Gottes Winck mit Preußen Friedrich steten Friede.“

Nach einer künstlerisch glanzvollen, aber politisch glücklosen Epoche, die mit August dem Starken eingeleitet wurde, war nun Sachsen endgültig aus der großen europäischen Politik ausgeschieden. Mit dem „sächsischen Judas“ Kurfürst Moritz, der in der großen Machtpolitik zwischen Protestanten und Kaiser taktierte, und mit dem Erzmarschall des Heiligen Römischen Reiches Johann Georg II. als „sächsischem Mars“ an vorderster Linie im Abwehrkampf gegen die Osmanen war das Kurfürstentum Sachsen lange eine bestimmende Kraft gewesen. Sein Niedergang bedeutete zugleich den Aufstieg Brandenburg-Preußens. Vom Wortführer der protestantischen Partei im Reich wurde Sachsen zum Prügelknaben der Herren der Geschichte. Als ungleiche Bündnispartner Napoleons wurden die Sachsen 1809 in Tirol von Hofers Leuten übel zugerichtet und zahlten für Österreichs Sache in Königgrätz einen hohen Blutzoll. Was schließlich noch geblieben war vom sächsischen Heer, geriet als 94. Infanteriedivision „Sachsenschwerter“ vor 70 Jahren in den Kessel von Stalingrad.

In Dresden hatte man sich beizeiten daran gewöhnt, große Fassaden der Vergangenheit aufzuführen. So erinnert die Ausstellung neben dem Friedensschluss von 1763 vor allem an die jagdliche Festkultur des sächsischen Hofes, die hier für wenige Jahre eine einsame Höhe erreichte, bis der Herrscher vor den preußischen Truppen nach Warschau floh. In sechs Räumen des weitgehend unsanierten Rohbaus der Beletage richteten die Staatlichen Kunstsammlungen Dresden diesen Sommer aus Anlass des Jubiläums die Ausstellung „Die königliche Jagdresidenz Hubertusburg und der Frieden von 1763“ ein. Im Vergleich mit der Mannheimer Anlage, die durch den nahen Eisenbahnverkehr beeinträchtigt wurde, oder dem Dresdner Marcolinipalais, auf dessen Park das städtische Krankenhaus errichtet wurde, ist das landschaftliche Umfeld von Hubertusburg verhältnismäßig wenig beeinträchtigt. Selbst der unvermeidliche private Wohnhausbau orientierte sich einigermaßen an der Ausrichtung der Anlage.

Außer der Fassade ist es vor allem die katholische Schlosskapelle mit dem Figurenschmuck des Lorenzo Matielli, wo sich ein starker Eindruck der einstigen Bestimmung erhalten hat. Hier ist das größte barocke Deckengemälde Sachsens zu sehen. Im Kultursaal des Schlosses werden außerdem Ausschnitte aus der unter anderem hier in den 1980ern gedrehten sechsteiligen Defa-Produktion „Sachsens Glanz und Preußens Gloria“ vorgeführt. Dazu sind die Originalkostüme aus den Babelsberger Filmstudios zu sehen. *Sebastian Hennig*



Jagdsitz in Übergröße, damit auch alle Jagdteilnehmer Platz finden: Wie bei vielen anderen Barockschlössern war auch Versailles das Vorbild für Schloss Hubertusburg Bild: Staatliche Kunstsammlung Dresden

Des Königs Liebeslieder

Nachwuchsmusiker aus aller Welt treffen sich zu den Young Euro Classics in Berlin

Das Berliner Konzerthaus am Gendarmenmarkt erlebt in diesen Tagen den Aufstand der Jungen. Denn bei den „Young Euro Classics“ kommen die besten Nachwuchsorchester aus aller Welt nun schon zum 14. Mal zusammen.

Bis zum 11. August gibt es neben den mehr als 30 Konzerten auch wieder einen Abend mit Musik und Tanz. Das internationale Projekt „Simple Gifts“ präsentiert von Volksmusik inspirierte Lieder und Tänze. Dabei nehmen am 1. August die jungen Ausnahmetalente des Bundesjugendballetts gemeinsam mit jungen Musikern das Publikum mit auf eine Reise durch Volksweisen aus aller Welt – und das in 26 getanzten Liedern. Das Programm bietet ausgefallene Konstellationen aus Gesang, Streichquartett, Klarinette, Klavier und Tanz.

Die Choreografien zu den Liedern aus sieben Ländern stammen von weltbekannten Tanzlehrern wie John Neumeier (USA), Kenneth Tindal (Schottland), Paul Boyd (Australien), Patri ck Eberts (Deutschland), Yukino Takaura (Japan), Thiago Bordin (Brasilien), Maša Kolar (Kroatien) und Kristofer Weinstein Storey (USA).

Das Festival lebt von seiner Vielfalt. In diesem Jahr sind Ensembles und Kompositionen aus Lateinamerika, Australien, Asien und Europa vertreten. Am Sonnabend, 27. Juli, gibt es gleich ein „Fest für alle“. Denn nach dem Auftritt der Zugloer Philharmonie Budapest mit Werke von Kodály, Liszt und Bartók findet eine Auftakt-Fete mit Publikum und Musikern statt. Am Sonntag, 28. Juli, gibt es ab 12 Uhr im großen und kleinen Saal des Konzerthauses das Preisträger-Festival, bei dem ausgezeichnete Solisten Kostproben ihres Könnens zeigen. Der Abschluss bildet um 20 Uhr der Schleswig-Holstein-Festival-Chor mit Carl Orffs „Carmina Burana“.

Am Montag, 29. Juli, ist dann zum ersten Mal ein Orchester aus Thailand zu hören. Die Siam Sinfonietta führt neben Mahlers Sinfonie „Der Titan“ auch eine Komposition ihres Königs Bhumibol auf: Drei Liebeslieder, deren frühestes das am längsten amtierende Staatsoberhaupt der Welt schon vor 77 Jahren komponiert hat. Es folgen in der Woche neben dem schon erwähnten Volkstanzabend mit dem Bundesjugendballett (1.8.) Auftritte des Young Philharmonic Orchestras Jerusalem und Weimar unter Kurt Sanderling (30.7.), des Sinfonia Iuventus aus Polen (31.7.), des Staatlichen Jugendorchesters São Paulo aus Brasilien (2.8.) sowie – als kleines politisches Ereignis – des Arab Youth Philharmonic Orchestras mit Musikern aus acht arabischen Staaten (3.8.). Neben Klassikern wie Dvoraks 8. Sinfonie ist dabei auch das Werk eines arabischen Komponisten zu hören. Der Sonntag (4.8.) steht ab 12 Uhr im Zeichen des Klaviers. Junge Tastenvirtuosen interpretieren pianistische Gipfelwerke von Beethoven, Chopin oder Debussy.



Solisten im Anmarsch: Die Welt trifft sich am Gendarmenmarkt

Bis zum 11. August treten weitere erstklassige Orchester auf, darunter aus Österreich, Italien, Wales, Norwegen und Australien mit dem wunderbaren Geiger Joshua Bell und Christoph Eschenbach als Dirigenten.

Wer an neuester zeitgenössischer Musik Interesse hat, kommt ebenfalls auf seine Kosten. In beinahe jedem Konzert findet eine Ur- oder deutsche Erstaufführung statt. Die beste Uraufführung wird am Ende mit dem Europäischen Komponistenpreis ausgezeichnet. Beim Abschlusskonzert spielt das European Union Youth Orchestra Werke von Ravel, Prokofjew und Mussorski.

Karten gibt es für alle Plätze zum Einheitspreis von 18 Euro. Die Ticket-Hotline ist erreichbar unter: (030) 84108909. *tws*

Gespür für Kino

Bernd Eichingers Filmnachlass ausgestellt

Ende 2012 erhielt die Deutsche Kinemathek Berlin den Nachlass von Bernd Eichinger. Der wohl einflussreichste deutsche Filmproduzent der vergangenen Jahrzehnte starb 2011 überraschend im Alter von 61 Jahren an einem Herzinfarkt in der Kinometropole Los Angeles. Das Museum für Film und Fernsehen präsentiert nun am Sony-Center die erworbene Sammlung bis zum 6. Oktober in der Ausstellung „Bernd Eichinger – ... alles Kino“.

Gezeigt wird Eichingers Werk in vier großen Themenbereichen: „Helden“, „Deutschland“, „Amerika“ und „Außenseiter“. Aus verschiedenen Perspektiven wird seine Lebensgeschichte beleuchtet – von der Kindheit in der bayerischen Provinz über seine ersten Filmversuche und die frühe Produzententätigkeit bis zu den internationalen Erfolgen mit der Constantin Film und seinen Arbeiten als Drehbuchautor und Regisseur.

Eichinger vereinte scheinbar Unvereinbares. Er war zunächst einer der Produzenten des Neuen Deutschen Films und verwirklichte dann mit großem finanziellem Risiko auch international erfolgreiche Klassiker wie „Die Unendliche Geschichte“ (1984) „Der Name der Rose“ (1986) oder „Fräulein Smillas Gespür für Schnee“ (1997). Mit seinen Produktionen „Der Untergang“ (2004) und „Der Baader-Meinhof-Komplex“ (2008) wandte er sich zuletzt von Komödien ab und der deutschen Zeitgeschichte zu.

Zeit seines Lebens war er auf der Suche nach Stoffen mit Identifikationspotenzial für die breite Masse. Zahlreiche der von ihm produzierten Filme, etwa das Berliner Drogendrama „Christiane F. – Wir Kinder vom Bahnhof Zoo“ (1981) oder die Adaption von Patrick Süskinds Bestseller „Das Parfum“ (2006), stellten Figuren in den Mittelpunkt, die jenseits gesellschaftlicher Normen agierten. Das gilt auch für seine eigene Regiearbeit bei „Das Mädchen Rosemarie (1996) über den in den 50ern schlagzeilenträchtigen Fall einer Edelprostituierten.

Am Ende der Ausstellung findet sich der Besucher in Eichingers Arbeitsbereichen wieder, nämlich an seinem privaten Schreibtisch oder in einer Nachbildung seiner Münchener Lieblingsbar „Schumann's“. Kombiniert mit großflächigen Projektionen vermittelt diese Installation die vielfältigen Bilderwelten, die Risikobereitschaft, die Energie und das Potenzial des Produzenten, dessen Motto hieß: „Alles was ich sehe, alles was ich lese – für mich ist alles Kino.“ *tws*

Potsdamer Straße 2, Dienstag bis Sonntag 10 bis 18 Uhr, Donnerstag bis 20 Uhr. Eintritt: 7 Euro, donnerstags freier Eintritt.

Als der Feuersturm über Hamburg hinwegfegte

Vor 70 Jahren wurde die Hansestadt das Ziel der bis dahin schwersten Bombenangriffe des Zweiten Weltkrieges

Der Feuersturm, der sich in Hamburg während einer der Angriffsnächte vom Sommer 1943 entwickelte, ist ein bis heute einzigartiges Phänomen der Luftkriegsgeschichte. Mit der Schilderung der sogenannten „Operation Gomorrha“ aus der Perspektive der Opfer soll nicht nur ihrer gedacht, sondern zugleich exemplarisch an das Leid aller erinnert werden, die den alliierten Bombenhagel zu erdulden hatten. Dies ist das Gebot einer Zeit, in der deutsche Opfer aus politischen Gründen verschwiegen, verleugnet oder die Verlustzahlen nach unten „korrigiert“ werden.

In der Nacht vom 24. auf den 25. Juli 1943 sitzen die Hamburger bis spät in ihren Gärten, auf Terrassen und Balkonen. Morgen ist Sonntag, da kann man die schöne Sommernacht noch lange genießen. Wenn jetzt nur kein Alarm kommt. Bloß nicht noch in den muffigen Keller. Eine halbe Stunde nach Mitternacht heulen die Sirenen. Fliegeralarm! Abwarten, es wird schon nichts passieren. So oft hat es schon Alarm gegeben und dann sind die Bomber doch an Hamburg vorbeigeflogen. Im Rundfunk meldet sich Staatssekretär Georg Ahrens, wegen seiner ruhigen Stimme „Onkel Baldrian“ genannt: „So, liebe Hamburger, nun wird es aber wirklich Zeit, in den Keller zu gehen.“ Na, wenn der es sagt, dann wollen wir mal. Es wird ja wohl nicht lange dauern.

Die Hamburger haben bereits 137 Luftangriffe überstanden, ohne dass es zu großflächigen Zerstörungen gekommen ist. Doch etwas ist diesmal anders. Ein unheimliches Dröhnen liegt in der Luft. Sie spüren, dass sich Schlimmes über ihnen zusammenbraut. Eine gewaltige Bomberflotte ist über der Stadt. Die Hamburger wissen nicht, dass der britische Premierminister Winston Churchill seinem Bomberchef Arthur Harris den Auftrag gegeben hat, ihnen mit einer Reihe „rollender“ Großangriffe einen Jahrhundertbrand (centennial conflagration) zu bescheren. Den hatte Churchill eigentlich für den Sommer 1942 zum 100. Jahrestag des verheerenden Stadtbrandes von 1842 geplant, wegen eines Unwetters waren die Maschinen damals aber zu anderen Zielen umgeleitet worden. Allein der Deckname für die „Operation Gomorrha“ ist Programm: „Der Herr ließ Schwefel und Feuer regnen vom Himmel herab auf Sodom und Gomorrha und vernichtete die Städte und die ganze Gegend und alle Bewohner.“ So steht es in der Bibel. Harris hat sich eine ebenso brutale wie effiziente Taktik ausgedacht, um dieses Schreckensszenario Wirklichkeit werden zu lassen: Die erste Welle wirft Sprengbomben und Luftminen, welche die Dächer abdecken und die Stockwerke durchschlagen. Dann fallen Phosphorkanister und Stabbrandbomben und entzünden die hölzernen Dachstühle, Treppenhäuser und Böden, so dass die Häuser in kürzester Zeit vollständig aufbrennen. Die letzte Welle vollendet das Vernichtungswerk, indem sie erneut Sprengbomben und Bomben mit Verzögerungszünder wirft, um Lösch- und Rettungsarbeiten zu verhindern.

Als die ersten Flugzeuge auftauchen und zur Zielmarkierung ihre „Tannenbäume“ setzen, ist klar: Der Angriff gilt dem Hamburger Westen. Aber warum schießt die schwere Flak nicht? Deren Bedienungen stehen ratlos vor ihren Radargeräten. Statt der Ortungssignale feindlicher Bomber nur wirr zuckende Blitze auf den Schirmen. Die Briten haben Millionen von Stanniolstreifen abgeworfenen, die nun alle ein Signal erzeugen. Eine ebenso geniale wie simple Methode, die Flugabwehr blind zu machen. Die kann jetzt nur noch ungezieltes Sperrfeuer schießen. Nahezu ungestört werfen insgesamt 791 Flugzeuge über 2300 Tonnen Bomben ab. Es entsteht ein Großfeuer bislang nicht gekannten Ausmaßes. Nach zweieinhalb Stunden kommt die Entwarnung. Die Stadtteile Altona, St. Pauli, Hoheluft, Eimsbüttel und die Innenstadt sind in weiten Teilen zerstört. In den Trümmern liegen etwa 1500 Tote – das sind rund 100 mehr, als alle bisherigen Luftangriffe zusammen gefordert haben. Die Hamburger trösten sich: Schlimmer kann es eigentlich nicht mehr kommen.

Die Lösch- und Bergungsarbeiten sind noch im vollen Gange, als am frühen Sonntagnachmittag rund 100 US-amerikanische Maschinen den Hafen anfliegen und dort beträchtlichen Schaden anrichten. Die Nacht bleibt ruhig, doch am nächsten Morgen kommen die US-Bomber zurück und greifen erneut die Werften und Kaianlagen an. Insgesamt sind 150 Tote zu beklagen. Nun wird den Hamburgern klar: Die Tagesangriffe sind gegen kriegs- und rüstungswichtige Ziele gerichtet, die nächtlichen Massenangriffe der Briten dagegen sollen die Wohngebiete der Arbeiter auslöschen.

Dienstag, der 27. Juli, ist kaum angebrochen, da gibt es wieder Fliegeralarm. Über der Stadt erscheinen aber nur sechs britische Störflugzeuge, die zwei Bomben abwerfen. Ihr Einsatz hat den einzigen Zweck, die Bevölkerung in die Schutzräume zu zwingen und sie „auf dem Sprung“ zu halten. Tagsüber bleibt es ruhig. Es ist außergewöhnlich heiß. Selbst nach Sonnenuntergang fällt das Thermometer nicht unter 30 Grad. Die Hamburger blicken sorgenvoll zum Himmel.

Um 23.40 Uhr heulen die Sirenen. Wer einen Platz in einem der 139 Luftschutzbunker ergattert, hat kaum etwas zu befürchten. Die Bauten sind bombensicher und gasdicht, verfügen über Strom, Wasser und Lüftung. Hier, in den knapp 1500 öffentlichen Luftschutzräumen sowie den splittersicheren „Sonderbauten“ finden aber nur 500 000 der über 1,7 Millionen Einwohner Platz. Die meisten Hamburger suchen in ihrem befestigten Hauskeller Schutz.

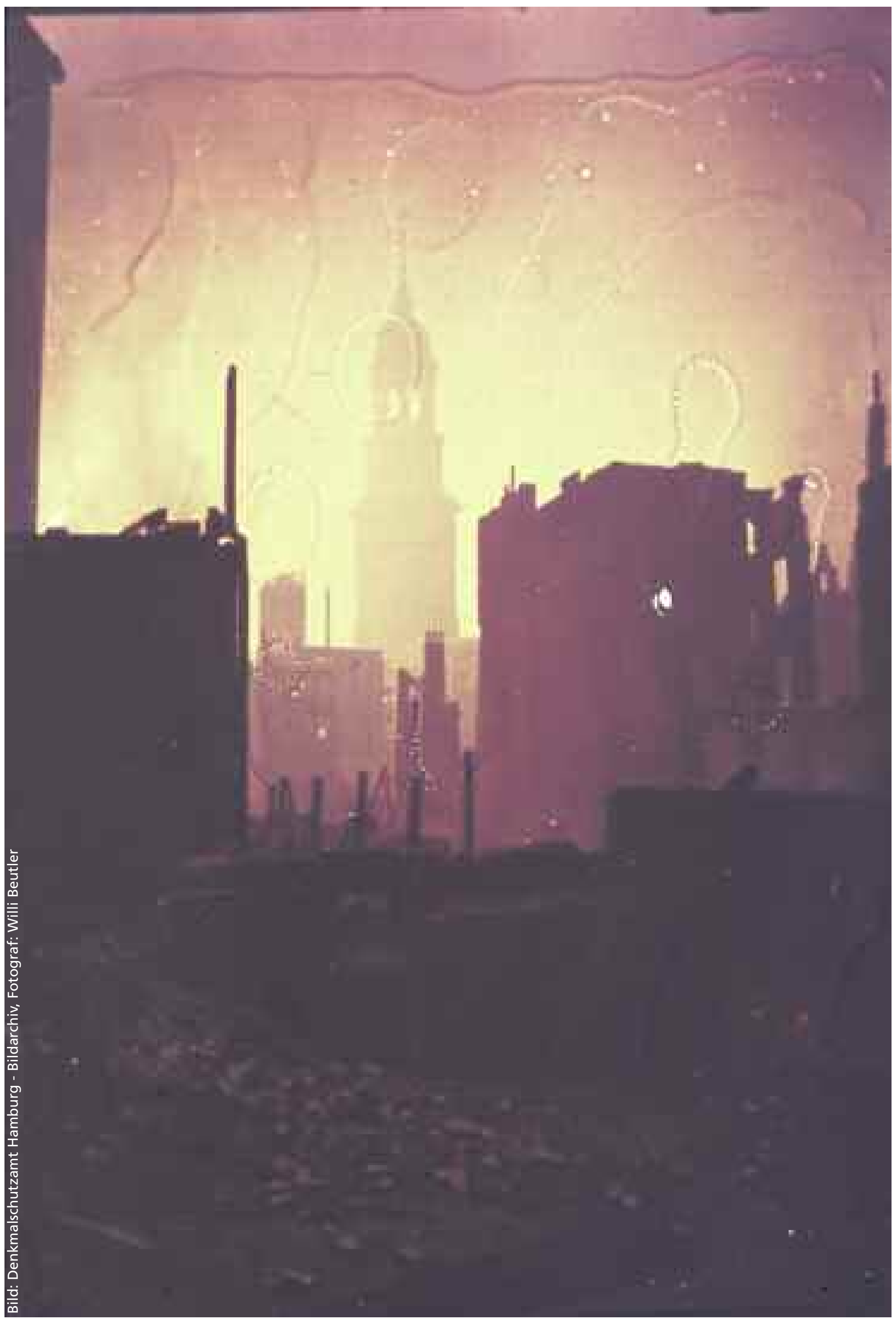


Bild: Denkmalschutzamt Hamburg - Bildarchiv, Fotograf: Willi Beutler

Im hellen Feuerschein: Hamburgs Hauptkirche und Wahrzeichen St. Michaelis

In dieser Nacht lösen 739 britische Bomber genau 1464 Tonnen Spreng- und 975 Tonnen Brandbomben über den dicht besiedelten Arbeitervierteln östlich der Alster. Der Hauptangriff dauert nur 15 Minuten – Zeit genug, einen bis dahin nie beobachteten Flächenbrand zu entfachen. Die Menschen in ihren heimischen Hauskellern ahnen noch nichts vom Ausmaß der Katastrophe. Sie fühlen sich sicher. Die Decke ist mit Holzbalken unterzogen und durch Stempel abgestützt. Was kann da schon passieren? Doch dann lässt ein Einschlag den Keller in seinen Grundfesten erbeben. Die Kerze verlöscht, Putz rieselt von der Decke. Der Hauswart mahnt: „Beruhigt euch, Nachbarn. Es ist doch nichts passiert. Der Angriff ist bald vorüber.“ So wird es sein. Schließlich hat man schon viele Nächte im Keller heil überstanden.

Plötzlich hebt ein unheimliches Heulen an. Die Menschen ahnen nicht, dass sich gerade zwei physikalische Phänomene zu einem neuen, einzigartigen Phänomen vereinen. Man kennt den thermischen Wind, der bei Großfeuern entsteht. Die erwärmte Luft steigt wie in einem Kamin auf und zieht durch den Sogeffekt und den Bedarf an Verbrennungssauerstoff frische Luft nach sich, die das Feuer schürt. In dieser Nacht liegt wegen der hochsommerlichen Temperaturen zusätzlich eine Hitzeglocke über der Stadt. Vom Feuer weiter erwärmt, steigt die gewaltige Luftmasse auf und verstärkt den Schloteffekt. Thermische und atmosphärische Luftbewegung steigern sich im Zusammenspiel zum Orkan, dem alles verzehrenden Feuersturm, der mit Geschwindigkeiten von bis zu 270 Kilometern pro Stunde durch die Straßenschluchten rast.

In den Luftschutzkellern wird es immer heißer, Rauchgase dringen ein, der Sauerstoff wird knapp. Kinder schreien, Frauen weinen und selbst hartgesottene Männer lernen in diesen Stunden das Beten. „Vater unser, der du bist ...“ Der Rest erstirbt in einer infernalischen Detonation. „Licht, macht doch Licht“, ruft einer. Die Besonnenen mahnen zum Aufbruch. „Wir müssen hier raus. Wenn der Ausgang erst einmal verschüttet ist, werden wir alle umkommen.“ Der Hauswart versucht, die Tür zu öffnen. Sie ist vom Luftdruck verzogen. Kräftige Hände packen zu, öffnen sie einen Spalt. Es ist, als blickte man durch das Feuerloch eines Ofens. Draußen nichts als Flammen und tosende Glut. Es kostet unmenschliche Überwindung, sich aus der vermeintlichen Sicherheit des Hauskellers in dieses Inferno hinauszubegeben. Die Hälfte wagt den Sprung ins Ungewisse. Für die Zurückbleibenden wird der Raum zur Todesfalle. Die Hitze steigert sich ins Unerträgliche. Die Menschen reißen sich die Kleider vom Leib. Ein dumpfes Grollen zeugt vom Einsturz des Hauses über ihnen. „Wir wollen raus“, schreien die Frauen. Die Männer öffnen die Tür, doch der Ausgang ist durch Trümmer versperrt. Die letzte Kerze liegt längst zertreten am Boden. Ein Durchbruch zum Nachbarkeller, das ist die Rettung. Kaum ist ein kleines Loch geschlagen, der Ruf: „Gaas!“ Schnell ein paar Kleidungsstücke hinein gestopft. Doch es ist zu spät. Lautlos dringt der Tod durch die Ritzen. „Ihr müsst wach bleiben, nicht einschlafen!“, mahnt der Hauswart. Der Irrsinn bemächtigt sich der Eingeschlossenen. Ein Soldat, der glaubte, schon alle Höllen auf Erden an der Front erlebt zu haben, greift zur Waffe und macht ein Ende. Was die anderen durchleiden, bis sie endlich von dem Grauen erlöst sind, entzieht sich jeder Vorstellungskraft. Als die Bergungskräfte Tage später in den Raum vordringen, liegt die Hausgemeinschaft fast friedlich da, wie vom Schlaf übermannt. Im Nachbarkeller hat das eindringende Feuer den Raum in ein Krematorium verwandelt. Und einen Keller weiter wiederum liegen die Menschen von der Hitze auf die Größe von Puppen geschrumpft in den Luftschutzbetten.

Die Straße ist ein einziger Glutofen. Bomben explodieren, Trümmer und Splitter fliegen durch die Luft, Phosphor tropft herab, überall dichtes Funkengestöber, kollabierende Fassaden stürzen in den Weg, die Atemluft wie glühende Lava. Nach links oder nach rechts? Links steht eine Feuerwand, da gibt es kein Durchkommen. Also nach rechts. Der Orkan ist so stark, dass man sich streckenweise nur kriechend fortbewegen kann. Kinder werden ihren Müttern aus den Armen gerissen und ins Feuer gesogen, selbst kräftige Männer wirft es von den Beinen. Hier erschlägt eine Hauswand eine Familie, dort stürzt ein Mensch und steht binnen eines Augenblicks in hellen Flammen, ein Stück weiter reißt eine Explosion eine Gruppe in Stücke. Dort, der Straßenbahnwagen gibt für einen Moment Dekkung. Dicht an den Boden gekauert kann man noch atmen, die heiße Luft schmerzt in den Lungen. In dem Wagen sitzen Menschen, so, als würden sie auf die Abfahrt warten. In ihnen ist kein Leben mehr, der Hitzetod hat es ausgelöscht. Weiter, weiter, nur nicht stehen bleiben. Wer keinen Überlebenswillen hat, ist verloren. Immer mehr Alte und Schwache bleiben zurück. Sie setzen sich einfach hin und ergeben sich ihrem Schicksal. „Geht, lasst mich zurück und rettet euch.“ Ein letzter Blick, man weiß, dass man sich nie mehr wiedersehen wird. Die anderen laufen weiter. Augenblicke entscheiden über das Überleben. Eine Straßenkreuzung. Die ersten kommen noch durch, doch dann fegt ein Feuerwirbel um die Ecke und verbrennt, einer riesigen Lötflamme gleich, die Nachfolgenden binnen Sekunden zu Asche.

> Die Opferzahl von 34 000 Toten ist unumstritten

Weiter, nur weiter. Zum Sportplatz. Eine große freie Fläche. Da kommt das Feuer bestimmt nicht hin und es gibt Luft zum Atmen. Ein fataler Irrtum. Am anderen Morgen findet man dort hunderte äußerlich unversehrte Leichen. Alle an Atemnot zugrunde gegangen. Oder doch besser zum Kanal. Wasser kann nicht brennen. Also hinein. Doch auch das ist nur der Sprung von einer Hölle in die nächste. Die Strahlungshitze versengt die Haare und verbrennt das Gesicht, Flammen schießen aus den Häusern am Ufer, der Sturm treibt Funken über das Wasser und Trümmer fallen herab. Untertauchen, wieder auftauchen, ein paar Atemzüge nehmen und wieder untertauchen. Selbst geübte Schwimmer verlassen die Kräfte und viele tauchen nicht mehr auf. Ertrunken mitten im Feuer.

Der sonst so erlösende Klang der Entwarnung verhallt im Prasseln des Feuers, das noch stundenlang tobt. Seit dem Alarm sind drei, seit dem ersten Anflug noch nicht einmal zwei Stunden vergangen. Die Stadtteile Hammerbrook, Borgfelde und Rothenburgsort sind vollständig, Hamm, Billbrook, Eilbek und Hohenfelde größtenteils vernichtet. Auch St. Georg, Barmbek und Wandsbek sind schwer getroffen. Über der Stadt liegt eine sieben Kilometer dicke Rauchglocke, die selbst die Mittagssonne nicht zu durchdringen vermag. Diejenigen, die der Apokalypse entronnen sind, schleppen sich aus der Todeszone – teilnahmslos und schicksalsergeben. Viele sind verletzt, haben Brandwunden, sind in Fetzen gekleidet oder auch nur in eine Gardine oder eine Decke gewickelt, weil sie sich die brennende Kleidung vom Leib gerissen haben. Ein Mann hält eisern einen Zinkeimer umklammert. Ein anderer, der ihn stützen will, fährt ihn an: „Nun lassen Sie doch endlich das Ding los.“ „Aber das sind doch meine Frau und meine Tochter.“ Ein Eimer voll Asche. Fast eine Million Menschen fliehen aus der Stadt, weil sie ihre Wohnung verloren oder Angst vor weiteren Angriffen haben.

Sie tun gut daran, denn noch hat Hamburg es nicht überstanden. Am 29. Juli, es ist zwei Minuten vor Mitternacht, gibt es erneut Fliegeralarm, denn 726 britische Maschinen sind im Anflug. Diesmal liegt der Angriffsschwerpunkt in Barmbek, Winterhude und Uhlenhorst. Wieder stehen ganze Stadtviertel in Flammen, Barmbek wird fast vollständig zerstört. Wegen der vorangegangenen Massenflucht und weil der vernichtende Feuersturm ausbleibt, gibt es bei diesem Großangriff jedoch weit geringere Verluste. Dennoch finden etwa 1000 Menschen den Tod. Allein im Luftschutzraum des Kaufhauses Karstadt gehen alle 370 Insassen an Kohlenoxydvergiftung zugrunde, als der Ausgang verschüttet wird und im Nachbarkeller eingelagerte Kohlen in Brand geraten. Der siebente und letzte „Gomorrha“-Angriff in der Nacht vom 2. auf den 3. August fällt buchstäblich ins Wasser. Über Norddeutschland tobt ein Gewitter, so dass die meisten der 740 britischen Flugzeuge abdrehen und ihre Bomben ungezielt oder über unbewohnten Gebieten abwerfen müssen.

Hamburg liegt in weiten Teilen in Schutt und Asche. Über 277 000 Wohnungen, 2600 Gewerbebetriebe, 580 Industriebetriebe, 24 Krankenhäuser, 277 Schulen, 80 Militäranlagen und 58 Kirchen sind dahin. Allein das Totalschadensgebiet der Feuersturmnacht ist über 13 Quadratkilometer groß. In den kommenden Monaten werden von den Straßen, aus Kellern und Ruinen exakt 31 647 Leichen geborgen, von denen 15 802 identifiziert werden können. Sie weisen alle Formen und Stadien physischer Vernichtung auf. Verbrannt, versengt, verascht, gesotten, zerfetzt, zerschmettert, zerdrückt, erstickt, vergast. Auf dem Hauptfriedhof Ohlsdorf haben sie in einem Massengrab ihre letzte Ruhestätte gefunden. Von der Annahme ausgehend, dass nicht alle Toten geborgen werden konnten, gilt eine Zahl von insgesamt 34 000 Todesopfern als realistisch. Sie ist quellenmäßig so gut gesichert, dass sie bis heute nicht in Zweifel gezogen wird.

> Der Feuersturm ist ein bis heute einzigartiges Phänomen der Luftkriegsgeschichte

Zwei Jahre später. Der Krieg ist vorbei. Ein Leutnant der Royal Air Force steuert seinen Jeep auf einen Trümmerhügel. Er erhebt sich aus dem Sitz, lässt den Blick über die Trümmerwüste streifen. Ein Schatten tritt in seine Augen, dann schließt er sie wie unter dem Eindruck eines Schmerzgefühls, lässt sich auf den Sitz zurückfallen und sein Kopf sinkt auf das Steuer. Er hat in jenen Nächten seine Bomben über Hamburg gelöst. Nun sieht er zum ersten Mal die Auswirkungen seines Werkes. Tatsächlich hat es diesen Offizier nie gegeben. Er ist lediglich eine Figur aus Norbert Jacques’ Erzählung „Atabaska“. Der Autor schreibt dazu, dass er die Begebenheit frei erfunden habe. Und er schließt: „Aber ich hoffe, dass sie dennoch wahr sei.“

Jan Heitmann

Als Weimars Außenminister ist er Legende

Gustav Stresemann stand allerdings auch 103 Tage als Kanzler einer großen Koalition an der Spitze der Reichsregierung

„Die Rentenmark geschaffen, Mitteldeutschland in Ruhe, der bayerische Aufstand zusammengebrochen, die Rheinlandfrage, die zeitweilig so aussah, als verlören wir das Rheinland, zur Ruhe gebracht durch die beginnende innere Gesundung, die Außenpolitik für künftige Entwicklung freigemacht durch eine Politik, die den Mut fand, den Ruhrkampf zu beendigen“, so bilanzierte Gustav Stresemann im November 1923 seine Kanzlerschaft, die vor 90 Jahren, am 13. August 1923, ihren Anfang nahm.

Die Biografie des am 10. Mai 1878 in der Berliner Luisenstadt geborenen Gustav Stresemann könnte die Vorlage für ein Drehbuch in bester Hollywood-Manier

> Was er als Kanzler begann, setzte er als Außenminister fort

bieten: Ein Mann kämpft sich aus dem Nichts hoch und in der Geschichte steht sein Name für: Reichskanzler und Außenminister, Friedensnobelpreisträger, Begründer der deutsch-französischen Freundschaft, Vorkämpfer für ein geeintes Europa. Und das in einer der turbulentesten Phasen der jüngeren deutschen Geschichte, als nach dem Ersten Weltkrieg das Land darniederlag, als der Kaiser gehen musste und die Republik ausgerufen wurde.

Mehr Berliner Klischee geht kaum: Der Vater betrieb eine Budike, verbunden mit einer Abfüllanlage für Flaschenbier. Das warf gerade so viel ab, dass der Älteste auf eine weiterführende Schule, das Realgymnasium in Berlin-Friedrichshain, geschickt werden konnte. Für die anderen sieben Geschwister reichte es nicht mehr. Glück im Unglück hatte der Erstgeborene auch insofern, als er nach dem Abitur 1897 wegen seiner angegriffenen Gesundheit nicht zum Militär musste und so bereits im darauffolgenden Jahr in Berlin ein Studium aufnehmen konnte, das er in Leipzig fortsetzte. Er belegte zunächst Literatur und Geschichte, machte dann aber einen gewaltigen Schwenk zur Nationalökonomie. Trotz des Studienfachwechsels reichte er bereits 1901 die Dissertation ein, ihr Thema: „Die Entwicklung des Berliner Flaschenbiergeschäfts“.

Der junge Nationalökonom ging als Verbandsvertreter und Lobbyist in die Wirtschaft. Erste Station war der Verband der Deutschen Schokoladenfabrikanten. Nebenher übernahm er die Geschäftsführung des Bezirksvereins Dresden/Bautzen des Bundes der Industrie (BDI). Auf seine Anregung wurde der Verband sächsischer Industrieller gegründet, dem er bis 1919 als Syndikus angehörte. Der Verband hatte bei seiner Gründung 180 Mitgliedsbetriebe, nach zehn Jahren waren es 5000.

So richtig auf der Schokoladenseite angekommen war der Schokolade-Lobbyist Gustav Stresemann, als er 1903 Käte Kleefeld heiratete, eine Jüdin evangelischen Glaubens, deren Vater wohlhabender Industrieller in Berlin war. Entsprechend standesgemäß wurde das Paar in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche getraut. Aus der Ehe gingen zwei Söhne hervor.

Bereits seit seinen frühen Jahren war Stresemann politisch aktiv. Er war Mitglied des Nationalsozialen Vereins Friedrich Naumanns und wechselte nach dessen Auflösung 1903 in die Nationalliberale Partei. Bei der sogenannten Hottentottenwahl 1907 machte er Stimmung für die Flotten- und Kolonialpolitik des Kaisers. Er gewann den Wahlkreis Annaberg und zog als jüngster Abgeordneter in den Reichstag ein. Seine Mitgliedschaften im Deutschen Flottenverein und im Deutschen Kolonialverein waren da nahezu selbstverständlich.



Im Gespräch mit Aristide Briand: Gustav Stresemann im September 1929 im Hotel des Bergues Bild: BpK

Diesen außenpolitischen Kurs behielt er auch im Ersten Weltkrieg bei. Er galt gar als Erich Ludendorffs „junger Mann“.

Außenpolitisch konservativ und in vielen Punkten ein getreuer Gefolgsmann des Kaisers, setzte sich Stresemann innenpolitisch infolge der Revolution in Russland für eine Stärkung des Reichstages ein. Er sprach dem Kaiser das Recht ab, nach Gutdünken einen Kanzler einzusetzen. Sein Ziel war die Abschaffung des preußischen Drei-Klassen-Wahlrechts und die Einführung einer parlamentarischen Monarchie. Nach der Novemberrevolution wurde aus dem Anhänger der parlamentarischen Monarchie ein sogenannter Vernunftrepublikaner, unter dessen Führung sich die 1918 gegründete rechtsliberale Deutsche Volkspartei (DVP) zu einer staatstragenden Kraft der Weimarer Republik entwickelte.

Hierzu gehörte auch, dass die DVP Regierungsverantwortung übernahm, 1923 mit ihrem Vorsitzenden Stresemann gar den Kanzler stellte. Die Probleme waren groß in diesem Krisenjahr 1923 und die große Koalition aus Sozialdemokratie, Liberalismus und politischem Katholizismus, auf die Stresemann sich stützte, heterogen und entsprechend fragil. In einem Brief an seine Frau hatte Stresemann die Übernahme dieses Amtes als „beinahe politischen Selbstmord“ klassifiziert. Und nach 103 Tagen war tatsächlich Schluss, als die Sozialdemokraten aus der Koalition ausschieden und ins Lager der Opposition wechselten.

Das Ende der Kanzlerschaft Stresemanns bedeutete jedoch nicht sein politisches Ende. Als Außenminister konnte Stresemann seine Arbeit von 1923 bis 1929 fortsetzen. Er suchte – und fand – die Annäherung an Frankreich, um die Isolation des Reiches aufzuheben, er förderte den Dawes-Plan, der die Reparationsleistungen mindern sollte und war maßgeblich am Abschluss der Verträge von Locarno beteiligt, in denen Frankreich, Belgien und Deutschland auf eine Änderung ihrer Grenzen verzichteten. Diese Bilanz war größer als die seiner Kanzlerschaft. Die internationale Gemeinschaft dankte es. Gemeinsam mit seinem französischen Amtskollegen Aristide Briand wurde dem deutschen Außenminister 1926 der Friedensnobelpreis verliehen.

Am 3. Oktober 1929 erlitt Gustav Stresemann einen tödlichen Schlaganfall. An seinem Staatsbegräbnis nahmen hunderttausende Menschen teil, so viele wie seit der Beisetzung von Kaiser Wilhelm I. nicht mehr. *Klaus J. Groth*

Dreiecks-Leben

Vor 25 Jahren starb Brigitte Horney

Britgitte Horneys Leben und Wirken bewegt sich in den beiden Dreiecken Deutschland, Schweiz und angelsächsische Welt sowie Theater, Kino und Fernsehen. Das fängt schon damit an, dass die am 29. März 1911 geborene Schauspielerin in Berlin-Dahlem zur Welt kommt, von einem englischsprachigen Kindermädchen erzogen wird und wegen ihrer Tuberkulose einen großen Teil ihrer Schulzeit in der Schweiz verbringt. Ihre Mutter, die Psychoanalytikerin Karen Horney, legt Wert auf eine Berufsausbildung und so erhält Brigitte Unterricht in Schauspiel und Tanz.



Brigitte Horney Bild: action press

Nach Theaterengagements im Deutschen Reich und der Schweiz entdeckt sie Robert Siodmak für den Film. „Abschied“ ist 1930 ihr erster. Der Durchbruch gelingt ihr 1934 mit dem Streifen „Liebe, Tod und Teufel“, in dem sie das Lied „So oder so ist das Leben“ singt. Vier Jahre später spielt sie erstmals in „Du und ich“ an der Seite von Joachim Gottschalk. Weitere Streifen des Filmpaares folgen. Für ihren Filmpartner, der mit einer Jüdin verheiratet ist, reist sie 1941 in die Schweiz, um ein Engagement für ihn zu organisieren. Als sie zurückkehrt, erfährt sie vom Selbstmord der Familie Gottschalk. Wenige Jahre später wechselt sie selber in die Eidgenossenschaft und spielt dort erfolgreich Theater. Die Kriegsniederlage des Deutschen Reiches und deren Folgen bleiben ihr damit erspart.

Nach dem Tode ihrer Mutter, die bereits 1931 mit Brigittes beiden jüngeren Schwestern in die USA ausgewandert war, zieht Brigitte Horney nach Boston um, um deren Poliklinik zu übernehmen. Sie heiratet dort einen US-Amerikaner und nimmt die US-Staatsbürgerschaft an. Für Spielfilme wie „Nacht fiel über Gotenhafen“, „Das Erbe von Björndal“ oder „Neues vom Hexer“ sowie Auftritte auf deutschen Bühnen stattet sie ihrer alten Heimat aber immer wieder einmal Besuche ab.

Gegen Ende der 60er Jahre entdeckt sie das Fernsehen für sich und verlegt mit ihrem Ehemann ihren ständigen Wohnsitz in die Bundesrepublik. Dort entstehen erfolgreiche Serien wie „Jakob und Adele“ oder „Das Erbe der Guldenburgs“, in denen sie ältere Sympathieträger mit härterer Schale und weichem Kern spielt. Ohne sich vorher in den Ruhestand zurückgezogen zu haben, verstirbt Brigitte Horney sozusagen in den Sielen am 27. Juli 1988 in Hamburg. *Manuel Ruoff*

Rätsel um das Ende der »Stuttgart«

Warum wurde sie auf eine Weise versenkt, die eine Bergung unmöglich machte?

Anfang der 20er Jahre gab die Reederei Norddeutscher Lloyd die Dampfer „München“ und „Stuttgart“ für den Transatlantikverkehr in Auftrag. Vor 90 Jahren lief die „Stuttgart“ bei der Vulkan Werft Stettin vom Stapel und verkehrte zunächst regelmäßig auf der nach der Beendigung des Ersten Weltkrieges wiederaufgenommenen Strecke zwischen Bremerhaven und New York. Bereits 1926 wurde sie auch für erste Mittelmeer- und Polar-Kreuzfahrten eingesetzt. Nach einem Zwischenspiel als Berufsschule für Seeleute in Bremerhaven wurde sie ab 1935 an die Deutsche Arbeitsfront (DAF) verchartert und für KdF-Reisen genutzt. Nach der spektakulären Heimkehr der Legion Condor, die im spanischen Bürgerkrieg gekämpft hatte und durch die KdF-Flotte mit der „Stuttgart“ aus Spanien abgeholt worden war, warf schon der nächste Krieg seine Schatten voraus.

Bereits im Sommer 1939, also noch vor dem Kriegsausbruch, wurde die „Stuttgart“ zu einem „Großen Lazarettschiff“ umgerüstet. Lazarettschiffe wurden durch die Genfer Konvention international geschützt und waren durch ihren weißen Anstrich mit einem eineinhalb Meter breiten grünen Streifen gekennzeichnet. Auf den Schornsteinen prangte das Rote Kreuz. Es gab Unterbringungs- und Behandlungskapazitäten für 190 Schwerkranke und 295 Leichtkranke, während des Krieges wurden allerdings bis zu 600 Patienten gleichzeitig betreut. Ab dem 25. August 1939 lag die „Stuttgart“ in Pillau und brachte bis Oktober insgesamt 1477 Kranke und Verwundete nach Stettin und Swinemünde. Danach wurde sie nach Wesermünde verlegt und als schwimmendes Lazarett eingesetzt. Ab 1940 fuhr die „Stuttgart“ regelmäßig nach Norwegen, entlang der langen Küstenlinie über Bergen, Tromsö und Drontheim bis nach Kirkenes und war damit das erste Große Lazarettschiff am Polarkreis. Auf dieser Route war die „Stuttgart“ auch schon mehrfach als Kreuzfahrtschiff in Friedenszeiten unterwegs gewesen. Sie bildete zusammen mit anderen Lazarettschiffen ein Sanitätszentrum und wurde von Pendel-Lazarettschiffen unterstützt, die die Verbindung zu den Lazarettzügen herstellten. Neben der medizinischen Betreuung wurde auch eine „kulturelle Wehrbetreuung“ durch Abendkonzerte geboten. Außerdem hatten die Chefärzte eine eigene medizinische Weiterbildung organisiert, um ihre Arbeit auf den Lazarettschiffen zu optimieren.



Bild: Heitmann

Mit Kapitänssignatur: Der NDL-Passagierdampfer „Stuttgart“

Ab Anfang April 1941 war die „Stuttgart“ dann in Gotenhafen das stationäre Lazarettschiff. Am 9. Oktober 1943 flogen die US-Luftstreitkräfte einen Angriff auf Gotenhafen und bombardierte mit 378 Maschinen den kriegswichtigen Hafen. Die „Stuttgart“ wurde von mehreren Bomben getroffen, von denen eine in einen Operationssaal einschlug, in dem gerade operiert wurde. Es starben 49 Menschen an Bord. Sie brannte lichterloh, wurde durch Minensuchboote aus dem Hafen geschleppt und auf See durch Artilleriebeschuss versenkt. Obwohl die „Stuttgart“ als Lazarettschiff registriert und gekennzeichnet war, wurde der Abschuss vom Oberkommando der Wehrmacht (OKW) als unbeabsichtigte Auswirkung des Angriffs durch die US-Luftstreitkräfte eingestuft. Es gab zwar einen Schriftwechsel zwischen der US-amerikanischen Regierung und dem Auswärtigen Amt, jedoch ging das OKW von einer Mitschuld aus, da die „Stuttgart“ seeseitig getarnt war. So blieb es bei einem propagandistischen Nutzen des Vorfalls, da die US-Luftstreitkräfte für den Angriff auf ein Lazarettschiff von der Presse weltweit verurteilt wurden. Nie geklärt wurde allerdings, warum das für die Deutschen so wertvolle Schiff sofort aus dem Hafen geschleppt und auf eine Art versenkt wurde, die eine spätere Bergung und Weiterverwendung unmöglich machte.

Auch dem Schwesternschiff „München“ war kein Glück beschieden. Nach einem schweren Brand 1930 ging das Schiff nach dem Wiederaufbau unter dem neuen Namen „General von Steuben“ auf Kreuzfahrten. Im Krieg wurde die „Steuben“ als Verwundetentransportschiff eingesetzt und kurz nach dem Untergang der „Wilhelm Gustloff“ am 10. Februar 1945 von demselben russischen U-Boot versenkt. Nur einige hundert Menschen überlebten, fast 4000 ertranken in der eisigen Ostsee. *Britta Heitmann*

Rache an deutschen Soldaten

Zu: Dreiste Verharmlosung (Nr. 28)

„Dreiste Verharmlosung" ist noch untertrieben! Was sich in diesen Höllenlagern abgespielt hat, ist die pure Rache sogenannter alliierter „Befreier" an deutschen Kriegsgefangenen gewesen. Wie die im Einzelnen aussah und von wem sie verübt wurde, ist eine der Kernaussagen eines schon 1989 erschienenen Buches von James Bacque und daher nicht zeitgeistkonform.

Dass der kanadische Publizist in seinen Aufzeichnungen der Wahrheit Rechnung trägt, zeigt vielleicht auch das Einzelschicksal meines Onkels, der mit gerade 18 Jahren, ohne jemals Soldat gewesen zu sein, wenige Wochen vor Kriegsende in das Lager Dietersheim zwangsrekrutiert wurde. Als er nach Monaten entlassen wurde, war er bis auf die Knochen abgemagert und sah aus, wie ein ehemaliger KZ-Häftling. Seine Aussagen über die Zustände und Behandlung der Gefangenen in diesem Lager deckten sich mit dem, was Baque niedergeschrieben hat.

Ein Einzelfall war das ganz gewiss nicht. Das größtenteils absichtlich herbeigeführte „Verrekkenlassen" in diesen Lagern war kein Zufall, sondern entsprang dem Drang nach Vergeltung derer, die nicht nur die verantwortlichen Nazi-Größen, sondern das ganze deutsche Volk am Boden liegen sehen wollten.

Auch der damals schon prominente Schriftsteller Hemingway hatte keine Skrupel, seinem Hass freien Lauf zu lassen, indem er 122 deutsche unbewaffnete Soldaten in den Rheinwiesenlagern ermordete und sich öffentlich damit brüstete. Sehen so Befreier aus? Sind das die moralischen Instanzen für Recht und Demokratie? Über diese Tatsachen und jede Menge Zeitzeugenaussagen helfen auch die immer neuen verharmlosenden Geschichtsklitterungen diverser Historiker nicht hinweg.

Anette Maurer, Iserlohn

Rot-grüner Wahn

Zu: Burschenschaften im Umbruch (Nr. 20)

Die Wartburg und das Burschenschaftsdenkmal in Eisenach sowie der Kyffhäuser- und Marburger Bund sind Wahrzeichen der Burschenschaften.

Jetzt rufen sogenannte rot-grüne Gutmenschen in Marburg, Jena und Eisenach zu Demonstrationen gegen die Burschenschaft auf, weil sie angeblich rechtsorientiert seien. In meiner Heimatstadt Eisenach betreibt die „Linke" Bürgermeisterin Katja Wolf mit Grünen-Unterstützern eine Politik der Gehirnwäsche. So wie man übrigens alles, was nicht in deren Weltbild passt, dazu missbraucht, mit den Nationalsozialisten gleichzustellen.

Seit einiger Zeit sind die Burschenschaften an der Reihe, die es seit über 100 Jahren gibt. Für den Bau einer Moschee in Eisenach, gegen die über 200 Bürger auf die Straße gegangen sind – was aber von den Medien verschwiegen wird, weil man ja Rot-Grün-freundlich ist –, machen sich die Anhänger der Rot-Grünen stark, um alte deutsche Traditionen zu vernichten.

Für mich sind die rot-grünen Politiker nichts anderes als irgendwelche Glaubenssekten, die ihren Wahnvorstellungen freien Lauf lassen.

Eddi Göller, Malsfeld

Dank an Moskau

Zu: Land minderen Rechts (Nr. 28)

Man sollte in diesem Zusammenhang auch einmal folgendes festhalten: Die einzige Siegermacht des Zweiten Weltkriegs, die Deutschland auch faktisch die volle Souveränität zurückgegeben hat und ihre Truppen bereits 1994 völlig aus Deutschland zurückgezogen hat, das ist Russland.

Lorenz Michael Spiewok, Berlin

Berliner Irrsinn

Zu: Berlin kauft sich Einwohner (Nr. 27)

Und womit bezahlt Berlin dieses erhöhte „Begrüßungsgeld"? Vermutlich mit Mitteln aus dem Länderfinanzausgleich. Um dann danach noch mehr Mittel aus dem Länderfinanzausgleich zu erhalten. Das ist doch ein Irrsinn!

Auf ehrliche Weise Geld zu erwirtschaften, wird von den Regierenden in Berlin wohl gar nicht mehr in Betracht gezogen. Das ist erbärmlich!

Jochen Reimar, Berlin

An Opfer erinnern

Zu: Rheinwiesenlager und Dreiste Verharmlosung (Nr. 28)

Die Ausführungen in der *Preußischen Allgemeinen* über die Rheinwiesenlager habe ich mit großer Aufmerksamkeit gelesen. Schade, dass diese Themen von der Alltagspresse totgeschwiegen werden. Ich kann mich noch sehr gut erinnern, wie nicht nur die deutschen Soldaten nach Beendigung der Kampfhandlungen als Kriegsgefangene abtransportiert wurden. Die Amerikaner machten auch Jagd auf jeden noch wehrfähigen Zivilisten und verbrachten sie in die Lager.

Auf den Rheinwiesen sind sehr viele Menschen elendig zugrunde gegangen und diejenigen, die überlebten, wurden nach dem Krieg zu mehrjähriger Zwangsarbeit vor allem ins benachbarte Frankreich aussortiert. Es ist nur zu gerecht, der damals Umgekommenen würdigend zu gedenken.

Walter Boecker, Schwelm



Kriegsgefangene auf den Rheinwiesen in Sinzig bei Remagen: Deutsche Soldaten vegetierten zwischen März und Mai 1945 unter freiem Himmel in Erdlöchern. Viele überlebten das nicht. Bild: pa

Nichts als Verrat

Zu: Land minderen Rechts (28)

Aus dem zurückhaltend formulierten „die Deutschen könnten den Eindruck gewinnen" braucht man nur den Konjunktiv weglassen – und schon wäre es besser beschrieben mit „deutsche Politiker führen die Bevölkerung hinters Licht, sie verraten Deutschlands Interessen an andere Völker". Dass diese Aussage stimmt, wissen wir eigentlich schon lange, viele verdrängen diese Erkenntnis nur, sonst würde es auch bei uns gewaltig brodeln.

Der Verrat deutscher Interessen betrifft nicht nur die jetzt aufgedeckte Spionage, nein, viel schlimmer, wir werden rundherum um Freiheit, Wohlstand und auch kulturelle Homogenität gebracht. Unverständlicherweise bezahlt der deutsche Michel die ihn verratenden Politiker nicht nur fürstlich, er wählt sie auch immer wieder!

Maria-Anna Konietzko, Bad Homburg

Ideen sind gefragt

Zu: Nur Kolonie fremder Mächte? (Nr. 27)

Deutsche Firmen sollten die Gelegenheit nutzen und massiv an Technologien arbeiten, die die Spionage aufdecken können. Lasst uns die Spezialisten wie Snowden aufnehmen und Technologien entwickeln, die den imperialen Machtanspruch der USA technologisch relativieren können. Deutschland hat jetzt die Chance, die USA technologisch zu schlagen. Die zunehmende Repression in den USA ist unsere große Chance.

Jörn Gebert, Frankfurt am Main

Opfer US-amerikanischer »Selbstjustiz«

Zu: Rheinwiesenlager und Dreiste Verharmlosung (Nr. 28)

Bevor die US-Amerikaner im Juli 1945 Thüringen an die Sowjets übergaben, räumten sie ein Lazarett. Ich sehe noch heute den Elendszug dieser Verwundeten, die zum Sammelpunkt, dem örtlichen Lyzeum, marschieren mussten. Die spätere Suche nach dem Verbleib der „Gefangenen" verlief ergebnislos. Sie waren mit unbekanntem Ziel abtransportiert worden. Mein Vater, Jahrgang 1895, Kriegsfreiwilliger 1914 und Offizier noch der alten Armee, hat von sich aus niemals über seine damalige Gefangenschaft im US-Lager gesprochen.

Noch in Jena erfuhren wir durch einen entlassenen Zahlmeister, dass mein Vater mit Hungerödemen und sogenannten „Wasserbeinen" in ein Lazarett eingeliefert worden sei. Nach der „Familienzusammenführung", also der Flucht mit zwei „Bollerwagen" über die grüne Grenze in den Westen, war weder die Zeit noch die Gelegenheit, „Kriegsgeschichte" zu betreiben. Besonders die älteren Offiziere waren ausgegrenzt, erhielten keine Pension und quälten sich mit Gelegenheitsjobs und Arbeitslosengeld durch das Leben und für das Überleben. Jahre später antwortete mir mein Vater kurz und einsilbig auf meine ausdrücklichen Fragen nach seiner Gefangenschaft im Lager Kreuznach/Bretzenheim folgendes:

– Wir lagen neun Wochen im strömenden Regen auf dem blanken Acker;

– 14-jährige Hitlerjungen und 60-jährige Volkssturmmänner verreckten in ihrem eigenen Kot;

– eine Frau, die Brot über den Stacheldrahtzaun werfen wollte, wurde beschossen;

– das Angebot eines Bürgermeisters aus einem Nachbarort, sein Festzelt für die Kranken und Schwachen aufzustellen, wurde abgelehnt;

– dem oberschenkelamputierten Infanteriehauptmann, dem man einen leeren Marmeladeneimer beschafft hatte, wurde dieser weggenommen; er stand wie ein Storch im Schlamm;

– es gab Männer, die ihren Ehering für eine letzte Zigarette anboten, dann wollten sie Schluss machen.

Später, in den 50er Jahren, fand ich in der damals existierenden Zeitschrift „Frankfurter Illustrierte" eine Fortsetzungsserie mit dem Titel „Das verfluchte Lager Kreuznach", welche die Aussagen meines Vaters ergänzte und inhaltlich bestätigte. In dem Buch des US-amerikanischen Diplomaten Robert Murphy „Diplomat Among Warriors" („Diplomat unter Kriegern"), das ins Deutsche übersetzt worden ist und auch von dem kanadischen Publizisten James Bacque erwähnt wird, spricht der Autor bezüglich der Rheinwiesen von amerikanischer „Selbstjustiz".

Deutsche zeitgenössische Historiker pflegen in diesen Fällen von „Versorgungsengpässen" zu reden. Die Opfer dieser „Selbstjustiz" liegen zu vielen Zigtausenden auf den umliegenden Ehrenfriedhöfen. Als ein mir nahestehender Kommandeur eines US-Aufklärungsregimentes, Oberst William Crouch, mir 1984 Bemerkungen über deutsche Konzentrationslager machte und ich ihm den hier berichteten Sachverhalt schilderte, entschuldigte er sich für seine Unkenntnis und versicherte mir, das Thema künftig zu vermeiden.

Reinhard Uhle-Wettler, Timmendorfer Strand

Kein Einzelfall

Zu: Dreiste Verharmlosung (Nr. 28)

Das was in den US-amerikanischen KZs passierte, war ein fürchterliches (Nach-)Kriegsverbrechen an unschuldigen und wehrlosen Soldaten und auch an Zivilisten.

Übrigens sah es in anderen US-Todeslagern auch ziemlich übel aus: und zwar schon während des amerikanischen Bürgerkriegs; Zehntausende Gefangene beider Seiten saßen seinerzeit in verschiedenen Lagern, hatten kaum zu essen, kein Dach über dem Kopf, keine Toiletten, keine Schlafplätze und keine medizinische Versorgung. So dürfte es auch in den Rheinwiesenlagern zugegangen sein; nur wurden einige Deutsche dabei zusätzlich noch erschossen. Einfach nur schrecklich.

Tom Orden, Berlin

Guerilla-Vorteil

Zu: Ungeklärte Verhältnisse (Nr. 26)

Noch nie hat eine reguläre Armee Untergrundkämpfer oder Guerillas wie in Afghanistan besiegen können. Immer mussten (wenn es Armeen aus dem Ausland waren) diese mit blutigen Nasen die Flucht ergreifen, weil die Widerstandskämpfer gewonnen haben und dann entweder die Regierung bildeten oder daran beteiligt wurden.

Gegen Untergrundkämpfer kann man militärisch nicht gewinnen, es geht nicht. Jeder Hilfsschüler weiß das. Es stellt sich dann aber die Frage: Warum werden Billionen US-Dollar und Euro für Kriege ausgegeben und Millionen von Menschen getötet, obwohl alle wissen, dass diese Art von Kriegen nie gewonnen werden kann?

Helmut Josef Weber, Málaga/Spanien

Königsberger Uni ist relativ jung

Zu: Von Berlin stiefmütterlich versorgt (Nr. 26)

Die Rezension zur Königsberger Universitätsgeschichte beklagt die Vernachlässigung der Albertina durch die preußische Wissenschaftspolitik. Dabei geht der Rezensent stiefmütterlich mit Preußens ältester ununterbrochen bis heute bestehender Universität um, nämlich der 1456 gegründeten Pommerschen Landesuniversität in Greifswald, deren 550-Jahr-Feier im Jahre 2006 der *PAZ* leider keinen Bericht wert war.

Festzuhalten bleibt, dass Königsberg (1544) nicht die nächst älteste deutsche Ostseeuniversität nach Rostock (1419) ist, sondern deutlich später als die Alma Mater Greifswalds gegründet wurde. Auch die Verwunderung des Rezensenten, dass „ja sogar Kiel und Greifswald" um 1900 höher angesehen gewesen seien als Königsberg, beruht auf schlichter Ignoranz in Bezug auf die noch heute als kleine, feine Hochschule blühende Ernst-Moritz-Arndt-Universität, an der Koryphäen wie Gerhard Domagk, Ferdinand Sauerbruch und Ulrich von Wilamowitz-Moellendorff wirkten.

Gerade die *PAZ* sollte der einzigen uns verbliebenen Universität der deutschen Ostprovinzen die wohlwollende Aufmerksamkeit nicht versagen. Der Stern Königsbergs und Kants wird nicht dadurch verdunkelt, dass Preußen noch eine ältere und im Kaiserreich nicht weniger berühmte Ostseeuniversität hat.

Prof. Dr. Thomas Hering, Kamen-Heeren

Rentner sagen »Danke« für gar nichts

Zu: Land minderen Rechts (Nr. 28)

Unser ganzes Konstrukt, die Bundesrepublik Deutschland, ist offensichtlich rein völkerrechtlich nur ein Torso. Kann man einen führenden Politiker überhaupt fragen, warum es nach fast 70 Jahren noch immer keinen völkerrechtlichen Friedensvertrag gibt? Haben sich große Teile unserer Bevölkerung schon mal hinterfragt, warum bei der Staatsangehörigkeit immer nur „deutsch" steht? „Deutsch" ist keine Staatsangehörigkeit, sondern unsere Sprache. Wenn schon, dann müsste die Staatsangehörigkeit „Deutschland" heißen.

Es liegt noch sehr viel im Dunkeln mit unserer Souveränität. Dass es die aber gar nicht gibt, hat ja selbst Finanzminister Schäuble vor nicht allzu langer Zeit ausgeplaudert. Deshalb dürfen wir uns nicht wundern, dass unter dem Strich Politik gegen uns autochthone Mitbürger gemacht wird.

Wenn zirka zwei Drittel der effektiven Lohnkosten an staatliche Institutionen geht, aber parallel dazu vieles in unserem Land mehr und mehr verkommt, wenn ein ungesteuerter Bevölkerungsaustausch mehr und mehr unsere Identität auslöscht, dann sollte man doch meinen, dass der Bürger irgendwann aufwacht. Aber er tut es nicht, das kommende Wahlergebnis lässt schon jetzt grüßen.

Schon die Rentenerhöhung um 0,25 Prozent ist eine Provokation, die Rentner allein könnten die Verantwortlichen aus ihren warmen Sesseln vertreiben. Aber sie tun es nicht. Und jetzt hört man, dass die Beiträge um ein weiteres halbes Prozent gesenkt werden. Warum wohl? Richtig, es ist offensichtlich zu viel Geld im System, uns Westrentnern hätte man lokker eine Anpassung von 2,5 Prozent gewähren können. Aber was werden 95 Prozent der Rentner machen? Sie sagen danke!

Ob sich jemals ein deutscher Geheimnisträger einmal trauen wird, alle Geheimnisse, die unser Land einschnüren, preiszugeben? Diese Hoffnung ist sicherlich sehr gering und man ist versucht zu sagen, dass es so besser ist. Die Wahrheit wäre sicherlich nur sehr schwer zu ertragen und die Folgen mit Bestimmtheit nicht oder kaum zu kontrollieren.

Peter Schumacher, Melsungen

Wie in Südafrika

Zu: Verspieltes Erbe (Nr. 25)

Haben wir in unserer Hauptstadt Berlin nicht ein ähnlich geartetes Problem wie im kriselnden Südafrika? Da können Wowereit und seine poststalinistischen Erfüllungsgehilfen trotz besseren Wissens ebenso weiterschustern und Millionen an Steuergeldern verschwenden.

Michael Krätzsch, Leipzig

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 30 – 27. Juli 2013

Notsicherungsarbeiten am Schloss Steinort

Doch der Eigentümer, die Polnisch-Deutsche Stiftung Kulturpflege und Denkmalschutz, hat noch viel mehr vor

Beim Schloss Steinort ist mit der Festigung der Mauerkronen des Mittelteils und der Stabilisierung der Unterkellerung begonnen worden. Diese Notsicherungsarbeiten sollen bis zum Herbst abgeschlossen sein und werden ermöglicht durch die vom polnischen Kulturministerium für 2013 bewilligte Zuwendung und Spenden aus der Bundesrepublik Deutschland.

Schloss Steinort [Sztynort] ist das letzte noch weitgehend authentisch erhaltene Schloss in Ostpreußen. Ende 2009 übernahm es die „Polsko-Niemiecka Fundacja Ochrony Zabytków Kultury“ (PNF, Polnisch-Deutsche Stiftung Kulturpflege und Denkmalschutz), die polnische Schwesterstiftung der „Deutsch-Polnischen Stiftung Kulturpflege und Denkmalschutz“ in Görlitz (DPS), auf Betreiben ihrer verstorbenen Vorstandsmitglieder Gottfried Kiesow und Andrzej Tomaszewski mit dem Ziel einer denkmalverträglichen Wiederherstellung.

Seitdem ist der große Instandsetzungswurf für das bis 1944 von der Familie von Lehndorff bewohnte Schloss ausgeblieben, da die von den beiden Stiftungen erhofften Fördermillionen noch nicht geflossen sind. Aus deutscher Sicht ist der in seinem Mittelteil barocke Bau nicht nur aufgrund seiner architekturgeschichtlichen Bedeutung wichtig, sondern vor allem auch aus geschichtlichen Gründen. Sein letzter deutscher Bewohner, Heinrich Graf von Lehndorff, war am Hitler-Attentat vom 20. Juli 1944 beteiligt. Für ihn, seine Frau Gottliebe geborene Gräfin von Kalnein und die vier Töchter, darunter Vera, die später unter dem Namen Veruschka als Fotomodell international bekannt wurde, war äußerst gefährlich, dass Joachim von Ribbentrop, der damalige deutsche Außenminister, einen Teil von Schloss Steinort als Feldquartier bezogen hatte. Adolf Hitlers Wolfsschanze lag nicht weit von Schloss Steinort entfernt. Nach dem gescheiterten Attentat hatte Graf Lehndorff zunächst fliehen können, sich dann jedoch, um seiner Familie weitere Repressalien zu ersparen, gestellt und war nach erneuter Flucht in Berlin und Gefangennahme am 4. September 1944 in Berlin-Plötzensee hingerichtet worden.

Schloss Steinort war bis 1947 von Soldaten der Roten Armee in Beschlag genommen und wurde dann Verwaltungssitz eines staatlichen landwirtschaftlichen Betriebs und als Segelschule genutzt. In den 1990er Jahren geriet die gesamte Anlage mit den Wirtschaftsbauten an einen damit überforderten Österreicher und schließlich an eine Firma in Warschau, die versucht hat, aus der hervorragenden landschaftlichen Situation – Schloss Steinort mit seinem weitläufigen, heute leider stark verwilderten Park liegt im Zentrum der masurischen Seenplatte und ist umgeben von drei Seen – durch den Verleih von Jachten Kapital zu schlagen.

Der heutige Eigentümer, die PNF, ringt zusammen mit seiner deutschen Schwesterstiftung um ein Nutzungskonzept für das seinerzeit von dem Jachtbetreiber übernommene Schloss, das von den politischen Entscheidern in Allenstein, Angerburg und der Hauptstadt als tragfähig anerkannt wird. Dieses wäre die Voraussetzung dafür, einen Millionen-Förderantrag zu stellen.

Um indes das Lehndorffsche Herrenhaus vor dem endgültigen Verfall zu retten, sind die beiden Stiftungen den Weg der kleinen Schritte gegangen. Mit Hilfe finanzieller Unterstützung des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM), Bernd Neumann, des polnischen Kulturministeriums und privater Spenden aus der Bundesrepublik Deutschland ist es ihnen gelungen, bislang vier Notsicherungsmaßnahmen zu realisieren. Zunächst wurde der Bau durch eingebrachte Hilfskonstruktionen statisch stabilisiert, danach die Fensteröffnungen provisorisch durch Folien mit Luftschlitzen geschlossen und ein Notdach aufgezogen, damit es nicht weiter hineinregnen und der Schwamm sich ausbreiten kann.



Schloss Steinort: Die Mauerkrone des Mittelteils wird gefestigt, die Unterkellerung stabilisiert

Im vergangenen Jahr konnte wiederum mit Zuwendungen des BKM und des polnischen Kulturministers die fachgerechte Um- und Neueinlagerung sowie ein erster Teil der konservatorischen Sicherung der originalen barocken bemalten Deckenbretter mit einer Gesamtfläche von rund 1500 Quadratmetern vorgenommen werden. Die wertvollen Bretter waren zwar vor einigen Jahren aus dem Schloss ausgebaut worden, um ihre Substanz zu sichern, jedoch in dem historischen Speichergebäude am Herrenhaus miserabel eingelagert.

Die ausgeführten Arbeiten umfassten den Transport der Bretter in eine geeignete Lagerhalle in Allenstein, eine Schädlingsbekämpfung durch Begasung und anschließend die Reinigung und Fixierung der Malschichtoberflächen. Die zerstörten Maloberflächen waren vorbeugend für den Transport mit einem Spezialspray gesichert worden, das nur an den Oberflächen wirkt und schnell wieder zerfällt.

Am Ende wurden die Bretter vermessen, markiert und wieder gelagert. Die Zerstörung der Deckenbretter und der polychromen Bemalung konnte mit dieser Teilmaßnahme erfolgreich gestoppt werden. Die Arbeiten wurden planerisch von dem Warschauer Architekturbüro „festgrupa Sp. z o.o.“ betreut. Die konservatorischen Arbeiten und die Überwachung des Transports und der Desinfektion der Deckenbretter wurden von der Restauratorin Barbara Kulczynska-Nowak aus Allenstein vorgenommen.

Nach ihrer vollständigen Konservierung und Restaurierung und wenn die baulichen Voraussetzungen dafür geschaffen sind, sollen die Deckenbretter wieder in ihrer ursprünglichen Funktion in Schloss Steinort eingebaut werden. Dafür wären an den Brettern als nächstes eine Imprägnierung zur Holzfestigung sowie tischlermäßige Reparaturen und eine Restaurierung der Grundierung und Sichtfassung erforderlich.

Als weitere Maßnahme des Jahres 2012 konnte ein Projekt „Rückschnitt des Wildwuchses im historischen Schlosspark“ durchgeführt werden. Die Arbeiten wurden von der Jugendbauhütte Gartendenkmalpflege mit Unterstützung der Jugendbauhütte Brandenburg/Berlin in der Deutschen Stiftung Denkmalschutz bei einem zweiwöchigen Einsatz mit Genehmigung der Denkmalbehörde im Sommer letzten Jahres ausgeführt. Die erfolgreiche Aktion, bei der historische Parkwege und Sichtachsen freigelegt wurden, erfolgte mit 40 deutschen Jugendlichen unter fachlicher Anleitung und stieß bei der Bevölkerung und in den lokalen Medien auf besonders positive Resonanz.

Und DPS und PNF sind glücklich, dass nächste Notsicherungsarbeiten an Schloss Steinort folgen. Mit der vom polnischen Kulturministerium für 2013 bewilligten Zuwendung und mit Spenden aus der Bundesrepublik Deutschland als Eigenanteil wird jetzt bis in den Herbst hinein eine Festigung der Mauerkronen des Schloss-Mittelteils und die Stabilisierung der Unterkellerung vorgenommen.

Und so bleibt das Ziel erhalten, den Bauzustand von Schloss Steinort mit gezielten Sicherungsmaßnahmen zu stabilisieren, bis der große Wurf zur vollständigen Revitalisierung des geschichtsträchtigen Baudenkmals gelingt, möglichst mit einer musealen Nutzung des besonders erhaltenswerten Mittelteils, in dem noch viele bemalte Deckenbalken aus der Barockzeit überkommen sind.

Peter Schabe

Nähere Informationen erteilt die Deutsch-Polnische Stiftung Kulturpflege und Denkmalschutz, Karpfengrund 1, 02826 Görlitz, Telefon (030) 25898633, Telefax (030) 25899131, E-Mail: deutsch-polnische-stiftung@denkmalschutz.de

Im Dienste des Kulturaustauschs und der Wissenschaft

Deutsch-Russisches Haus in Königsberg feierte sein 20-jähriges Bestehen – Erfolgreiche Zusammenarbeit mit vielen Interessensgruppen

Zur 20-Jahr-Feier des Deutsch-Russischen Hauses konnte dessen Direktor Andrej Portnjagin neben dem deutschen Generalkonsul in Königsberg, Rolf-Friedrich Krause, auch Diplomaten anderer Staaten, Politiker Königsbergs und des Königsberger Gebiets sowie zahlreiche weitere Gäste begrüßen. Da das Wetter regnerisch war, konnte die Feier nicht im Freien stattfinden, so dass die Teilnehmer dicht gedrängt im Saal des Gebäudes untergebracht wurden.

Der Hausherr betonte in seiner Ansprache die „besondere Partnerschaft mit dem Generalkonsulat der Bundesrepublik Deutschland in Königsberg und mit dem Goethe-Institut“.

Generalkonsul Krause scherzte, er könne gar nicht sagen, ob das Gründungsdatum des Hauses stimme, da es zu der Zeit, als das Deutsch-Russische Haus gegründet worden sei, noch gar kein deutsches Generalkonsulat gegeben habe. Deshalb verfüge das Konsulat auch über keinerlei Dokumente. Das Deutsch-Russische Haus sei quasi die „ältere Schwester“ des Generalkonsulats. Der deutsche Diplomat lobte die beeindruckenden Erfolge des Deutsch-Russischen Hauses und strich seine Bedeutung als Partner für das deutsche Generalkonsulat heraus. Ohne die Hilfe des Deutsch-Russischen Hauses hätte das Konsulat bei vielen Aspekten seiner Arbeit wohl einen wesentlich höheren Aufwand. Abschließend sagte Krause, das Konsulat freue sich auf die kommenden 20 Jahre der Zusammenarbeit.



Jubiläumsfeier im Deutsch-Russischen Haus: Auftritt des Königsberger Sinfonieorchesters Bild: J.T.

Dass die Jubiläumsfeier in einer überdurchschnittlich herzlichen Atmosphäre stattfand, lag nicht zuletzt an dem exklusiven musikalischen Programm. Neben dem Königsberger Sinfonieorchester traten die „Comedian Harmonists im Theater Hagen“ auf. Die Revival-Sänger waren im Rahmen der Veranstaltungsreihe des deutschen Jahres in Russland in Königsberg zu Gast. Zunächst trugen die fünf Männer populäre Lieder der 1920er und 1930er Jahre vor und später traten sie zur Freude des Publikums noch einmal gemeinsam mit dem Sinfonieorchester auf. *Jurij Tschernyschew*

Zwei Jahrzehnte Deutsch-Russisches Haus

In den 20 Jahren seit seiner Gründung hat das von der Bundesrepublik finanzierte Deutsch-Russische Haus große Verdienste um die Förderung der im Gebiet lebenden Russlanddeutschen erworben. Hunderte Kulturveranstaltungen wurden durchgeführt, die vielen der heutigen Königsberger deutsche Kultur und Geschichte sowie das Alltagsleben in der Bundesrepublik nähergebracht haben. Die Institution, deren Träger die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) ist, fungiert als Anlaufstelle für viele Vereine und Klubs und hat Angehörige unterschiedlichster Altersgruppen zu Gast. Besonderer Beliebtheit erfreuen sich die angebotenen Deutschkurse. Die Einrichtung steht sowohl dem Königsberger Sinfonie-Orchester für Veranstaltungen als auch Geschichts- und anderen Wissenschaftlern für Seminare zur Verfügung. Auf dem weitläufigen Grundstück haben zahlreiche Feiern stattgefunden, die nicht nur mit Deutschland, sondern auch mit anderen Ländern der Ostseeregion in Verbindung stehen. Ein besonderer Anlass ist die Sommersonnenwende, die dort bereits seit einigen Jahren unter anderem mit diplomatischen Vertretern und Künstlern Polens, Litauens und Schwedens gefeiert wird. *J.T.*

Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

Sommerzeit – Reisezeit. Und so hat auch Frau **Rosemarie Pakleppa** die Koffer gepackt und sich auf den Weg nach Deutschland gemacht – von Südafrika, wo sie seit 60 Jahren lebt, ist das schon ein langer Weg. „Aber was die Störche können, das kann ich auch“, sagte sie zu mir, als sie in Hamburg Zwischenstation machte. Und eben wegen des Adebars hatte sie mich um einen Anruf gebeten, denn meine Storchengeschichte in Folge 13 hatte ihr so gefallen, dass sie auch zu diesem Thema einige heitere Episoden beisteuern wollte. Und so erzählte unsere aus Schirwindt stammende Heimatgefährtin, die mit Leib, Seele und Sprache so ganz Ostpreußin geblieben ist, von den vielen Störchen, die sie zur Winterszeit am Kap begrüßen kann. „Die kommen doch zum großen Teil aus Ostpreußen und sind für mich Heimatboten“, meint Rosemarie Pakleppa. Auch für ihren aus Insterburg stammenden Mann sind es deutsche Störche und somit die traditionellen Kinderbringer. So meinte er kürzlich zu seiner Frau, als er aus Kapstadt in das 60 Kilometer nördlich gelegene Paal heimkehrte, in Belleville würden heute sehr viele Babys geboren, denn über dem Ort hätte unentwegt ein großer Schwarm Störche gekreist. Mit den hier horstenden Adebars, die ja in einem Monat wieder auf die Reise gehen, wird auch Frau Pakleppa wieder nach Südafrika zurückkehren. Sie lebt gerne dort, aber „Heimat“ – so sagt sie – „ist und bleibt mein Ostpreußen“. Und deshalb ist sie unserer Zeitung so verbunden, zumal Rosemarie Pakleppa Leserin der ersten Stunde des 1950 gegründeten *Ostpreußenblattes* ist!

Die ostpreußische Familie



Ruth Geede Bild: Pawlik

Ostpreußen – die Heimat ihrer Schwiegermutter **Martha Röthig** geborene **Kemsies** interessiert Frau **Ursula Röthig** aus Essen so sehr, dass sie an Heimattreffen und Seminaren teilgenommen hat. Obgleich sie schon viel erfahren konnte und auch über einige Dokumente verfügt, die Angaben zur Familiengeschichte enthalten, bleiben doch noch viele Fragen offen, und deshalb wendet sich Ursula Röthig an uns. Vor allem möchte sie herausfinden, ob es noch Verwandte ihres Mannes gibt, denn ihre Schwiegermutter hat kaum über ihre Herkunft gesprochen. Ein Grund mag sein, dass diese schon in jungen Jahren ihren Heimatort Nordenburg verließ, um in das Ruhrgebiet zu gehen. Martha Kemsies war 20 Jahre alt, als sie im Mai 1926 in Sterkrade, das heute zu Oberhausen gehört, den Bergmann **Josef** Röthig heiratete. Zuvor war sie als Stütze tätig gewesen. In ihrer Heimatstadt muss sie eine fleißige und begabte Schülerin gewesen sein, denn zwei erhalten gebliebene Zeugnisse zeigen fast nur die Noten „sehr gut“ und „gut“. Die Eltern von Martha waren **Heinrich Kemsies**, *1877, und **Auguste** geborene **Sperling**, *1881. Aus der im Jahr 1903 geschlossenen Ehe ging außer der 1906 geborenen Martha auch der ein Jahr jüngere Sohn **Fritz** hervor, der in Nordenburg bei Sattlermeister **Franz Fabian** das Sattlerhandwerk erlernte. Von ihren Großeltern ist bekannt, dass **Heinrich Kemsies**, *1834, und **Auguste** geborene **Wempel**, *1835, im Jahr 1861 in Nordenburg heirateten und acht Kinder bekamen. Da auch Marthas Großeltern mütterlicherseits – Sperling – sechs Kinder hatten, könnte es sein, dass noch Nachkommen von diesen Familien leben. Allerdings verstarb Marthas Mutter schon früh, und ihr Vater Heinrich Kemsies heiratete noch einmal. Der Name seiner zweiten Frau – **Marion** – steht in dem erhalten gebliebenen Poesie-Album von Martha, das viele Nordenburger Namen enthält wie **Elisabeth Roesler**, **Frida Wickel**, **Elisabeth Holl**, **Antonia Urban**, **Fritz Prengel**, **Anna** und **M. Naujoks**. Da die Eintragungen aus dem Jahr 1923 stammen, ist anzunehmen, dass dieses Album eine Art Abschiedsgeschenk für Martha war, die bald darauf Nordenburg verließ. Zwar nicht für immer, denn sie muss auch nach ihrer Heirat mit ihrem Sohn zu Besuch in ihrer Heimatstadt gewesen sein, weil sich Frau Röthig daran erinnert, dass ihr Mann oft von der Aschwöne sprach, an der er als Kind gespielt hatte. So, das sind einige Angaben, die vielleicht weiter helfen, irgendjemand zu finden, der Frau Röthig mehr über Nordenburg und die Familie Kemsies sagen kann, vor allem, wo deren Haus gestanden hat. Und vielleicht finden sich auch Nachfahren der genannten Familien, mit denen Ursula Röthig in Verbindung treten kann – dann hätte sich ihr lange gehegter Wunsch erfüllt. (Ursula Röthig, An der Ziegelei 12 in 45133 Essen, Telefon 0201/7100283.)

Alte Fotos haben für uns Vertriebene einen besonderen Stellenwert, sie sind oft die einzigen sichtbaren Erinnerungen an Heimat, Kindheit und Menschen, mit denen wir verbunden waren, auch wenn sie nicht zur Verwandtschaft gehörten. Und so besitzt auch Frau **Ehrentraud Stierle** geborene **Metschies** das Passfoto eines jungen Wehrmachtsangehörigen, der oft in ihr Gumbinner Elternhaus kam und dort in die Familie mit aufgenommen wurde. „Er war für mich damals 14-Jährige und meine drei Jahre jüngere Schwester wie ein großer Bruder“, schreibt Frau Stierle. Deshalb hat sie das Foto in allen Stationen ihres Lebens immer begleitet. Aber nun möchte sie es doch seinen Angehörigen übergeben, wenn sich welche finden lassen, und wendet sich deshalb an unsere Ostpreußische Familie. Frau Stierle kennt leider nur den Nachnamen des jungen Mannes: **Volkmann**. Er stammte vermutlich aus Königsberg, denn dort hatte er eine Ausbildung in der Staatlichen Bernsteinmanufaktur abgeschlossen. Als Dank für die herzliche Aufnahme, die er bei der Familie Metschies in ihrem neuen Haus am Amselsteig fand, fertigte er für Frau Stierles jüngere Schwester zu deren Geburtstag im November 1942 oder 1943 einen Bernsteinanhänger für ein Halskettchen an. Später arbeitete er noch ein Armband für Frau Metschies, die sich besonders um Verwundete kümmerte, einige fanden auch in ihrem Haus Unterkunft. Auch der junge Volkmann hatte bereits eine Verwundung, wie Frau Stierle glaubt. Er konnte jederzeit zu der Familie Metschies kommen, ging aber immer in die Kaserne zurück. Volkmann war bei den „22ern“, wie auf dem Foto erkennbar ist, das auf der Rückseite den Stempel des Ateliers trägt: **Paul Radschun**, Photo-Meister 1913, Königsberg (Pr), Friedländertorplatz 9. Volkmann musste dann bald wieder an die Front. Frau Stierle hat nie wieder etwas von ihm gehört, aber das Foto hat sie immer an ihn erinnert. „Vielleicht hat er den Krieg überlebt. Er könnte Ende 80/Anfang 90 Jahre alt sein. Vielleicht lebt er irgendwo in Deutschland, nun auch als Vertriebener. Es wäre gut, von ihm etwas zu erfahren. Das Foto bewahre ich weiter dafür auf!“, beendet Frau Stierle ihr Schreiben. (Ehrentraut Stierle, Joseph-Haydn-Straße 41 in 33604 Bielefeld, Telefon 0521/22802.)



Nur der Nachname des Gesuchten ist bekannt: Volkmann Bild: privat

Und weiter auf der Suche – „Sommerloch“ ist ein Fremdwort in unserer Ostpreußischen Familie, und das ist auch gut so, denn Suchfragen von Vertriebenen nach Vertriebenen dulden keinen Aufschub. Das meint auch unsere Leserin **Cornelia Thielicke** aus Bad Berka, die sich an uns wendet, weil ein aus Ostpreußen stammender Bekannter an sie herantrat mit der Bitte, ihm zu helfen, da alle Anfragen bei Ämtern und Institutionen bisher vergeblich waren. Nicht ohne Grund, denn Frau Thielicke hat bereits zwei „große Erfolge“ durch unsere Ostpreußische Familie zu verzeichnen, einer führte sogar zu einem entfernten Verwandten. Sie übermittelt uns nun Fragen, die Herr **Reinhard Beck** stellt, der endlich etwas über seine Familie wissen möchte, deren Mitglieder aus verschiedenen Gegenden Ostpreußens kamen, wie er schreibt: „Sofern diese nicht zu Opfern des Zweiten Weltkrieges wurden, mussten sie die Heimat durch Flucht und Vertreibung verlassen. Nur wenige von ihnen hatten die Chance für einen Neuanfang. Viele Informationsquellen wie Kirchenbücher haben die Zeit nicht überdauert. Ich wäre dankbar, wenn Sie mir den einen oder den anderen Hinweis geben könnten, um eine realere Vorstellung von meinen Vorfahren zu finden. Bisher ist auch nicht bekannt, ob es weitere Verbindungen zu den hier aufgeführten Familienmitgliedern gab. Vielleicht weiß ja ein Leser noch Näheres und kann Hinweise zu den Familien geben.“ Soweit die Zuschrift von Herrn Beck, der dann anschließend die Familienmitglieder aufführt, deren Namen und Daten ihm bekannt sind. Wie die Verwandtschaftsverhältnisse zu Herrn Beck und untereinander sind, geht nicht daraus hervor, nur so viel bekam ich auf Nachfragen heraus, dass es sich bei den in der nachfolgenden Aufführung zuerst Genannten um seine Großeltern handelt. Dies sind die von Reinhard Beck aufgegebenen Namen: **Heinrich Poneleit**, *1901 Weinoten/Tilsit, und **Ida** Poneleit geborene Greßies, *1911, †1945 vermutlich in Tilsit, **Josef Schwenzfeier**, *1898 Glottau, Kreis Heilsberg, **Emma Minna Maria Thiel**, *1904 Königsberg, verheiratet mit **Anton Schwenzfeier**, *zirka 1899 Glottau, † etwa 1945 in Königsberg. Über den ebenfalls gesuchten **Albert Thiel** aus Königsberg liegen etwas differenzierte Angaben vor: Der Königsberger, der auf dem Tragheim wohnte, hatte 1904 die 1881 in Domnau geborene **Elise Tobien**, Tochter von Robert Tobien und Karoline geborene **Lindenau**, geheiratet. Er verstarb 1920 in Rothenstein bei Königsberg. Ort und Jahreszahl weisen darauf hin, dass Albert Thiel mit großer Wahrscheinlichkeit bei der „Explosion von Rothenstein“ ums Leben kam, als am 10. April 1920 beim dortigen Zeugamt ein Munitionslager in die Luft ging. Unter den 200 Toten, die diesem furchtbaren Unglück zum Opfer fielen, dürfte auch Albert Thiel gewesen sein. Das sind also die Angehörigen seiner Familie, über die Reinhard Beck nur diese Angaben besitzt. Aber vielleicht finden sich ja nun einige Hinweise durch unsere Leserinnen und Leser. Zu erreichen ist Reinhard Beck über seine E-Mail-Adresse reinhard.g.beck@t-online.de, Briefe und Telefonate sind an die Adresse beziehungsweise Telefonnummer von Frau Thielicke zu richten, welche die Schreiben und Informationen an Herrn Beck weiterleitet. (Cornelia Thielicke, Bachstraße 20 in 99438 Bad Berka, Telefon 036458/493146.)

Eure

Ruth Geede

PS: Die Vergangenheit holt einen doch immer wieder ein. Ich kann mich noch gut an die Explosion erinnern, weil wir sie auch in unserem Haus in der Königsberger Augustastraße zu spüren bekamen. Ich habe mich als Vierjährige so erschrocken, dass ich in Muttchens Bett flüchtete und mir die Decke über den Kopf zog.

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Schau mit Bibelfliesen und Konfirmationsurkunden

Auch ostpreußische Dokumente werden gezeigt

Eigentlich hatte ich geglaubt, die Sammlung ost- und westpreußischer Konfirmationsurkunden, die **Ursula Karge** aus Norden so erfolgreich mit Hilfe unserer Ostpreußischen Familie durchgeführt hat, sei nun abgeschlossen. Die rund 70 Exemplare enthaltene Mappe, die Frau Karge uns übergeben hatte, ist bereits in musealer Obhut. Aber die Geschichte geht weiter, denn die Vorstellung von Frau Karge, diese Dokumente auf einer Ausstellung der Öffentlichkeit zu präsentieren, hat sich schneller erfüllt als gedacht, wobei auch sie diesmal die Initiatorin ist: In diesen Sommerwochen werden in der Ludgerikirche Norden im Rahmen einer Doppel-Ausstellung von Zeugnissen sakralen Kunsthandwerks 80 Konfirmationsurkunden aus der Sammlung Karge gezeigt, darunter auch einige aus Ost- und Westpreußen sowie dem Baltikum. Sie bilden eine gelungene Ergänzung zu den 120 Bibelfliesen, die von dem „Norder Bibelfliesenteam“, das sich eigens mit diesen bilderreichen Wandbemalungen befasst, zur Schau gestellt werden.

Während die Präsentation von Konfirmationsurkunden eine Premiere bedeutet, kann die Bibelfliesenschau bereits ein Jubiläum feiern. Denn schon im „Ökonomischen Jahr der Bibel 2003“ hatte sich auf Initiative von Pfarrer **Kurt Perrey** das Norder Bibelfliesenteam (NBT) gebildet und in Zusammenarbeit mit der Ostfriesischen Bibelgesellschaft und einem Fliesenexperten aus den Niederlanden eine schon damals sehenswerte Schau gestaltet, allerdings mit 200 geliehenen Exponaten. Diese Schau zog dann von Norden aus als Wanderausstellung durch ganz Deutschland und ist jetzt anlässlich der 75. Präsentation in ihre Heimat Norden zurückgekehrt, nun aber mit 120 eigenen oder auf Dauer überlassenen Fliesen. In der Ludgerikirche werden die historischen niederländischen Wandfliesen mit biblischen Motiven, deren älteste aus dem Jahr 1670 stammt, unter dem Titel „Mit Bibelfliesen durch die Bibel“ gezeigt. Bibelfeste Besucher werden die Motive auf den – in dem wunderbaren Delfter Blau oder im warmen Manganbraun gehaltenen – Fliesen bald enträtseln können. Es sind Bildergeschichten, die von Künstlern auf die Tonscherbe gebracht wurden, denn die Fliesenmalerei ist keine Volkskunst, sondern ein Kunsthandwerk, treffender noch Gebrauchskunst. Bisher sind etwa 600 verschiedene biblische Darstellungen auf Fliesen nachgewiesen, vor allem alttestamentarische Geschichten, aber auch solche aus dem Neuen Testament. Die häufigste Darstellung ist nicht, wie man vermuten könnte, die Schöpfung oder der Sündenfall, sondern die von Elia, der von Raben ernährt wird, gefolgt von Kains Brudermord und Abrahams Opfer.



Ursula Karge zeigt ostpreußische Konfirmationsurkunden Bild: privat

Anders da natürlich die Abbildungen auf den Exponaten in der gleichzeitig gezeigten Schau „Konfirmationsurkunden im Wandel der Zeiten“, die erst um 1800 als Erinnerungsgeschenke an die Einsegnung aufkamen, zuerst handgeschrieben mit Bibelversen und Denksprüchen. Mitte des 19. Jahrhunderts wurde dann die Gestaltung sehr dekorativ mit religiösen Bildern von berühmten deutschen Malern wie **Mathias Grünewald**, **Albrecht Dürer**, **Lukas Cranach** und **Caspar David Friedrich**. Ab 1900 erfolgte ein Übergang zu farbigen Holzschnitten, auch findet man immer wieder das Bildnis des Reformators **Martin Luther**. Im vorigen Jahrhundert war es dann ein Bild der Einsegnungskirche, das die Konfirmanden ein Leben lang an diesen Tag erinnern sollte. Für die Vertriebenen wurde es aber weit mehr, nämlich zu einem Andenken an die gelebte und geliebte Heimat. Ursula Karge freut sich deshalb besonders, dass sie neben Urkunden aus ganz Deutschland und den USA diese Dokumente aus den deutschen Ostgebieten zeigen kann. Zwar bilden sie nur einen Teil der insgesamt 80 Exponate, die sie für die Schau aus 550 von ihr gesammelten Urkunden ausgewählt hat, aber sie sind umso wertvoller, als sie durch Krieg, Flucht und Nachkriegswirren gerettet werden konnten. Inzwischen erhielt Ursula Karge noch weitere Urkunden aus Ostpreußen, aus Eydtkuhnen (1928), Angerburg (1914), Heiligenbeil Gallingen (1939) und Ballethen (1881)! Und sie sammelt weiter! (Adresse: Ursula Karge, Hollweg 20b in 26506 Norden.) Die Doppelschau in der Ludgerikirche Norden ist noch bis zum 15. August zu sehen, ein Tipp für interessierte Leser aus dem norddeutschen Raum. Übrigens: Es gibt sogar noch eine weitere Verbindung zu Ostpreußen, die man nicht vermutet, denn sie betrifft die Bibelfliesen: Der Initiator und Leiter dieser Präsentation, Pfarrer i. R. Kurt Perrey, stammt aus Ebenrode! *R.G.*



ZUM 100. GEBURTSTAG

Schiminowski, Anna, geb. **Falkowski**, aus Kyschienen, Kreis Neidenburg, am 30. Juli

ZUM 99. GEBURTSTAG

Stumm, Grete, aus Malga, Kreis Neidenburg, am 31. Juli

ZUM 97. GEBURTSTAG

Hartung, Gertrud, geb. **Dawidonis**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 2. August
Upadek, Liesbeth, geb. **Ostermann**, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 1. August
Well, Charlotte, geb. **Keipke**, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 30. Juli

ZUM 96. GEBURTSTAG

Küßner, Edith, geb. **Sadlowski**, aus Kalthagen, Kreis Lyck, am 1. August
Oltmann, Christel, geb. **Runz**, aus Sonnenmoor, Kreis Ebenrode, am 30. Juli

ZUM 94. GEBURTSTAG

Ruhe, Alfred, aus Woinassen Kreis Treuburg, am 31. Juli
Schätzke, Otto, aus Wosnitzen, Kreis Sensburg, am 15. Juli
Vogel, Brigitte, geb. **Rockstroh**, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 27. Juli

ZUM 93. GEBURTSTAG

Hübner, Friedrich, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 30. Juli
Marks, Fritz, aus Weißensee, Weißensee Abbau Nord, Kreis Wehlau, am 1. August
Rauter, Dipl.-M. Hans, aus Ebenrode, am 27. Juli
Szillat, Herta, geb. **Jonas**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 28. Juli
Wichert, Gertrude, geb. **Malessa**, aus Balden, Kreis Neidenburg, am 28. Juli

ZUM 92. GEBURTSTAG

Berkowitz, Elli, geb. **Matern**, aus Nickelsdorf, Klein Nickelsdorf, Kreis Wehlau, am 31. Juli
Drescher, Erna, aus Laucken, Kreis Ebenrode, am 28. Juli
Gothmann, Klaus, aus Georgenswalde, Kreis Samland, am 31. Juli
Haut, Ulrich, aus Schlesien, und aus Redel, Kreis Belgard, am 29. Juli
Hasenjäger, Hildegard, geb. **Grill**, aus Ellerbach, Kreis Ebenrode, am 27. Juli
Kraushaar-Roßdeutscher, Christel, aus Lötzen, am 30. Juli
Kurschat, Herta, geb. **Augustin**, aus Ossafelde, Kreis Elchniederung, am 31. Juli
Nass, Käte, geb. **Balzer**, aus Kilian, Kreis Treuburg, am 29. Juli
Otto, Hilde, geb. **Lorenzen/Lojewski**, aus Millau, Kreis Lyck, am 28. Juli
Röbig, Erna, geb. **Kattenberg**, aus Deschen, Kreis Elchniederung, am 2. August
Teichert, Lena, geb. **Fischer**, aus Seerappen, Kreis Samland, am 27. Juli

ZUM 91. GEBURTSTAG

Feuerer, Gerda, geb. **Rinas**, aus Treuburg, am 30. Juli
Kellermann, Frieda, geb. **Schmeling**, aus Kickwieden, Kreis Ebenrode, am 29. Juli
Leher, Lieselotte, geb. **Jonnigkeit**, aus Nassawen, Kreis Ebenrode, am 2. August
Lewohn, Heinz, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 1. August
Reimers, Herta, geb. **Kröhnert**, aus Argendorf, Kreis Elchniederung, am 1. August
Schmitter, Selma, geb. **Sucht**, aus Stucken, Kreis Elchniederung, am 1. August
Stahnke, Irmgard, geb. **Redwanz**, aus Lyck, Bismarckstraße 37, am 30 Juli
Waldstätter, Otto, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 27. Juli

ZUM 90. GEBURTSTAG

Faak, Edith, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, am 1. August
Gallinat, Gerhard, aus Lyck, Bismarckstraße 23. Am 2. August
Gehrke, Irmgard, geb. **Chlench**, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 29. Juli



Jerowski, Ursula, geb. **Kewitz**, aus Rhein, Kreis Lötzen, und aus Tapiau, Kirchenstraße 2, Kreis Wehlau, am 31. Juli
Klemme, Erna, geb. **Zitzewitz**, aus Tykrehnen, Kreis Samland, am 1. August
Kneisel, Eva, geb. **Czychi**, aus Neumalken, Kreis Lyck, am 30. Juli
Ruhrmann, Grete, geb. **Laniewski**, aus Saffronken, Kreis Neidenburg, am 29. Juli
Ruthkowski, Ernst, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 28. Juli
Schröder, Margarete, geb. **Hamm**, aus Leißienen, Georgenberg, Kreis Wehlau, am 29. Juli
Sowa, Ernst, aus Winsken, Kreis Neidenburg, am 2. August
Tresp, Rosemarie, aus Glinken, Kreis Lyck, am 30. Juli
Trunschke, Edith, geb. **Nowotka**, aus Neidenburg, am 30. Juli
Winko, Erich, aus Pillau, Kreis Samland, am 31. Juli

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bednarzik, Erich, aus Bärengrund, Kreis Treuburg, am 29. Juli
Börner, Christel, geb. **Zabienski**, aus Kleinkosel, Kreis Neidenburg, am 27. Juli
Bomba, Gerda, geb. **Piechot**, aus Tapiau, Memellandstraße 49, Kreis Wehlau, am 28. Juli
Burdenski, Eitel, aus Grünlanden, Kreis Ortelsburg, am 27. Juli
Burggraf, Sabine, geb. **Komm**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 29. Juli
Deubert, Margarete, geb. **Krusch**, aus Hohenwiese, Kreis Elchniederung, am 27. Juli
Ernst, Margarete, aus Jägersdorf, Kreis Neidenburg, am 27. Juli
Dietz, Ilse, geb. **Hammler**, aus Seesken, Kreis Treuburg, am 28. Juli
Finder, Gisela, geb. **Schöttke**, aus Zimmerbude, Kreis Samland, am 2. August
Heidrich, Lieselotte, geb. **Brodd**, aus Biothen, Kuxtern, Kreis Wehlau, am 27. Juli
Komosin, Erich, aus Rummau, Kreis Ortelsburg, am 1. August
Ludwig, Lotte, geb. **Eigenfeldt**, aus Mühlenkreuz, Kreis Elchniederung, am 29. Juli
Mehlberg, Irene, aus Groß Lasken, Kreis Lyck, am 1. August
Puls, Hildegard, geb. **Wissigkeit**, aus Gallgarben, Kreis Samland, am 30. Juli
Raski, Johanna, geb. **Rutkowski**, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 1. August
Rattay, Irmgard, geb. **Kompa**, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 28. Juli
Ruddigkeit, Frieda, geb. **Brzoska**, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 2. August
Sauer-Koch, Irmgard, geb. **Januschewski**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 31. Juli
Schattauer, Kurt, aus Willdorf, Kreis Ebenrode, am 29. Juli
Schimnossek, Kurt, aus Willkassen, Kreis Treuburg, am 29. Juli
Schröder, Edith, geb. **Bienderra**, aus Orlau, Kreis Neidenburg, am 31. Juli
Schultz, Rüdiger, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 2. August
Skulimma, Werner, aus Gauleden, Kapkeim, Kreis Wehlau, am 27. Juli
Steinbrecher, Gertraud, geb. **Riedel**, aus Garbseiden, Kreis Samland, am 30. Juli
Weber, Erika, geb. **Keller**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 31. Juli
Weiss, Gerhard, aus Gilgenburg, Kreis Osterode, am 30. Juli
Werner, Lore, geb. **Sadowsky**, aus Soffen, Kreis Lyck, am 1. August
Zöllner, Waltraud, geb. **Noreik**, aus Adlig Linkuhnen, Kreis Elchniederung, am 1. August

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bergelt, Gerda, geb. **Wiechert**, aus Plibischken, Kreis Wehlau, am 27. Juli
Biedermann, Horst, aus Dünen, Kreis Elchniederung, am 1. August
Burchardt, Klaus, aus Neidenburg, am 30. Juli
Bush, Ruth, geb. **Lenkeit**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 28. Juli
Daniel, Dieter, aus Frischenau, Kreis Wehlau, am 2. August
Gorlo, Ulrich, aus Kalthagen, Kreis Lyck, am 28. Juli
Griego, Inge, geb. **Ernst**, aus Medenau, Kreis Samland, am 2. August
Güthe, Ruth, geb. **Grönig**, aus Goldensee, Kreis Lötzen, am 30. Juli
Haaso, Irmgard, geb. **Ackermann**, aus Bißnen, Kreis Ebenrode, am 31. Juli
Hahn, Hildegard, geb. **Kallweit**, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, am 1. August
Hebbe, Christel, geb. **Mey**, aus Ebenrode, am 28. Juli
Herbst, Günther, aus Wehlau, Nadolnystraße 23, am 28. Juli
Illgen, Elisabeth, geb. **Krause**, aus Liebnicken, Kreis Preußisch Eylau, am 2. August
Kniephof, Horst, aus Memel, am 28. Juli
Knobloch, Ruth, geb. **Alexy**, aus Seedranken, Kreis Treuburg, am 27. Juli
Kremp, Gisela, geb. **Gerundt**, aus Ebenrode, am 28. Juli
Loyek, Hans-Friedrich, aus Schuttschen, Kreis Neidenburg, am 1. August
Plogsties, Horst, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 29. Juli
Sakobielski, Hubertus, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 30. Juli
Schniesko, Gerlind, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 31. Juli
Schulz, Hildegard, geb. **Bartz**, aus Waltershausen, Kreis Neidenburg, am 28. Juli
Swinczyk, Hildegard, geb. **Leschni**, aus Korschen, Kreis Rastenburg, am 29. Juli
Warnke, Käthe, geb. **Demitrowitz**, aus Großkosel, Kreis Neidenburg, am 28. Juli
Werschy, Gisela, geb. **Gengel**, aus Aßlacken, Kreis Wehlau, am 28. Juli

ZUM 75. GEBURTSTAG

Bujna (Seidenberg), Eduard, aus Borschimmern, Kreis Lyck, am 28. Juli
Drobniak, Helga, geb. **Ostermann**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 30. Juli
Fricke, Dora, geb. **Bajorat**, aus Gowarten, Kreis Elchniederung, am 30. Juli
Friz, Sigrid, geb. **Runge**, aus Tapiau, Großhöfer Weg 6, Kreis Wehlau, am 2. August
Gudat, Ellen, aus Narwickau, Kreis Ebenrode, am 29. Juli
Gutowski, Anneliese, geb. **Heinicke**, aus Mingfen, Kreis Ortelsburg, am 29. Juli
Kilian, Heinz, aus Gellen Kreis Ortelsburg, am 2. August
Klotzek, Siegfried, aus Ortelsburg, Templiner Straße 48, am 30. Juli
Kruska, Helmuth, aus Rheinswein, Kreis Ortelsburg, am 27. Juli
Möller, Klaus, aus Hasenberg, Pomauden, Kreis Wehlau, am 29. Juli
Richter, Margarete, geb. **Fortak**, aus Erben, Kreis Ortelsburg, am 29. Juli
Schilling, Renate, geb. **Schimkat**, aus Altschanzenkrug, Kreis Elchniederung, am 30. Juli
Sontowski, Helmut, aus Wilhelmsthal, Kreis Ortelsburg, am 30. Juli
Steinicke, Gisela, geb. **Paap**, aus Sprosserweide, Kreis Elchniederung, am 27. Juli
Strahl, Siegfried, aus Gobienen, Kreis Elchniederung, am 28. Juli
Vlachos, Hannelore, geb. **Buttgereit**, aus Wehlau, Klosterplatz, am 2. August



Dibowski, Siegfried, Pfarrer i. R., aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, und Ehefrau Erika, geb. **Berger**, aus Westpreußen, am 1. August

Ostpreußisches Landesmuseum

Mittwoch, 14. August, 19 Uhr: **Die Preußin auf dem Zarenthron – Alexandra Kaiserin von Russland.** Vortrag von Marianna Butenschön und Lesung mit Marie-Cécile Herzogin von Oldenburg, Urururenkelin der Kaiserin Alexandra.

Für Charlotte (1798–1860), ihre älteste Tochter, sieht Königin Luise von Preußen eine glänzende Zukunft. Die Prinzessin heiratet den Großfürsten Nikolaus und wird als Alexandra Fjodorowna Kaiserin von Russland. Marianna Butenschön erzählt die spannende Lebensgeschichte der Kaiserin, die zu Lebzeiten so populär war wie ihre Mutter und als eine der schönsten Frauen ihrer Zeit galt. Marie-Cécile Herzogin von Oldenburg liest aus den Erinnerungen ihrer Ururgroßmutter und ihren Briefen an die Berliner Verwandten. Die Autorin Marianna Butenschön wurde 1943 in Rotenburg geboren. Sie studierte in Kiel, Marburg und Paris und promovierte über das Russlandbild der Franzosen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Eintritt: 4 Euro.

Ostpreußisches Landesmuseum, Ritterstraße 10, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 75995-0

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Termine der LO

Jahr 2013

20. bis 22. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont.
27. bis 29. September: 9. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein. Geschlossener Teilnehmerkreis.
11. bis 13. Oktober: 6. Deutsch-Russisches Forum in Duisburg. Geschlossener Teilnehmerkreis.
14. bis 20. Oktober: 59. Werkwoche in Bad Pyrmont.
1. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Bad Pyrmont.
2./3. November: Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont. Geschlossener Teilnehmerkreis.
4. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.

Jahr 2014

8./9. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont.
5./6. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen.
17./18. Mai: Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Kassel.
3./7. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0.

Hörfunk & Fernsehen

Sonnabend, 27. Juli, 15.30 Uhr ARD: Leben nach dem Schlaganfall. Reportage.
Sonnabend, 27. Juli, 18.30 Uhr, 3sat: Operiert und verpfuscht. Wenn Schönheits-OPs korrigiert werden müssen.
Sonntag, 28. Juli, 8.05 Uhr, WDR 5: Osteuropa-Magazin.
Sonntag, 28. Juli, 8.05 Uhr, Deutschlandradio Kultur: Kalter Krieg und heiße Rhythmen. Über den AFN in Berlin.
Sonntag, 28. Juli, 12.45 Uhr, HR: Zauberhafte Heimat. Ahrenshoop.
Sonntag, 28. Juli, 16 Uhr, SWR: Die Ostsee zwischen Litauen und Dänemark. Doku.
Sonntag, 28. Juli, 23.15 Uhr, N24: 150 Jahre Henry Ford: Als das Auto laufen lernte – die Erfindung des Fließbandes.
Montag, 29. Juli, 14.30 Uhr, HR: Am Frischen Haff. Doku D 2010.
Montag, 29. Juli, 20.15 Uhr, Arte: Casablanca. Melodram mit Humphrey Bogart und Ingrid Bergman, USA 1942.
Montag, 29. Juli, 22.50 Uhr, ARD: Wie Syrien stirbt. Doku, D 2013.
Dienstag, 30. Juli, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt. Vor 150 Jahren: Der amerikanische Ingenieur und Autoindustrielle Henry Ford wurde geboren.
Dienstag, 30. Juli, Geheimnisvolle Orte: Der Alexanderplatz.
Dienstag, 30. Juli, 20.15 Uhr, RBB: Die Außenhändler (1/2). „DDR im Angebot“. Um den Wohlstand des noch jungen Staates zu sichern, tieb die DDR Handel mit dem kapistalistischen Westen. Doku.
Dienstag, 30. Juli, 22.05 Uhr, MDR: Geheimnisvolle Orte: Hitlers Schloss in Schlesien.
Dienstag, 30. Juli, 22.05 Uhr, Arte: Schattenkampf – Europas Résistance gegen die Nazis.
Mittwoch, 31. Juli, 15.15 Uhr, NDR: Geheimnisvolle Orte: Das Filmstudio Babelsberg.
Mittwoch, 31. Juli, 17.10 Uhr, Arte: Verschollene Filmschätze. 1969: Live vom Mond.
Mittwoch, 31. Juli, 19.30 Uhr, Deutschlandradio Kultur: Zeitreisen. Hitlers Bestseller. Die Debatte um die wissenschaftlich-kritische Neuedition von „Mein Kampf“.
Mittwoch, 31. Juli, 17.10 Uhr, Arte: Verschollene Filmschätze. 1969: Live vom Mond. Neil Armstrong wurde auf dem Mond gefilmt. Hintergründe zu den Bildern.
Donnerstag, 1. August, 22.30 Uhr, WDR: Menschen hautnah. Wohin mit dem Kind? – Kampf um den Kita-Platz.
Freitag, 2. August, 14.05 Uhr, 3sat: Gefährliche Himmel – Der Bombenkrieg über Österreich. Doku, A 2004.
Freitag, 2. August, 20.15 Uhr, Arte: Die Gentlemen baten zur Kasse. Die wahre Geschichte des legendären Postraubs. D/F/CH 2013.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN

BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Metzingen – Auf erlebnisreicher Ausflugsreise ins Allgäu – Der Vorstand Heinz Scheffler begrüßte die Reiseteilnehmer und versprach, auch mit Blick auf den blauen Himmel, einen interessanten Tag. Ziel waren eine Schifffahrt auf dem Forggensee, Mittagessen beim Wiesbauer am Hopfensee, Stadtbummel in Füssen und Besichtigung der Wieskirche. Kurz vor dem Ziel wurde Rast gemacht und zum traditionellen zweiten Frühstück eingeladen. Dagmar Voss und Petra Weiß zauberten im Nu einen reichhaltigen Tisch mit Kaffee, Getränken, belegten Brötchen, Gurken, Kuchen und sonstigen Getränken. Bei den sich dabei entwickelnden Gesprächen entstanden schon lockere Kontakte. Die Geschichte des Forggensees war natürlich im Wissen um die Hochwasserschäden in den letzten Monaten ganz aktuell, handelt es sich doch um einen künstlich angelegten, vom Lech durchflossenen See, erbaut in den Jahren 1950 bis 1954. Er ist zirka 12 Kilometer lang und 3,5 Kilometer breit, an der tiefsten Stelle ist er etwa 40 Meter tief. Er ist die größte und wichtigste Lech-Staustufe. Im Oktober beginnt der Abstau und der Forggensee gleicht dann eher einer Mondlandschaft. Am Ufer liegt das moderne Ludwig-Musicaltheater, das jedoch wirtschaftlich nicht auf die Beine kommt. Der Blick schweift während der Rundfahrt zum Märchenschloss Neuschwanstein von Ludwig II. und Schloss Hohenschwangau. Das Mittagessen im komfortablen Gasthof vom Wiesbauer inmitten wunderschöner Landschaft zwischen Füssen und Hopferau über dem Hopfensee in ruhiger, ländlicher Lage war perfekt auf den Busbesuch vorbereitet. Viel Spaß machte der Nachmittagsbummel in der Altstadt von Füssen. Die dezenten bunten Fassaden mit ihren hohen, gotischen Häusergiebeln, die Straßencafés auf den kleinen Plätzen, kleine, verwinkelte, mittelalterliche Gassen, nicht nur mit Museen und Kirchen, sondern auch mit vielen modernen Geschäften und Trachtenläden, immer wieder der Blick auf Füssens Hohes Schloss, strahlten Flair und Charme aus. Jeder unterhielt sich entspannt und zufrieden beim Bummeln und Flanieren in der Altstadt. Den Abschluss bildete der Besuch der Wallfahrtskirche Wies. Sie wurde 1746–1754 erbaut. Hier holte der Alltag die Teilnehmer wieder ein. Auf dem Weg zur Kirche tummelten sich wie im Metzinger Outlet Kolonnen von Touristen insbesondere aus dem Fernen Osten. So wurde die überwältigend schöne Kirche zum Touristentempel. Es wurde fotografiert, herumgelaufen, Bestuhlungen für ein Konzert aufgestellt, und es herrschte eine große Unruhe. So musste sich jeder seinen Blickwinkel selber erobern. Heinz Scheffler dankte bei der Verabschiedung der Busreisegesellschaft für die harmonische Gemeinschaft, die geradezu zum Weitermachen solcher Veranstaltungen ermutigt.

Stuttgart – Montag, 5. August, 17 Uhr, Schlossplatz: **Chartafeier** bei der Gedenktafel vor dem Neuen Schloss. Um rege Beteiligung wird gebeten.

BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@ low-bayern.de, Internet: www. low-bayern.de.

Ansbach – Sonnabend, 27. Juli, 15 Uhr, Orangerie: Sommerliches Treffen mit Liedern und Geschichten der Heimat.

Landshut – Dienstag, 6. August: Ausflug zur Streichenkirche in Schleching.

München – Jeden Montag, 18 bis 20 Uhr, Haus des Deutschen Ostens: Ostpreußischer Sängerkreis. Kontakt: Dr. Gerhard Gräf, Offenbachstraße 60, 85598 Baldham, Telefon (08106) 4960.

BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbekkstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@ bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

Königsberg / Samland / Labiau – Freitag, 16. August, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße10: Treffen der Gruppe. Informationen bei Prof. Wolfgang Schulz, Telefon (030) 2515995.

Tilsit-Ragnit / Tilsit-Stadt – Sonnabend, 31. August, 15 Uhr, Ratskeller Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Hermann Trilus, Telefon (03303) 403881.

BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Stellvertrende Vorsitzende: Martina Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176. Landesgeschäftsführer: Jörg Schulz, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede, Telefon (04296) 74 77 01.

Bremerhaven – Der letzte Heimatnachmittag der Gruppe fand am 28. Juni als Sommerfest statt. Nach einer „Plachanderstunde" mit Kaffe gab es Bratwurst vom Grill und gespendete Kartoffelsalate (der Vorstandsmitglieder). Die Vorsitzende dankt allen Spendern und Helfern und wünscht einen schönen Sommer! Nächster Veranstaltungstag ist das Erntedankfest am Freitag, 27. September, 14.30 Uhr, im Barlach-Haus.

HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

LANDESGRUPPE

Sonnabend, 31. August, 14 Uhr (Einlass 13 Uhr), Restaurant Lakkemann, Litzowstraße 8 (Nähe Einkaufs-Center Quarree, U-Bahn Wandsbek-Markt): Der Sommer ist zurück und die Landesgruppe Hamburg lädt zum **Sommerfest.** Eröffnung und Leitung der Veranstaltung durch Kulturreferent Siegfried Grawitter, Evastraße 3 b, 22089 Hamburg, Telefon (040) 205784. Begrüßung durch den 1. Vorsitzenden der LG Hamburg Hartmut Klingbeutel. Der 2. Vorsitzende Manfred Samel stellt sich nach der Neuwahl des Vorstandes mit kleiner Überraschung für die Mitglieder vor. Einen Höhepunkt bieten die zwei lustigen Musikanten Günter Schattling und Hans Grawitter, zwei Dudelspieler erfreuen die Teilnehmer mit ihren schönen Musikstücken und bekannten Liedern. Einzug des LAB-Chors unter der Leitung von Dieter Dziobaka und zum Einstimmen für alle wird das Ostpreußenlied „Land der dunklen Wälder" gemeinsam gesungen. Kaffeepause von 15.15 bis 16 Uhr. Nach der Kaffeepause erfreut der LAB-Chor die Anwesenden mit Oldies und schönen Melodien zum Mitsingen und Mitträumen. Das Schlusswort hält Siegfried Grawitter und gemeinsam wird das Abschlusslied „Kein schöner Land" gesungen. Ende der Veranstaltung um zirka 17 Uhr.

BEZIRKSGRUPPE

Harburg/Wilhelmsburg – Montag, 29. Juli, 15 Uhr, Gasthaus Waldquelle, Meckelfeld, Höpenstraße 88: Heimatnachmittag. Anfahrt: Mit Bus 443 bis Waldquelle. Thema: Sommer und Urlaub in Ost- und Westpreußen. Im August findet kein Heimatnachmittag statt.

KREISGRUPPE

Heiligenbeil – In Verbindung mit dem Kulturreferat der Landesgruppe Hamburg e. V. veranstaltete die Heimatkreisgruppe Heiligenbeil eine Tagesfahrt am Sonnabend, 17. August, zur Heideblüte in die Lüneburger Heide. Der Tag beginnt mit einem Besuch des Ostpreußischen Landesmuseums in Lüneburg. Mittagessen in einem Heidegasthof, anschließend eine geführte Heiderundfahrt. bei Kaffee und Kuchen werden die Teilnehmer den Tag dann in einem gemütlichen Heidegasthof ausklingen lassen. Anmeldung bis zum 12. August bei Lm. Konrad Wien, Telefon (040) 53254950. Preis pro Person 45 Euro für Busfahrt, Eintritt und Führung im Museum. Mittagessen, Rundfahrt und Kaffeegedeck. Abfahrtsorft: Harburg-Bahnhof 8 Uhr, Hamburg-ZOB 8.30 Uhr.

Insterburg – Die Gruppe trifft sich jeden 1. Mittwoch im Monat (außer Januar und Juli) mit Liedern und kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: bei Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

HESSEN

Stellvertretender Vorsitzender: Ulrich Bonk, Voltastraße 41, 60486 Frankfurt/Main, Telefon (069) 77039652.

Dillenburg – Bei der **Monatsversammlung im Juni** referierte Hans-Joachim Naujoks über die Ostpreußenhütte der Sektion Königsberg/Pr. des Deutschen Alpenvereins im Salzburger Land. Im Mai, als er über die wegen ihres protestantischen Glaubens vertriebenen Salzburger berichtete, erwähnte er, dass etwa ein Drittel aller Ostpreußen Salzburger Vorfahren haben. Von ihnen stamme eine quasi angeborene Bergbegeisterung. Daher kam der Wunsch, einen Alpenverein zu gründen. Anreger und Gründungsväter waren Universitäts-Professoren, Ärzte und Staatsbeamte. Die Sektion Königsberg wurde im Juli 1890 von Professor Kissner ins Leben gerufen. Sehr bald wuchs die Gruppe auf 28 Mitglieder an. Es herrschte eine rege Vereinstätigkeit mit Vorträgen und Wanderungen, wobei man mit den Sektionen in Danzig, Elbing und Tilsit zusammenarbeitete. Schon früh beteiligte man sich am aktiven Naturschutz und war bereits im Jahr 1900 am Verein zum Schutz von Alpenpflanzen und -tieren beteiligt. Schon bald kam der Wunsch auf, eine eigene Hütte in den Alpen zu besitzen. Zu diesem Zweck wurde eifrig gesammelt. Verschiedene Pläne scheiterten an den Besitzern der vorgesehenen Grundstücke. In den nächsten 25 Jahren stieg die Anzahl der Vereinsmitglieder auf 786 an. Im August 1925 bereiste Vereinsmitglied Willi Müller-Rieth, Drogist in Königsberg, die Alpen und besuchte auch die Eishöhlen bei Werfen am Rande des Hochkönigs im Salzburger Land. Der Bergführer Eduard Justus machte Müller-Rieth darauf aufmerksam, dass es nach einem zehnstündigen Aufstieg zum Hochkönig dort keine Hütte gäbe. Daraufhin gründeten die drei ostpreußischen Sektionen beim Winterfest in Elbing im Februar 1926 einen Hüttenbau-Ausschuss: Welch schöner Gedanke, eine Hütte in der Gegend zu besitzen, aus der die Salzburger Ahnen stammten! Prinz Friedrich Leopold von Preußen schenkte der Sektion Königsberg ein 2000 Quadratmeter großes Gelände in der Nähe von Werfen, und im März fand in Königsberg eine symbolische Grundsteinlegung statt. In den Alpen wurde im selben Jahr eine Hütte im Stil eines Salzburger Bauernhauses erbaut, mit einem großen Runderker und großem Holzbalkon am Giebel,

Vortrag über die Geschichte der Königsberger Sektion

mit einer für Ostpreußen typischen Vorlaube an der Südseite des Hauses. Die Gaststube war hell und geräumig, man blickte auf die herrliche Bergwelt. Die Zimmer im ersten Stock lagen alle nach Süden, zur Sonne hin. Zahlreiche gestiftete Einrichtungsgegenstände zieren noch heute die Gaststube. Dort hängen auch die Wappen von 20 ostpreußischen Städten, die sich durch „Bausteine" an der Finanzierung beteiligt hatten. Im Sommer 1928 wurde die Ostpreußenhütte feierlich eingeweiht. In den nächsten Jahren besuchten viele Wanderer und Bergsteiger die Ostpreußenhütte. In den Jahren 1933 bis 1938 war sie für deutsche Reisende gesperrt und wurde nach dem Krieg als deutsches Eigentum enteignet. Als 1948 in Innsbruck der Österreichische Alpenverein gegründet wurde, bestellte man Professor Martin Busch zum Obmann für die zirka 100 deutschen Alpenvereinshütten in Österreich. In der Neujahrsnacht 1949 brach in der Ostpreußenhütte ein Brand aus, der vom Wirt und von Gästen mit viel Schnee gelöscht werden konnte. Damaliger Wirt war Eduard Justus, der 1925 die Anregung zur Hütte unterhalb des Hochkönigs gegeben hatte. Schon bald nach dem Krieg trafen sich ehemalige Mitglieder der Sektion Königsberg und beschlossen eine Wiedergründung, die dann im Januar 1952 in Göttingen stattfand. Der Sitz der Sektion wurde offiziell von Königsberg nach Göttingen verlegt. Ein Jahr später wurde der 25-jährige Bestand der Ostpreußenhütte mit einer Bergmesse unter großer Beteiligung der Werfener Bevölkerung und vielen Gästen gefeiert. Auch Agnes Miegel sandte als Gruß ihr Gedicht „Meine Salzburger Ahnen – das dank' ich Euch!" Es hängt noch heute an einer Wand der Hütte. Inzwischen ist die Hütte umfassend renoviert worden: Es gibt einen Wasserhochbehälter, und Material aller Art wird mit einer Seilbahn transportiert. Seit 1972 gehört die Hütte durch Kauf wieder ganz der Sektion Königsberg. Die Mitgliederzahl ist auf 650 angewachsen. Jährlich werden Hoch- und Skitouren sowie Wanderungen zu allen Jahreszeiten durchgeführt. Die Hütte liegt in 1630 Metern Höhe am Fuße des Hochkönigs, hoch über dem Salzachtal. Von Werfen aus ist das ein Fußmarsch von drei Stunden. Die Hütte bietet zehn Zweibett-Zimmer, 40 Matratzenlager und acht Notlager. Leider konnte Hans-Joachim Naujoks keine DVD zum Zeigen bekommen, da im Juni die Wirtsleute gewechselt haben. So konnte er nur einige Fotos der Gegend und einen Werbefilm der Stadt Werfen zeigen. – Im Juli gibt es kein Treffen der Kreisgruppe, es ist Ferienzeit. Die nächste Monatsversammlung findet erst wieder am Mittwoch, 28. August, um 15 Uhr, im Café Eckstein, Königsberger Straße, statt. Dann wird Lothar Hoffmann über den brandenburgischen Gutsherrn Rochow, der nach Einführung der Schulpflicht durch König Friedrich Wilhelm I. die Volksschule „erfand", berichten.

Wiesbaden – Sonnabend, 27. Juli, 15 Uhr, **Sommer-Gartenfest** im Kleingartenverein am Wasserwerk in Erbenheim. Am Grill werden Steaks und Würstchen zubereitet, dazu gibt es Kartoffelsalat oder Brötchen. Zu Beginn werden die Teilnehmer mit Kaffee und leckerem Kuchen verwöhnt. Für Unterhaltung sorgen unser Frauenchor, Spiele und Musik. Anmeldung bei Irmgard Steffen, Telefon (0611) 844938. Anfahrt: ESWE-Bus Linie 15 bis Erbenheim, Haltestelle Barbarossastraße. Die Veranstaltung findet bei jeder Witterung statt, da ausreichend überdachte Räumlichkeiten zur Verfügung stehen.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Hannover – Donnerstag, 15. August, 17 Uhr, Helmstedter Straße 59, Auferstehungs-Kirche, Döhren: Treffen der Gruppe. Dort haben die Teilnehmer Gelegenheit, das Konzert der Königsberger Grillen anzuhören. die Königsberger Grillen sind ein Kinderchor aus der Pregelmetropole, die auch im vergangenen Jahr in der Neustädter Kirche ein großartiges Programm vorführten.

Helmstedt – Donnerstag, 8. August, 15 Uhr, Begegnungsstätte, Schützenwall 4: Treffen der Gruppe. Auskünfte erteilt Helga Anders, Telefon (05351) 9111.

Rinteln – Donnerstag, 8. August, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42: Monatstreffen der Gruppe. Christian Perbandt aus Lehrte hält einen Vortrag: „Die Besiedlung von Ostpreußen und Westpreußen am Beispiel eines Kreises". Gäste sind herzlich willkommen, der Eintritt ist frei. Informationen zur landsmannschaftlichen Arbeit in Rinteln gibt es bei Joachim Rebuschat, Telefon (05751) 5386 oder rebuschat@web.de

NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@ Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Montag, 5, August, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Zusammenkunft der Frauengruppe. – Donnerstag, 8. August, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Ostpreußisch Platt.

Bonn – Dienstag, 6. August, 18 Uhr, Haus am Rhein, Elsa-Brandström-Straße 74: „Sommerstammtisch – einfach einmal miteinander reden".

Düren – Sonnabend, 14. August, 18 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Holz-Straße 7 A: Heimatabend.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

Ennepetal – Donnerstag, 15. August, 17 Uhr: Monatsversammlung mit Grillen.

Mülheim an der Ruhr – Dienstag, 30. August, 14.45 Uhr, ab Wasserbahnhof: Schiffsausflug der Frauengruppe nach Kettwig.

SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Chemnitz – Mittwoch, 14. August, 10 Uhr, Apotheke an der Zentralhaltestelle: Treffen der Wandergruppe. – Freitag, 16. August, 13 Uhr, Leipziger Straße 167: Treffen der Frauengruppe.

SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Dessau – Montag, 12. August, 14 Uhr, Krötenhof: Berichte aus der Heimat.

Magdeburg – Dienstag, 6. August, 13.30 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen.

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Oldesloe – Bericht von der Juli-Runde – Nach der Begrüßung der sommerlichen Runde im Juli erinnerte Georg Baltrusch an die Tagesfahrt nach Mecklenburg-Vorpommern. Er wies außerdem auf den 64. Tag der Heimat 2013 als zentrale Veranstaltung in Schleswig-Holstein hin: „Unser Kulturerbe – Reichtum und Auftrag“ am Sonntag, 4. August, 10.30 Uhr, im „Kiek in“, Neumünster, Gartenstraße 32. Außerdem hatte er ein humorvolles Gedicht über das Älterwerden mitgebracht. Gisela Brauer sprach über Menno Simons und die Mennoniten. Menno Simons (Sohn des Simon) wurde 1492 in Witmarsum geboren, studierte Theologie und wurde zum Priester geweiht. Nach dem Studium der reformatorischen Schriften, besonders von Martin Luther, wandte er sich vom Katholizismus ab und gab auch sein Priesteramt auf. Er gründete eine Glaubensgemeinschaft, die Taufgesinnten. Auf der Grundlage der Heiligen Schrift entwickelte er seine Glaubensgrundsätze: Trennung von Kirche und Staat, Eidesverweigerung, Verweigerung des Dienstes mit der Waffe, Freiheit zur Mission und Erwachsenentaufe. Auf der Flucht vor Verfolgung durch Staat und Kirche gewährte ihm und seinen Getreuen Bartholomäus von Ahlefeldt, Gutsbesitzer von Fresenburg, Zuflucht. So entstanden fünf Mennonitendörfer mit gepflegten Häusern und Gärten. In der über 400 Jahre alten Menno-Kate an der Landstraße Oldesloe–Segeberg war seine Druckerei untergebracht. 1561 starb Menno Simons in seinem Dorf Wüstenfelde. Die Dörfer wurden im Dreißigjährigen Krieg zerstört und aufgegeben. In der sich anschließenden Aussprache wurde über die Mennoniten in der Heimat gesprochen. Geburtstagskinder des Monats waren: Ulrich Klemens, Hildegard Neppessen und Karla Baltrusch.

Flensburg – Sonnabend, 10. August, 11 Uhr, Kirche St. Nikolai: **Orgelkonzert** zur Marktzeit. Anschließend Kirchenführung und gemeinsames Mittagessen.

THÜRINGEN

Vors.: Edeltraut Dietel, August-Bebel-Straße 8 b, 07980 Berga an der Elster, Tel. (036623) 25265.

Mülhausen – Montag, 12. August, 14 Uhr, Volkssolidarität: Treffen der Heimatgruppe Königsberg.

Schmalkalden – Donnerstag, 8. August, 14 Uhr, Seniorenclub der Volkssolidarität, Rötweg 6: Heimatnachmittag der Kreisgruppe „Immanuel Kant“ im BdV RV Schmalkalden.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben

BARTENSTEIN

Kreisvertreter: Christian v. der Groeben, Ringstraße 45, 97950 Großrinderfeld, Telefon (09349) 929252, Fax (09349) 929253, E-Mail: csgroeben@ gmx.de.

Sitzung des erweiterten Vorstands

Der erweiterte Vorstand der HKG traf sich zu einer zweitägigen Sitzung in Nienburg, um Antworten zu finden auf die drängende Frage: Wie geht es mit unserer Heimatkreisgemeinschaft weiter? Unsere Leser, Mitglieder und Spender werden weniger. Haben wir angesichts dieser Entwicklung noch eine Zukunft oder müssen wir über kurz oder lang unsere Heimatkreisgemeinschaft abwickeln? Das Ergebnis dieser Diskussion: Wir wollen alles in unserer Macht stehende tun, unsere Heimatkreisgemeinschaft am Leben zu erhalten, vielleicht sogar mit neuem Leben zu erfüllen. Unser jährliches Treffen soll weiterhin alle zusammenführen, die an diesem Austausch der Erinnerungen festhalten. Unsere Leser sollen in „Unser Bartenstein“ die Nachrichten aus der Heimat erhalten, die sie interessieren, und in den Familiennachrichten die Verbindung mit ihren Freunden aufrecht erhalten. Wir wollen, wenn genügend Interesse vorliegt, versuchen, im kommenden Jahr noch eine Reise in den russischen und den polnischen Teil zu organisieren. Wir wollen durch einen reich bebilderten „Gang durch Bartenstein“ im geplanten Heimatmuseum im Heilsberger Tor den heutigen Bewohnern das Bild der Stadt vor dem Krieg zeigen und auch den deutschen Besuchern die vertrauten Straßen noch einmal vor Augen führen. Neben den Treffen und unserem Heimatblatt wollen wir versuchen, durch die neuen Medien auch neue Interessenten zu gewinnen. Den Hinweis auf unseren Internet-Auftritt hkg-bartenstein.de sollten Sie an die weitergeben, die „Unser Bartenstein“ immer noch nicht kennen. Durch die häufige Präsenz unserer Heimatfreunde im heutigen Kreis Bartenstein wollen wir den Kontakt zur Deutschen Minderheit erhalten und vertiefen und auch mit den Verwaltungen der Städte und Gemeinden auf der polnischen und russischen Seite in offenem und konstruktivem Gespräch bleiben. Auch das ist Dienst an unserer Heimat. In anderen Heimatkreisen gibt es wegen des Schwundes an Mitgliedern ähnliche Probleme. Vielleicht gibt es Wege, diese Aufgaben gemeinsam anzugehen. Wir wollen das mit unseren Nachbarn Gerdauen und Pr. Eylau prüfen. Wichtig ist, dass unsere Mitglieder und Leser uns bei all diesen Aufgaben unterstützen, mit Beiträgen, Vorschlägen, Spenden und einer regen Beteiligung an unseren Aktivitäten.

KÖNIGSBERG LAND

Kreisvertreterin: Gisela Broschei, Bleichgrabenstraße 91, 41063 Mönchengladbach, Telefon (02161) 895677, Fax (02161) 87724. Geschäftsstelle: Im Preußen-Museum, Simeonsplatz 12, 32427 Minden, Telefon (0571) 46297, Mi. Sa. u. So. 18-20 Uhr.

Kreistreffen mit Wahl am 19./20. Oktober

Liebe Landsleute aus dem Heimatkreis Landkreis Königsberg, unser nächstes Kreistreffen mit Wahl zum Heimatkreisausschuss findet nunmehr am Sonnabend, 19./Sonntag, 20. Oktober, in Minden, im Preußen-Museum, Simeonsplatz 12, 32427 Minden statt. Wir laden Sie, Ihre Familien und Freunde herzlich ein, nach Minden zu kommen. Tagesordnung der Vollversammlung ist folgende: Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung der Vollversammlung. Tätigkeitsbericht der Kreisvertreterin, Neuwahl der Mitglieder zum Kreisausschuss der Heimatkreisgemeinschaft Landkreis Königsberg (Pr) e.V. Verschiedenes. Wir bitten um zahlreiches und pünktliches Erscheinen. Sollten Sie an dem Treffen und daher an der Wahl nicht persönlich teilnehmen können, so können Sie durch Briefwahl Ihre Stimme abgeben. Die Unterlagen für die Briefwahl werden Ihnen zugesandt. Sollte das nicht der Fall sein, so wenden Sie sich bitte an die Geschäftsstelle, Telefon (0571) 46297. Lesen Sie bitte alles genau durch und beteiligen Sie sich bitte an der Wahl, beziehungsweise Briefwahl (die Briefe für die Briefwahl müssen bis zum 16. Oktober bei der Heimatkreisgemeinschaft eingegangen sein). Sie bekunden durch Ihr Kommen oder Ihre Wahl Ihr Interesse an der Arbeit der Heimatkreisgemeinschaft, worauf wir sehr angewiesen sind. Wir haben uns bemüht, ein interessantes Programm zusammenzustellen, in dem neben aktuellen Fragen, die unsere Heimat betreffen, auch Zeit für Unterhaltung und Vergnügen vorgesehen ist. Für viele dürften die Fotoalben, die nunmehr für alle Ortsgemeinschaften und Kirchengemeinden fertiggestellt sind, von Interesse sein. Das gilt auch für die DVDs unserer Heimatdörfer, die Sie an der Tagungsstätte einsehen, aber auch käuflich erwerben können. Auch ein Gang durch unser Samland-Museum ist zu empfehlen. Besonders hervorheben möchten wir, dass Dr. Timo Ibsen, der bekannt ist durch seine Reportagen im Fernsehen (Terra X), am Sonnabend, 29. Oktober, um 16 Uhr einen aktuellen und interessanten Diavortrag halten wird. Er hat in den letzten Jahren mehrfach Ausgrabungen in unserem heimatlichen Gebiet vorgenommen und wird auch über die besonderen Bedingungen bei seiner Tätigkeit sowie die Gegebenheiten an der Bernsteinküste berichten. Wir weisen daraufhin, dass im Preußen-Museum die Veranstaltung mit Dr. Ibsen und die Wahl, und im Hotel Holiday Inn Abendessen und heimatliche Abendveranstaltung stattfinden werden. Ich kann nur hoffen, dass viele Landsleute den Weg nach Minden finden werden – keiner weiß, wie lange das noch möglich ist – und dass wir eine schöne heimatliche Veranstaltung erleben werden. Bis auf ein Wiedersehen in Minden.

LYCK

Kreisvertreter: Gerd Bandilla, St. Agnes-Straße 6, 50374 Erftstadt-Friesheim. Stellvertreter und Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Ergebnis der Kreistagswahl 2013

Nach der geänderten Satzung der Kreisgemeinschaft gehören dem Kreistag 15 Mitglieder an. Die in diesem Jahr turnusmäßig durchgeführte Kreistagswahl hatte folgendes Ergebnis. Gewählt wurden: 1. Klaus Behrendt (Lyck), 2. Armin Bellmann (Frauenfließ), 3. Siegmar Czerwinski (Andreken), 4. Dieter Czudnochowski (Morgengrund), 5. Reinhard Donder (Kalkofen), 6. Günter Donder (Stettenbach), 7. Horst Kühn (Lyck), 8. Dr. Hartmut Kondoch (Grabnick), 9. Eva Laskowski (Kelchendorf), 10. Heidi Mader (Stradaunen), 11. Wilhelm Norra (Sareiken), 12. Herbert Schneider (Fließdorf), 13. Dieter Vogel (Lindenfließ), 14. Klaus Walter (Scharfenrade), 15. Bärbel Wiesensee (Mostolten). – Die konstituierende Sitzung des Kreistages wird am Sonnabend, 31. August, 14 Uhr, im Sitzungssaal des Rathauses der Stadt Hagen stattfinden.

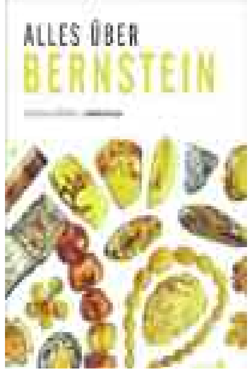
RASTENBURG

Kreisvertreter: Hubertus Hilgendorff, Tel. (04381) 4366, Dorfstr. 22, 24327 Flehm. Gst.: Patenschaft Rastenburg: Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (0281) 26950.

57. Hauptkreistreffen

Am Sonnabend, 17. und Sonntag, 18. August findet in Wesel das 57. Hauptkreistreffen der Heimat-

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 18



Wissenswertes über Bernstein

Gefragter Experte teilt in opulentem Bildband sein Wissen mit

Seit Jahrtausenden ist Bernstein (mineralogische Bezeichnung: Succinit) ein überaus beliebter und begehrter Schmuck- und Heilstein. Die elektrostatischen Eigenschaften des Bernsteins wurden schon in der Antike beschrieben. An Naturbernstein fasziniert das breite Spektrum seiner Farben, bei denen Gelb und Braun dominieren, sowie der Formen und der Konsistenz des Materials; ferner die hohe Lichtbrechung und nicht zuletzt der Glanz, der durch die Politur des fossilen Harzes entsteht. Im Namen (mittelniederdeutsch Börnsteen) steckt der Hinweis auf die Brennbarkeit des Materials, was in der Vergangenheit wegen des dabei entstehenden aromatischen Geruchs von Bedeutung war. Auf der Suche nach einem neuen Hobby wandten sich der Biologielehrer Carsten Gröhn und seine Frau Jutta vor 20 Jahren dem Bernsteinsammeln zu. Sie suchten bedeutende Fundorte auf, knüpften Kontakte zu anderen Sammlern und Wissenschaftlern und archivierten Fakten über den Bernstein und sein weltweites Vorkommen. Längst ist Carsten Gröhn selbst ein gefragter Ansprechpartner in Sachen Bernstein, und seine Webseite www.ambertop.de erfreut sich großer Beliebtheit. Nun hat er einen großformatigen Text- und Bildband mit dem Titel „Alles über Bernstein“ veröffentlicht, der auf der Basis seines riesigen Erfahrungsschatzes entstanden ist. Damit möchte Gröhn nicht nur Sammlern und Kennern Tipps und Informationen, einschließlich neuester Forschungsergebnisse, vermitteln, sondern auch Leser erreichen, die an Mineralien interessiert sind. Der Band ist mit zahlreichen, teils großformatigen Farbfotografien ausgestattet, die überwiegend vom Autor selbst stammen, darunter Aufnahmen von Objekten aus Bernstein aus aller Welt. Dass dieses Naturmaterial gar nicht so selten ist wie allgemein angenommen, dürfte manchen überraschen.

> Schwerpunkt liegt auf Wissenschaftlichem

Für diejenigen, die zum Auftakt eine kulturgeschichtliche Darstellung erwarten, könnte die inhaltliche Gliederung eine Hürde darstellen. Wer darauf hofft, kommt kaum auf seine Kosten. Der Blick des Autors richtet sich schwerpunktmäßig auf die naturwissenschaftlichen Aspekte, die, nicht erschöpfend behandelt werden können. Im ersten Kapitel mit der Überschrift „Herkunft, Entstehung und Umlagerung des Bernsteins – Wie und warum finde ich wo Bernstein?“ wird die Entstehung und Umlagerung des Baltischen Bernsteins erläutert. Eine der weltweit bedeutendsten Fundstätten ist der Nordwestteil des Samlands, wo die Erde einen Gehalt von ein bis zwei Kilogramm Bernstein pro Quadratmeter enthält.

Antworten auf die häufigsten Fragen findet man verstreut, zum Beispiel das „Rezept“ für den Echtheitstest und eine Erklärung für farbliche Veränderungen, die im Laufe der Jahre auftreten: „Ein rein weißer Bernstein bekommt nach einigen Jahren eine Patina. Ein milchig-gelber Bernstein wird dunkler und rotbrauner. Die UV-Strahlung verändert die Zusammensetzung des Bernsteins und lässt ihn spröde werden.“ Zu den modernen Mythen gehört das Bernsteinzimmer, das man auch als „das achte Weltwunder“ bezeichnet. Die seit 1706 in Berlin angefertigte kostbare Wandvertäfelung aus Bernstein befand sich nach seiner Schenkung durch Friedrich Wilhelm I. an Zar Peter den Großen über 200 Jahre im Katharinenpalast der russischen Zaren in Zarskoje Selo. Während des Zweiten Weltkriegs transportierte die Wehrmacht den Kunstschatz nach Königsberg, wo das Bernsteinzimmer seit November 1941 im Schlossmuseum ausgestellt war. Im Herbst 1944, kurz vor dem Einmarsch der Russen in Ostpreußen, soll der überwiegende Teil im Keller eingelagert und wenig später während des Bombenkrieges vernichtet worden sein. Eine Rekonstruktion wird seit 2003 im Katharinenpalast von St. Petersburg gezeigt. Eine doppelte Bildseite und einige Einzelaufnahmen vermitteln eine Ahnung von dem überwältigenden Eindruck, der sich den Besuchern des Bernsteinzimmers heute wieder einprägt.

Dagmar Jestrzemski

Carsten Gröhn: „Alles über Bernstein“, *DruckZentrum Neumünster, Neumünster 2013, gebunden, 207 Seiten, 29,90 Euro*

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 17

kreisgemeinschaft statt. **Programm:** Sonnabend, 17. August: 9.30 Uhr Abfahrt mit dem Bus ab Hotel Kaiserhof zum Friedhof, 10 Uhr Kranzniederlegung auf dem Friedhof in Wesel an der „Trauernden Vesalia“, Caspar-Baur-Straße, 10.30 Uhr Kranzniederlegung am Ehrenmal an der Schillkaserne in Wesel und Besichtigung der Traditionsstube, 13.45 Uhr Abfahrt mit dem Bus ab Hotel Kaiserhof zum Kreishaus, 14.30 Uhr Ausstellung zur „Geschichte der Stadt Rastenburg“ durch das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen im Foyer des Kreishauses Wesel, Reeser Landstraße 31, 19 Uhr Geselliges und gemütliches Beisammensein sowie Ehrung einiger Landsleute in der Niederrheinhalle, Wesel. Sonntag, 18. August: ab 9 Uhr Hauptkreistreffen in der Niederrheinhalle zu Wesel, 9.30 Uhr Evangelischer Gottesdienst in der Gnadenkirche, Wackenbrucher Straße 82, 10 Uhr Katholischer Gottesdienst in der Kirche Mariä Himmelfahrt, 14.30 Uhr offizieller Teil des Hauptkreistreffens mit Großem Zapfenstreich, ab 16.30 Uhr Geselliges Beisammensein.

SCHLOSSBERG (PILLKALLEN)

Kreisvertreter: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale. Geschäftsstelle: Renate Wiese, Tel. (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe).

Bericht des Wahlleiters

Nach Paragraf 8 der Satzung der Kreisgemeinschaft Schloßberg war eine Neuwahl der Mitglieder des Kreistages erforderlich. Alle Gewählten haben sich bereit erklärt, das Amt anzunehmen und satzungsgemäße Aufgaben zu übernehmen. Die gewählten Mitglieder des neuen Kreistages ab Juli 2013 sind in alphabetischer Reihenfolge: Helga Anders, Helmstedt; Helmut Büttner, Stelle; Ursula Gehm, Schwäbisch-Hall; Hella Giesler, Siegen; Peter Gnaudschun, Oberhausen; Michael Gründling, Halle; Christian-Jörg Heidenreich, Kremperheide; Heinz-Günter Hubert, Winsen (Luhe); Manfred Kalcher, Köln; Hans Kasimir, Hamm; Martin Kunst, Ganderkesee; Dr. Barbara Loeffke, Häcklingen; Joachim Löwe, Mittweida; Norbert Schattauer, Osterwanna; Tanja Schröder, Hamburg; Dr. Karsten Uffhausen, Lüneburg. In der öffentlichen Kreistagssitzung am 12. Juli 2013 wurden nach den Paragrafen 9, 12 und 13 der Satzung, aus den Reihen der Mitglieder des neuen Kreistages gewählt: der Kreisvertreter, seine beiden Stellvertreter, der Schatzmeister und drei Beiräte als Kreisausschuss, sowie zwei Revisoren mit Stellvertretern. Vorsitzender: Michael Gründling; 1. Stellvertreter: Joachim Löwe; 2. Stellvertreter: Ch. Jörg Heidenreich. Schatzmeister: Heinz-Günter Hubert. Beiräte: Helmut Büttner, Ursula Gehm, Norbert Schattauer. Revisoren: Helga Anders, Dr. Karsten Uffhausen. Stellvertretende Revisoren: Dr. Barbara Loeffke, Tanja Schröder. Der Wahlleiter: Peter Gnaudschun.

TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Eva Lüders, Telefon/Fax (04342) 5335, Kührenerstraße 1 b, 24211 Preetz, E-Mail: Eva.lueders @ arcor.de.

Ein ungwöhnliches Museum

In Breitenstein [Uljanowo] findet der Besucher ein ungewöhnliches Museum. Es ist im Schulgebäude untergebracht und wird von Jurij Userzow betreut, der in Personalunion auch Direktor der Schule ist. Dieser lässt sich in



kein Schema pressen. In seinem Kabinett hängt ein Leninportrait, gleichzeitig pflegt er ostpreußische Traditionen. Dem Besucher fällt gleich im ersten Raum auf, dass sich Gegenstände aus dem deutschen und russischen Alltagsleben sehr nah beieinander befinden. Für Jurij Userzow



Passt in kein Schema: Schuldirektor Jurij Userzow Bild: privat

macht es keinen Sinn, diese zu trennen, da in Ostpreußen schon immer mehrere Kulturen unter einem Himmel vereint worden seien. Ein weiterer Blickfang ist die Flaschensammlung. Neben dem ostpreußischen Bärenfang, Pillkaller, Meschkinnes und Lorbass stehen russische Kognak-, Bier- und Wodkaflaschen. Ein weiterer Raum ist der Geschichte des zweiten Weltkrieges gewidmet. Hier liegen Splitter einer Fliegerbombe, Waffen und Stahlhelme. Auch Familienforscher werden in diesem Museum fündig. Im Laufe von mehr als 30 Jahren wurden Mappen und Ordner zu den ostpreußischen Dörfern und Ortschaften erstellt. Die Materialien werden durch die Lebensgeschichten der Museumsbesucher, ihre Fotos und Erinnerungen ergänzt. Diese haben schon vielen Besuchern geholfen, ihre Kindheitsfreunde oder Verwandte zu finden. Juri Userzow bittet jeden Besucher seine ganz persönlichen Erinnerungen an Ostpreußen aufzuschreiben und an das Museum zu schicken. Da auf diese Weise ständig neue Exponate hinzukommen, braucht das Museum viel mehr Platz. Leider sind bisher jedoch alle Verhandlungen mit der Kreisverwaltung über weitere Räume gescheitert. Die Internetseite www.kaliningrad-domizil.ru hat dem Museum eine Fotogalerie mit über 30 Bildern gewidmet.

TREUBURG

Kreisvertreterin: Ingrid Meyer-Huwe, Heinrich-Heine-Straße 51, 30173 Hannover, Telefon/Fax (0511) 884928, E-Mail: eusebius@ kabelmail.de. Stellvertreter: Siegfried Schmidtke, Marienweg 31, 50858 Köln, Telefon (02234) 996441, schmidtke@ ub-com.de. Geschäftsführer: Mattias Lask, Amselweg 51, 44822 Mettmann, Telefon (0211) 1699118, mlask@ online.de. Präsidentin der Kreisgmeinschaft: Irmgard Klink, Schlehdornweg 30, 47647 Kerken, Telefon (02833) 3984, iklink@ gmx.de. Ansprechpartnerin in Ostpreußen: Hannelore Muraczewska, Wisniowa 1, PL 19-400 Olecko, Telefon (0048) 875 20-3180.

Kirchspieltreffen Herzogskirchen

Das diesjährige Treffen der Heimatfreunde des Kirchspiels Herzogskirchen findet von Freitag, 9. bis Sonntag, 11. August im Hotel zur Insel in Werder (Havel) statt. Am Freitag, nach einem gemeinsamen Abendessen, findet sich die Zeit für Begegnungen und Gespräche. Nach der Feierstunde am Sonnabend steht das Treffen ganz im Zeichen der brandenburgischen Landeshauptstadt Potsdam, die in vielen Jahrhunderten durch die preußischen Könige geprägt und gestaltet wurde. Neben einer Schiffsfahrt auf der Havel stehen eine Stadtrundfahrt im historischen Potsdam und ein Parkspaziergang im Neuen Garten mit Außenbesichtigung des Kronprinzenschlosses Cecilienhof auf dem Programm. Nach einem gemeinsamen Abendessen klingt der Abend mit musikalischer Umrahmung aus. Am Sonntag ist ein Stadtrundgang durch Werder (Havel) mit dem Heimatfreund Willi Becker geplant. Interessierte können sich beim Heimatfreund Ronny Haase unter der Rufnummer (033731) 10394 informieren und anmelden.

Zu Ihrem diesjährigen Treffen wünsche ich Ihnen gutes Gelingen mit der neuen Organisation und nicht mehr in Celle. Sicher werden es schöne und interessante Tage werden. In heimatlicher Verbundenheit, Ihre

Ingrid Meyer-Huwe

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

Immer für alle da

Kulturpreis der Sudeten ging an Ostpreußin

Margarete Beyer ist am 1. August bereits 28 Jahre im „Haus der Heimat“ in Kiel für ihre ostpreußischen Landsleute tätig, und es ist bewundernswert, dass sie bis heute die Geschicke dieses Hauses als Geschäftsführerin vorbildlich in ihren Händen hält und den immensen Anforderungen in diesem Haus stets gewachsen ist.



Preisträgerin Margarete Beyer (r.) Bild: privat

Ende vergangenen Jahres wurde die Geschäftsführerin Margarete Beyer mit dem 16. Kulturpreis des Sudetendeutschen Kulturwerkes ausgezeichnet wurde. Damit ging zum zweiten Mal seit 30 Jahren der Kulturpreis des Sudetendeutschen Kulturwerkes wieder an eine Frau. Alle zwei Jahre wird diese Auszeichnung an einen außergewöhnlichen Menschen verliehen.

> Seit 28 Jahren ehrenamtlich in Kiel tätig

Margarete Beyer kam 1978 aus Calsen in Westpreußen im Zuge der Familienzusammenführung nach Kiel. Als Übersetzerin für Polnisch und Russisch wurde sie schnell unentbehrlich. Im Verband der Heimatvertriebenen war sie dann später Beraterin für Spätaussiedler. Als Geschäftsführerin des Verbandes der Heimatvertriebenen in Kiel und als Geschäftsführerin der Landsmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe Schleswig-Holstein, begleitete sie die jeweiligen Vorsitzenden der einzelnen Gruppen mit Einfühlsamkeit und Weitblick und das Wohl aller lag ihr immer am Herzen. Legendär sind ihre kulturellen Veranstaltungen – vor allem in der Weihnachtszeit mit vielen Kindern, die nie mit leeren Händen nach Hause gingen. Alle Landsmannschaften im „Haus der Heimat“ und die Ostpreußenhilfsgemeinschaft konnten stets mit ihrer Hilfe und Unterstützung rechnen und nicht zu vergessen ist ihr Verhandlungsgeschick mit Vertretern der Stadt Kiel.

„Wir sind dankbar, eine Frau wie Margarete Beyer als Verwalterin zu haben, ohne deren Wirken die Kieler Gemeinschaft in ihrer heutigen Form kaum mehr bestehen würde“ sagten Erwin Patzelt und die Vorsitzende des Kulturwerkes, Marion Baumgartl, bei der Verleihung des 16. Kulturpreises und drückten damit der Preisträgerin ihren Dank aus.

Auch die Verfasserin schließt sich diesen Dankesworten an, denn sollte Margarete Beyer, die am 23. September dieses Jahres 85 Jahre alt wird, einmal nicht mehr in der Lage sein, diese Arbeit weiter zu führen, wird auch das „Haus der Heimat“ in Kiel für alle keine Heimat mehr sein.

Regina Gronau

Alles nur geschönt

Alte Aufnahmen faszinieren mehr als neue

Zum 75. Geburtstag gab es den neuesten Bildband über die Heimat. Auf Hochglanzkarton strahlen Ruinen wie Kostbarkeiten in einem Licht, das außerirdisch zu sein scheint. Fremdgefühl stellt sich ein. Was soll hier bewundert werden? Das Können der „Hightech“-Kamera oder die Sichtweise des Knipsers? Damit kann man keinem alten Ostpreußen imponieren. Da hat das alte Album mit seinen Schwarz-Weiß-Aufnahmen ein ganz anderes Gewicht, auch wenn einige davon unscharf sind. Aber vielleicht sind gerade das die interessantesten. Alle noch vor der Ruinenzeit aufgenommen. Wie aussagekräftig sie sind! Sofort taucht man in das damalige Leben ein. Da sitzen welche vorm Krug, man sieht Anwesen, Gutshöfe, auch Schlösser. Man sieht die gegen „Deputat“ arbeitenden Leute. Auf einem Foto ist ein Feierabendhaus abgebildet. Davor alte Leute, die von einer Schwester betreut werden. „Fortschrittlich“ wird dies Altersheim für damalige Zeit genannt. War es sicherlich auch.

„Hauptsache kein Passlack sein“, pflegte die Großmutter zu sagen, mit einem gewissen Stolz in der Stimme. Wer von uns wurde schon im Schloss geboren? Oder in der Kutsche zur Schule gefahren und vom Kutscher wieder abgeholt?

Auf einem Bild sieht man Kinder am Fluß. Überhaupt die Kinder, für die das Leben aus den Jahreszeiten mit ihren Festen und Freuden bestand. Ferien, die Freiheit von der Schule brachten, Freizeit, die aber erst verdient werden musste: Melde und Brennesseln für die Schweine im großen Garten suchen, frisches Gras und Löwenzahn für die Kaninchen, Entenflot vom Fluß holen, Ähren sammeln und Beeren, Tiere hüten.

Am späten Nachmittag, wenn die Gefahr des Fremdlegens der Eier nicht mehr bestand, ließen alle Anlieger das Federvieh aus den Gehegen auf den großen Platz. Einige hundert Stück waren es bestimmt, die sich da mischten unten den Bäumen an der Pumpe. Und jeden Abend geschah das Wunder, dass, wenn sie gerufen wurden, jedes Tier das „Putt, putt, putt“ seiner Hausfrau erkannte, und spornstreichs flatternd und stakend durchs Kraut strebte, um sich auf die gestreuten Körner zu stürzen. Jedes wusste, wo seine Stange war, und wo es die Nacht verbringen würde. Ein Wunder.

Längst ist das alles vergangen und nur diejenigen erinnern sich noch, die damals Kinder waren. Die anderen sind eben nur noch auf Fotos präsent. Die Kinder sind wir, wir wissen noch von der Fülle, die im einfachen Leben lag. „Noch denket, dass mir wohl ...“, sagt Hölderlin in einem seiner späten Gedichte. So ist das auch mit uns. Beim Erinnern ist uns wohl, auch wenn manches, wie auf den Hochglanzfotos, geschönt scheint.

Heimat erst nach dem Krieg erforscht

Die Aufnahme von der „Heiligen Linde“ geht über zwei Seiten, im Abendlicht aufgenommen. Welch ein Bild! Wir, die wir kaum 20 Kilometer von ihr entfernt wohnten, ahnten nicht einmal von ihrer Existenz. Wie leicht wäre man mit dem Rad dorthin gekommen. Auch auf der Krutinna wurden wir nicht gestakt. Masuren, zum Land der „Seensucht“ geworden, lag gleich um die Ecke und blieb uns ebenfalls verschlossen. Das alles war so nebelhaft für uns Kinder wie die „weißen Flecken“ auf der Landkarte, die in der Schule an der Wand hing, und von denen es hieß, sie seien unerforscht. Erforscht haben wir unsere Heimat erst nach dem Krieg. Auch wenn man kein Passlack war, zum Vergnügen reiste man nicht. Vielleicht wollten wir deshalb alle Forscher werden. Schön zu wissen, dass es das alles gab und noch gibt. *Christel Bethke*

Die Erinnerung beleben

Kreisgemeinschaft Goldap initiierte Gedenksteinaufstellung in Gawaiten

Die Kreisgemeinschaft Goldap Ostpreußen e.V. hat in Gawaiten, Kreis Goldap, bei der Aufstellung eines Gedenkstein für die älteste Kirche des Kreises mitgewirkt. Bei der feierlichen Enthüllung am 12. Juli waren der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen und Goldaper Kreisvertreters Stephan Grigat, der Darkehmer Landrat Viktor Pusyrewskij und Ortsbürgermeister Sergej Semjonow sowie der Königsberger Evangelisch-lutherische Propst Thomas Vieweg anwesend.



Nach der feierlichen Enthüllung: Propst Thomas Vieweg, Landrat Viktor Pusyrewskij, LO-Sprecher und Kreisvertreter Stephan Grigat, Bürgermeister Sergej Semjonow (v.l.n.r.) Bild: privat

Auch heute ist noch leicht erkennbar, wo in Gawaiten die Kirche stand. Mitten im Ort führen einige Stufen auf eine grasbewachsene, baumbestandene Fläche. Hier stand die älteste Kirche im Kreis Goldap, umgeben von dem dazu gehörenden Friedhof,

Nach einer wechselvollen Geschichte blieb sie in den Kriegen unversehrt, wurde aber 1976 abgerissen, obgleich sie kunst-, kirchen- und regionalgeschichtlich bedeutsam war. Jetzt erinnert ein von der Kreisgemeinschaft Goldap errichteter Gedenkstein an dieses Kulturgut.

Wesentliches Verdienst an der Errichtung des Gedenksteines hat Siegfried Hoefer, der 2010 Kreisausschussmitglied der Kreisgemeinschaft wurde und die Verantwortung für den heute russischen Teil des Kreises Goldap übernahm. Schon bald begann er damit, die Idee, mit einem Gedenkstein in Gawaiten an die Kirche zu erinnern, in die Tat umzusetzen. Im Herbst 2012 machte er „Nägel mit Köpfen“. In Gawaiten suchte Hoefer gemeinsam mit Tatjana Iljenko, der Ansprechpartnerin aus der russlanddeutschen Volksgruppe, den örtlichen Bürgermeister Semjonow auf. Im Bürgermeister fand er einen aufgeschlossenen und unbürokratisch agierenden Gesprächspartner, der dem Vorhaben sogleich ohne Vorbehalte zustimmte.

Bürgermeister und Landrat zögerten keinen Augenblick

Dies war ein Entgegenkommen, das der Beauftragte der Kreisgemeinschaft Goldap so zunächst gar nicht erwartet hatte. Semjonow blieb auch beim zweiten Gespräch im Mai 2013 bei seinem uneingeschränkten Ja zum Gedenkstein für die Kirche.

Nun konnte die Suche nach einem Steinmetz, einem Stein und nach dem geeigneten Standort auf dem ehemaligen Kirchplatz starten. Es wurde ein Fachmann in Gumbinnen gefunden, der eine Platte mit Inschrift und Bild der Kirche schuf und auf einen Findling montierte.

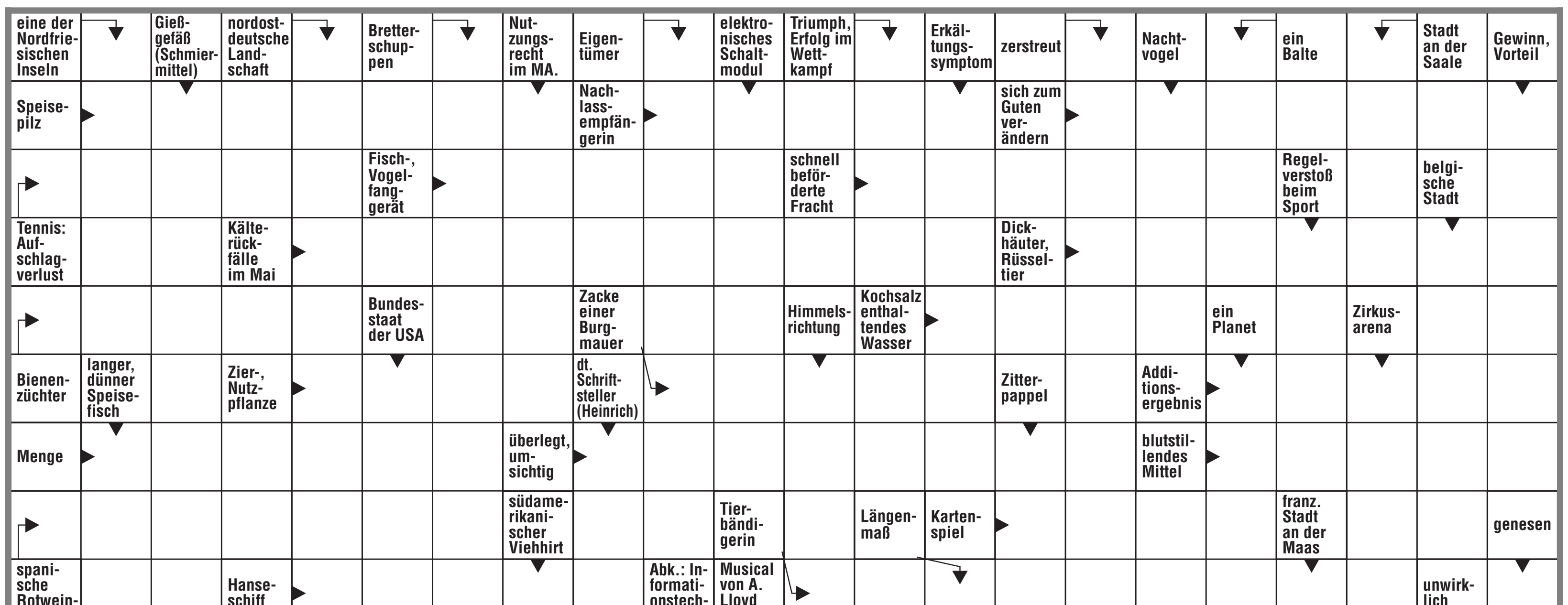
„Mehr als 400 Jahre stand hier die Kirche von Gawaiten, die älteste Kirche im Kreis Goldap / Ostpreußen“ steht in Deutsch und Russisch auf dem Gedenkstein.

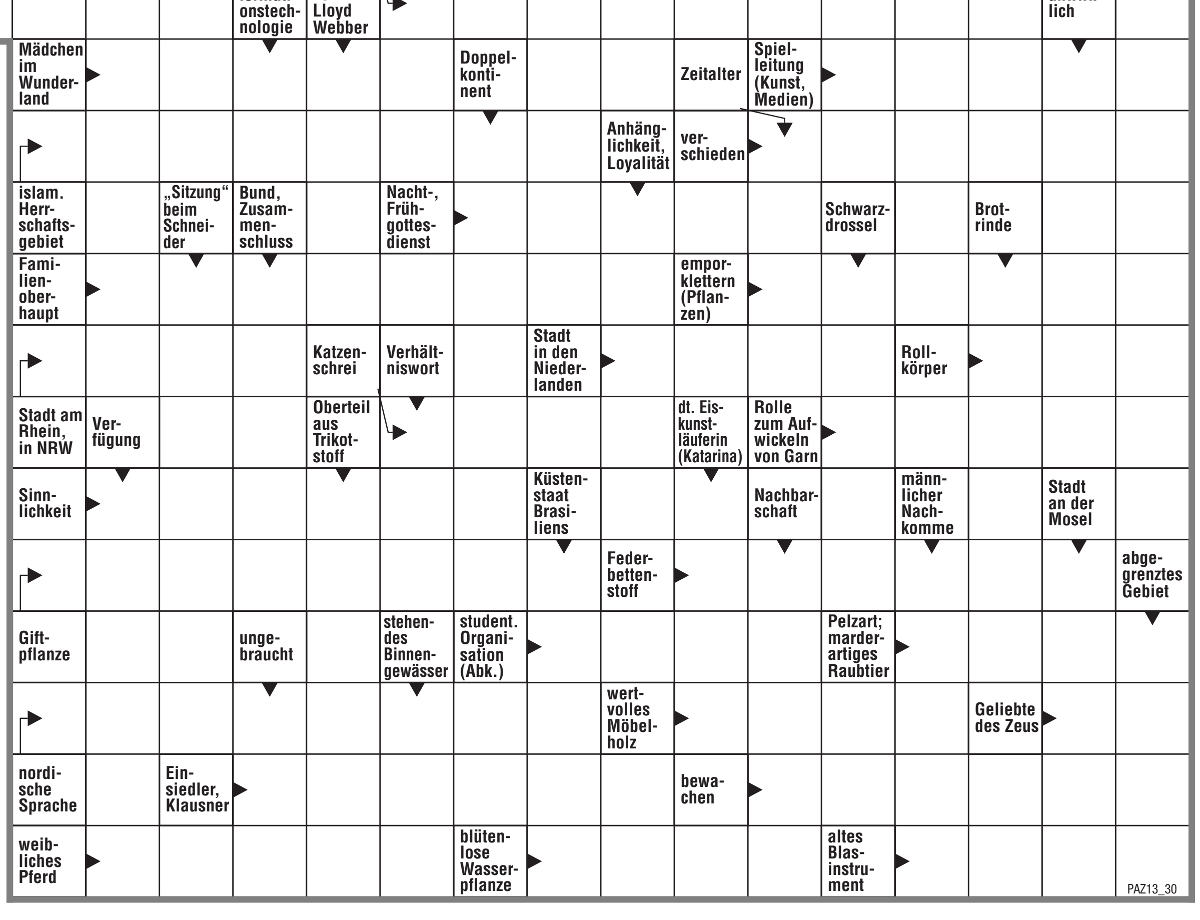
Kreisvertreter Grigat lenkte in seiner Ansprache die Aufmerksamkeit auf die Geschichte der Kirche, des Kirchspiels Gawaiten und der damals hier lebenden Menschen. Im Jahre 1550 erbaut, war sie die erste Kirche im späteren Kreis Goldap. „Die Mitglieder der Kreisgemeinschaft Goldap kommen nicht hierher, um etwas zu fordern, sondern um etwas zu geben und ihr Wissen, ihre Erinnerung und ihre sonstigen Möglichkeiten einzusetzen“, so Stephan Grigat.

Landrat und Ortsbürgermeister machten in ihren Grußworten deutlich, dass es 70 Jahre nach Kriegsende an der Zeit sei, an die geschichtliche Entwicklung zu erinnern. Beide freuten sich, an dieser Veranstaltung teilnehmen zu können.

Propst Vieweg las zunächst aus dem 23. Psalm „Der Herr ist mein Hirte“, bevor er den von Hoefer und Iljenko enthüllten Stein segnete. Musikalisch wurde die Feierstunde durch ein Flötentrio begleitet, das aus der Ehefrau des Propstes, Monika Vieweg, und zwei ihrer früheren Flötenschülerinnen, Clara und Marie Becker aus der Pfalz, bestand. Der Propst selbst ließ es sich nicht nehmen, das Trio zeitweise auf der Gitarre zu begleiten.

Die Feierstunde endete mit dem gemeinsam sowohl auf Russisch als auch auf Deutsch gebeteten Vaterunser. Auf Einladung der Kirchengemeindemitglieder aus Gawaiten und Pabbeln fanden sich zum Abschluss alle Teilnehmer im Kulturhaus (vor dem Krieg war dort die Gastwirtschaft des Ortes) ein, um den Nachmittag mit einer gemütlichen Kaffeerunde ausklingen zu lassen. *EB*



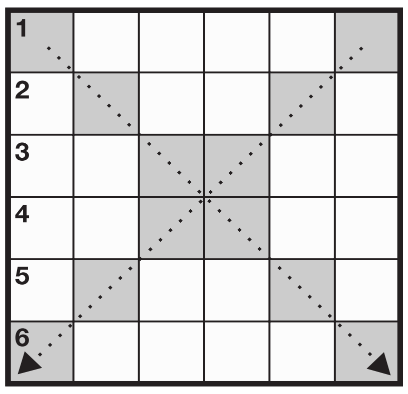


Sudoku

4		1			6	5		
		3	5	1	7			8
		6						9
1					2			
6		4				9		3
			8					4
2						3		
3			6	9	8	2		
		8	3			6		7

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



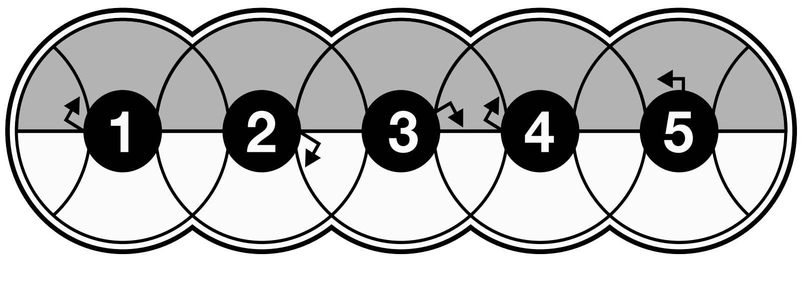
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, nennen die beiden Diagonalen zwei Geistliche.

1 Hausgeist
2 Räuber, Strauchdieb
3 südamerikanisches Lama
4 Geschäftsvermittler
5 Prachteingang
6 Körperorgan (Mehrzahl)

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein Satzzeichen.

1 Reizmittelzuführung (Sport), **2** Infektionskrankheit, **3** Fluss zum Frischen Haff, **4** Karthager, **5** englisch: Ritter



So ist's richtig:



Diagonalrätsel: 1. Kobold, 2. Bandit, 3. Alpaka, 4. Makler, 5. Portal, 6. Nieren – Kaplan, Diakon

Kreiskette: 1. Doping, 2. Grippe, 3. Pregel, 4. Punier, 5. knight – Doppelpunkt

Sudoku:

4	7	1	9	8	6	5	3	2
9	2	3	5	1	7	4	6	8
8	5	6	2	4	3	7	1	9
1	9	5	4	3	2	8	7	6
6	8	4	1	7	5	9	2	3
7	3	2	8	6	9	1	5	4
2	6	9	7	5	4	3	8	1
3	1	7	6	9	8	2	4	5
5	4	8	3	2	1	6	9	7

Eine Zeit zum Genießen

Landesgruppe Nordrhein-Westfalen feierte das 17. »Kleine Ostpreußentreffen« auf Schloss Burg

Das traditionelle „Kleine Ostpreußentreffen“, das in diesem Jahr am 14. Juli auf Schloss Burg bei Solingen stattgefunden hat, erwies sich erneut als idealer Treffpunkt zum Plachandern, Genießen und Gedenken.

„Ostpreußen atmet Geschichte – man spürt es immer noch und immer wieder, wenn man das Gebiet der ehemaligen preußischen Provinz besucht. Wenn man nicht dort sein kann, so bleibt die Erinnerung. Eine Erinnerung, wie sie viele von Ihnen haben – aus ganz persönlichem Erleben.“ Mit diesen Worten ermunterte der Festredner Gregor Golland die zahlreich erschienenen Besucher der Kulturveranstaltung auf Schloss Burg an der Wupper, ihr Wissen und ihre Erfahrungen an die jungen Leute weiterzugeben. Nur so könne sichergestellt werden – so der nordrhein-westfälische Landtagsabgeordnete weiter –, dass die Erinnerung an Ostpreußen in den Herzen und Köpfen nachfolgender Generationen bewahrt wird.

Der Einladung der Landsmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe Nordrhein-Westfalen, zur nunmehr 17. Kulturveranstaltung auf Schloss Burg an der Wupper folgten Mitte Juli dieses Jahres viele Landsleute und deren Familien, Ostpreußen-Freunde und Vertreter verschiedener Landsmannschaften sowie Persönlichkeiten des politischen und kulturellen Lebens in Nordrhein-Westfalen. Auf dem weitläufigen Plateau vor der „Gedenkstätte des Deutschen Ostens – Mahnmal der Vertreibung in Europa“ vor der beeindruckenden Kulisse des Schlosses gab es ein abwechslungsreiches Kulturprogramm. Zu Füßen vom Reiterstandbild des Heiligen Engelbert, Graf von Berg und Erzbischof von Köln, ging es bei eitel Sonnenschein bunt und auch besinnlich zu. Die Dabringhauser Musikanten boten unter der Leitung von Torben Krause ein schwungvolles Platzkonzert, das mit „Preußens Gloria“ eingeleitet wurde. Die Blasmusiker begleiteten übrigens auch das Kulturprogramm, bei dem unter anderem das „Ostpreußenlied“ und „Alte Kameraden“ zu Gehör gebracht wurden. Der „Bunte Reigen“ mit



Aufmerksame Zuhörer: Teilnehmer auf Schloss Burg Bild: D.G.

Tänzen und Liedern wurde von Bärbel Beutner betreut.

An mehreren Ständen konnten ostpreußische Spezialitäten probiert werden, darunter Mohnkuchen, „Bärenfang“ und „Pillkaller“. Nach mehrjähriger Abwesenheit hatte sich diesmal auch ein Bäcker eingefunden, der vor Ort traditionelle Brotspezialitäten aus dem Holzofen „zauberte“. Die Besucher wurden unter anderem von den Vertreterinnen der Landsmannschaft Ostpreußen, Kreisgruppe Remscheid, mit leckeren Kuchen verwöhnt. Die Damen ließen es sich auch diesmal nicht nehmen, sich in ihren schönen ostpreußischen Trachten mit Bernstein-Knöpfen zu präsentieren. Selbstverständlich trugen alle auch die typischen honiggelben Bernstein-Ketten. Der klare bis undurchsichtige gelbe Schmuck-stein aus fossilem Harz war übrigens an einem der Stände in all seiner Pracht zu sehen.

Zeit zum Plachandern, Stöbern und Probieren ostpreußischer Spezialitäten neben einem abwechslungsreichen bunten Programm

Interesse weckten auch die verschiedenen Publikationen, Landkarten, Postkarten, Videofilme,



Wurzeln in Ostpreußen: Gregor Golland (3.v.l.), will die Erinnerung an die Heimat seiner Eltern wachhalten Bild: LO-NRW

Musik-CDs und Wappen, die sich auf das „Land der dunklen Wälder“ bezogen.

Beim Bund Junges Ostpreußen (BJO) in der Landsmannschaft Ostpreußen konnten die Besucher die neuesten Ausgaben der Zeitschrift „Fritz“ einsehen und sich über die vielfältigen Tätigkeiten der Jugendlichen dies- und jenseits der Grenzen informieren.

Der offizielle Teil des Ostpreußentreffens stand diesmal unter dem Motto „Gerechtigkeit möge walten, damit die Welt nicht zugrunde gehe“. Das Zitat von Kaiser Ferdinand I. (1556–1564) fand sich wie ein roter Faden in den Grußworten und Ansprachen wieder. Da Jürgen Zauner, der Landesvorsitzende der Landsmannschaft Ostpreußen Nordrhein-Westfalen, aus gesundheitlichen Gründen nicht dabei sein konnte, eröffnete Ehrenfried Mathiak, der Ehrenvorsitzende der Landsmannschaft Ostpreußen Nordrhein-Westfalen, die Kundgebung. Besonders beeindrukkende Momente der Veranstaltung waren das Trompetensolo von Frank Braun, das Totengedenken mit Kranzniederlegung sowie das Läuten der Königsberger und Breslauer Glocken. Und als es im Rahmen der Kundgebung hieß „Unsere Jugend spricht“, wandte sich der BJO-Bundesvorsitzende Stefan Hein an die Besucher.

Der Höhepunkt des Programms war sicherlich für Veranstalter wie Teilnehmer der Festvortrag von Golland. Der Sohn ostpreußischer Eltern forderte die Vertreterinnen und Vertreter der „Erlebnisgeneration“ auf, über ihr Schicksal und das der Heimat zu sprechen. „Ostpreußen ist – wie auch andere ehemalige deutsche Ost- und Siedlungsgebiete – nicht nur ein wunderschönes Stück Natur, ein bezaubernder Landstrich, bei dem Gott ein besonders glückliches Händchen hatte, nein, es ist mehr“, betonte

Die Zukunft gehört dem Miteinander über Grenzen hinweg

Golland und setzte fort: „Es gilt heute mehr denn je, das Erinnern wachzuhalten und nicht die Deutungshoheit der Geschichte anderen zu überlassen. Wer von Ihnen möchte, dass sich die kommenden Generationen noch an Ostpreußen erinnern, der muss spätestens jetzt selber anfangen, davon zu sprechen. Tradition, Brauchtum und Gedenken zu pflegen bedeutet nicht, die kalte Asche weiterzugeben sondern das Feuer und die Flamme im Herzen der Nachfolgenden zu entzünden.“

Der 1974 in Brühl bei Köln geborene Redner blickt optimistisch in die Zukunft: „Wir können alte Zeiten nicht umkehren oder zurückholen, wir wollen das auch nicht. Die Jugend in Europa lebt fast überall in Frieden, Freiheit und Demokratie, die Zukunft gehört dem Miteinander über Ländergrenzen hinweg. Aus Feinden sind Freunde und Verbündete geworden.“ *Dieter Göllner*

Dem Volk aufs Maul geschaut

Felix Arndt, Pfarrer i. R. hat „Worte aus Ostpreußen“ in „3300 Wörter und Redensarten, damit nicht ganz vergessen wird, wie man in Ostpreußen schabbern konnte“, zusammengetragen. Die PAZ *setzt die Vokabeln in loser Folge mit Teil 13 fort:*

Bruch (langes „u“) = mooriges, mit Büschen bestandenes Gelände
Bruke = Kohlrübe
Brüllaffe = schreiendes Kind/Mann
brummen = im Gefängnis sitzen, inhaftiert sein
Brusbart = aufbrausender Mensch, Vollbart
Brust, einen zur Brust nehmen = einen Schnaps trinken
Bruusche = Beule am Kopf nach Sturz/Fall
bruzzeln = braten
Büx = Hose
Buck = Bauch
bubbern = vor Kälte/Angst zittern oder wackeln
Bucht = Bett oder Teil eines Stalls
bucksen = stoßen
Bufett = Geschirrschrank im Esszimmer
Buff = Stoß
buffsen = stoßen
buggern = mehrfach leicht anstoßen oder anbohren
Bul = Beule am Kopf
Bullbas = schreiendes Kind
Buller = Reuse zum Fischfang
Bullerloge = Stehplatz oder dritter Rang im Theater
bullrig = poltrig, laut
Bullerwagen = Polizeiwagen für Betrunkene
bullern = poltern, Krach machen, laut reden
bullig = sehr
bulstern, sich = Falten werfen, faltig werden
bulstrig = teilweise gewölbt (Wand/Fußboden etc.)
Bundchen = kleines Bündel
Burbel = Motorrad, eventuell Auto
Burbelies = unordentlicher Mensch
burbeln = undeutlich sprechen oder rumoren im Gedärm

Gefesselt von der Omega-Schleife

Vom Kardinal, der lieber in Besançon bleiben als ins Paradies eintreten will – Die Franche-Comté reizt zum Verweilen

Von Deutschland aus ist es nur ein Katzensprung in die Franche-Comté. Dank einer TGV-Direktverbindung kann man schnell mal auf ein Wochenende in der Region vorbeischauen, in der auch das französische Jura liegt.

Wo ist eigentlich die Stadt? Wer mit dem französischen Schnellzug TGV nach Besançon reist, sucht bei der Ankunft vergeblich nach urbanem Leben. Der Bahnhof, der eher einem Flughafenterminal gleicht, liegt mitten in der Wildnis der Franche-Comté. In die Freie Grafschaft, jener französischen Jura-Region zwischen Burgund und der Schweiz, hat uns für einige Tage unsere Freundin Claire eingeladen. Und hätte sie uns nicht am Bahnhof erwartet, wären wir dagestanden wie bestellt und nicht abgeholt.

Die ultramoderne Bahnstrecke, mit der man von Deutschland aus nun mit Tempo 200 schnell und bequem in das Herz der Franche-Comté reisen kann, ist erst seit Ende 2011 in Betrieb, erklärt uns Claire auf der Fahrt ins etwa zehn Kilometer entfernte Besançon. Natürlich gibt es auch in der Stadt einen Bahnhof, aber der sei nur für den Regionalverkehr. Ansonsten verkehren für TGV-Reisende Bus-Shuttles zwischen dem neuen Bahnhof und der Stadt.

Kurz vor der Ankunft in der Altstadt fahren wir durch das Tor eines mächtigen Mauerwerks. „Das ist der äußerste Festungsring unserer Zitadelle“, erklärt Claire und ergänzt stolz, „ab jetzt befinden wir uns in einem Weltkulturerbe.“ Seit 2008 steht die unter dem Sonnenkönig Ludwig XIV. errichtete Bastion von Besançon auf der Unesco-Welterbeliste. Dank der Schleife, die der Fluss Doubs um die Stadt macht, war Besançon in mittelalterlichen Zeiten für Belagerer so gut wie uneinnehmbar. Die Zitadelle, die an der schmalsten Stelle der Flussschleife rund 100 Meter über der Stadt thront, krönte den Widerstandswillen der Bisontiner, wie die Bewohner Besançons genannt werden.

„Unsere Stadt errang im Mittelalter den Status einer freien Stadt“, erzählt Claire, „und die Bisontiner mussten ihren Wohlstand, den sie durch Weinanbau und Salzhandel erworben hatten, selbst verteidigen.“ Sie sagt das, während wir die älteste Brücke über den Doubs überqueren. Sie war bis in die Neuzeit hinein die einzige, über die man in die Stadt gelangte. Wer die Stadt trockenen Fußes angreifen wollte, konnte es nur über diese Brücke tun. Vor Überfällen aus dem Hinterland schützte die Zitadelle.

Wir kommen in friedlicher Absicht, sehen aber, welche Kämpfe Verkehrsteilnehmer gerade in der Altstadt austragen. Weil für die 117 000 Bisontiner an einem Straßenbahnnetz gebaut wird, staut sich überall der Verkehr. Fußgänger und Autofahrer quälen sich durch die Baustellen. Claire wohnt mitten in der Altstadt in einer vom Baulärm noch ruhigen mittelalterlichen Gasse.

In den zweiten Stock ihrer Wohnung gelangt man nur von einer außen an der Hinterhoffassade angebrachten Treppe. Claire zeigt auf einen Holzverschlag draußen auf dem Treppenabsatz. „Das war früher mal das Plumpsklo für alle Bewohner des Hauses“, sagt sie, „aber keine Sorge, wir haben jetzt alle drinnen ein modernes Badezimmer.“

Die nächsten Tage erkunden wir Besançon und Umgebung. Trotz sommerlicher Dauersonne, herrschen in der Stadt erträgliche Temperaturen dank des Doubs, der die Stadt wie ein Omega umfließt und so von allen Seiten für leichte Abkühlung sorgt. Vom Rathaus aus schlendern wir die langgestreckte Grand Rue entlang zur Zitadelle. In der Hauptstraße befinden sich nicht nur viele kleinere Läden und Souvenirshops, sondern auch ein Platz mit den Geburtshäusern der Erfinder der Kinematografie, der Brüder Lumière, sowie des Nationaldichters Victor Hugo („Der Glöckner von Notre-Dame“). Letzter lebte zwar nur als Baby dort, ehe die Eltern wegzogen, trotzdem wird ab September in seinem Geburtshaus ein Hugo-Museum eröffnet. Vis-à-vis befindet sich ein Haus, dessen Fenster zum Teil Motive von Gustave Courbet zeigen: Eine Erinnerung an den aus der Gegend stammenden impressionistischen Aktmaler, der hier Kunst studiert hatte.



Von Touristen kampflos erobert: Blick vom Unesco-Weltkulturerbe, der Zitadelle von Besançon, auf die Doubs-Schleife Bild: tws

Das Ende der Grand Rue markiert die im 12. Jahrhundert erbaute Kathedrale St. Jean, die von Romanik bis Barock alle möglichen Stilmoden mitgemacht hat. Claire zeigt auf einen Kardinalshut, der an der Decke im Altarraum hängt: „Bei uns hat es Tradition, die Hüte verstorbener Kardinäle aufzuhängen. Es heißt, dass sie ins Paradies eingetreten sind, wenn der Hut von allein herabfällt.“ Der letzte Kardinal hat es damit wohl nicht eilig. Sein Hut hängt dort oben schon seit 1936.

Nach einem kleinen Anstieg betreten wir die Zitadelle. Sie liegt auf einen Hügel, den der Doubs umfließt. Hier an der schmalsten Stelle des Omegas beträgt die Entfernung zwischen den Flussläufen keine 500 Meter, an der breitesten unten in der Stadt sind es 1,5 Kilometer. Einige Zwergziegen und Straußenvögel begrüßen die Besucher am Eingang der Zitadelle, wie denn diese „kleine Stadt“ (italienisch: cittadella) neben einem Widerstands- und einem Heimatmuseum sowie einem Insektarium und einem Aquarium auch einen Zoo mit 400 Tieren beherbergt. Bis vor Kurzem hätten noch Paviane in den weitläufigen, rundum mit Elektrozäunen abgesicherten Festungsgräben gelebt, erfahren wir von Claire. Weil aber die Kletterkünstler die Fugen aus den Mauern kratzten und Steine entfernt hätten, mussten sie ins Exil. Die Beschädigung des Weltkulturerbes, das mit jährlich 250 000 Gästen der meistbesuchte Ort der Franche-Comté ist, konnte nicht länger geduldet werden.

Die Zitadelle war eine von rund 160 Festungswerken, die der Baumeister Sébastien de Vauban für Ludwig XIV. errichtet hatte. Dazu musste Besançon aber erst erobert werden. Denn die Franche-Comté war bis 1678 Teil des Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation. Im Frieden von Nimwegen gelangte die Freigrafschaft zu Frankreich, das zuvor Besançon besetzt hatte und die Stadt anstelle von Dole zur Hauptstadt der Franche-Comté machte.

Dass durch den Salzhandel reiche Dole im Süden ist eine Reise wert, versichert Claire. Sie aber macht mit uns eine kleine Rundfahrt ins Jura. In Salins-les-Bains besichtigen wir eine unterirdische Saline und lassen uns in der Salztherme verwöhnen; in Arbois schlendern wir durch die Weinberge des kleinen, aber feinen Anbaugebiets des Jura und lassen uns den ein oder anderen guten Tropfen schmecken; und in Montbéliard bewundern wir deutsche Akkuratesse, protestantische Klarheit und Bauten des Baumeisters Heinrich Schickhardt. Denn Mömpelgard, wie die Stadt auf Deutsch heißt, war 400 Jahre lang eine württembergische Exklave. Zu Deutschland hat man hier ein gutes Verhältnis und Deutsch ist Pflichtfach an vielen Schulen der Franche-Comté. So wünscht uns auch Claire nicht „adieu“, sondern „auf Wiedersehen“, als sie uns zum futuristischen Bahnhof von Besançon bringt und wir unsere nur knapp vierstündige Direktfahrt zurück nach Frankfurt antreten.

Harald Tews

Speis und Trank in der Comté

Kaum eine französische Region, die nicht ihre eigene international bekannte Spezialität besitzt. In der Franche-Comté ist es – na, klar: der Comté. Der Hartkäse aus Rohmilch ist der Exportschlager der Region. Zum Reifen braucht er viel Zeit, bis zu 18 Monate kann das dauern.

Geht man in ein Restaurant essen, steht garantiert die „Saucisse de Morteau“ auf der Speisekarte. Für die Morteauwurst wird nur feinstes Schweinefleisch verwendet. Fleischgerichte werden meist nur kurz angebraten, so dass es beim Anschneiden noch blutrot, fast roh und saftig ist.

Ein typisches Dreigängemenü im Restaurant könnte so aussehen: Als Vorspeise, den „amuse-bouche“, gibt es eine „Tartine à la saucisse de Morteau“, also ein Butterbrot mit Morteauwurst. Als Hauptgericht „Suprême de volaille jus au paprika“, also ein Geflügelfilet mit Paprika, oder „Truite de la Vaivre au Vin Rosé et des garnitures“, also Forelle aus der Region mit Roséwein und Gemüse. Als Dessert ein Gratin (Überbackenes) oder Crème brulée (karamellisierte Süßspeise). Solche Köstlichkeiten bieten gute Restaurants schon ab 20 Euro an.

In Spitzenrestaurants serviert der Önologe, erkennbar an einer goldenen Traube am Revers, den Wein. In der Comté trinkt man den roten Arbois-Wein aus dem Jura. Das kleine Anbaugebiet war früher stark vom Mehltau befallen. Heute stellt man dort Qualitätsweine her. Spitzenprodukt ist der „Vin jaune“. Der aus der Rebsorte Savagnin hergestellte dunkelgelbe Likörwein, der bis zur Trinkreife an die 50 Jahre gelagert wird, erzielt Rekordpreise bei Auktionen. *tws*



Sternemenü mit Fisch Bild: tws

Spreeländer Gartenwelten

Ausflug in den Spreewald zur »LebensArt« – Verlosungsaktion der *PAZ* für die Gartenausstellung auf der Schlossinsel in Lübben

Als Theodor Fontane für seine „Wanderungen durch die Mark Brandenburg“ den Spreewald erkundete, war sein Ausgangspunkt der Ort Lübben in der Niederlausitz. Er bewunderte die blühenden Oleanderbäume des Ortes: „Alles ist hier grün und rot, nicht bloß die Lübbener Jäger, die eben zu einem Appell zusammentreten, sondern die Stadt selber.“

Jetzt ist noch alles noch viel bunter geworden. Denn nach der Premiere im Vorjahr, die rund 10 800 Besucher auf die Schlossinsel lockte, gastiert die Ausstellung „LebensArt“ Ende August erneut in Lübben. Vom 23. bis 25. August zeigen über 90 Aussteller „Erlesenes und Schönes für Haus und Garten“. Dies umfasst all die Dinge, die das Leben schöner machen. Prächtige Pflanzen, duftende Kräuter und schicke Gartenaccessoires sind ebenso vertreten wie kunsthandwerkliche Objekte und eleganter Schmuck. Hinzu kommt ein stimmungsvolles Programm mit Musik und Kleinkunst, Fachvorträgen rund um die Gartengestaltung sowie kulinarischen Köstlichkeiten. Ein kultureller Höhepunkt ist dabei die „Lübbener Kahnnacht“ am Sonnabend. Unter dem Motto „Sonne, Mond und Sterne“ werden zahlreiche Künstler mit mitreißenden Shows am Ufer der Insel das Publikum begeistern.



Bunte „LebensArt“: Auf der Schlossinsel Lübben findet zum zweiten Mal ein Gartenfest fest statt Bild: AgenturHaus

Die Gartenausstellung „LebensArt“ ist vom 23. bis 25. August täglich von 10 bis 18 Uhr auf der Schlossinsel geöffnet. Der Eintrittspreis für Erwachsene beträgt sieben Euro, ermäßigt fünf Euro. Für Kinder und Jugendliche bis einschließlich 15 Jahre in Begleitung Erwachsener ist der Eintritt frei. Für die kleinen Gäste wird eine Kinderanimation angeboten, die jede Menge Spiel, Spaß und Spannung garantiert. Weitere Informationen zur „LebensArt“ können unter Telefon (0451) 89906448 beziehungsweise per E-Mail an witthuhn@das-agenturhaus.de und im Internet unter www.lebensart-messe.de abgerufen werden.

PAZ-Leser, die wie Theodor Fontane einen Ausflug in den Spreewald machen möchten, haben jetzt Gelegenheit, sich „LebensArt“ auf der Schlossinsel in Lübben anzusehen. **Wir verlosen 10 x 2 Karten** für die Veranstaltung vom 23. bis 25. August. Schicken Sie uns dazu nur eine Karte an folgende Adresse: **Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Stichwort: LebensArt**. Oder schicken Sie uns eine E-Mail an: **redaktion@preussisch-allgemeine.de**. Der Einsendeschluss ist Freitag, 9. August 2013. Die Gewinner werden von uns benachrichtigt und die Karten an der Kasse in Lübben hinterlegt. *PAZ*



Schlapphüte und mehr

Geheimdienste im Blick

Spionage und Geheimdienste haben seit jeher das Interesse einer breiten Leserschaft gefunden, die sich nachträglich für das interessiert, was dem Normalbürger zunächst verborgen bleibt. Der von Jürgen W. Schmidt wesentlich mitverfasste und zusammengetragene Sammelband „Geheimdienste in Deutschland: Affären, Operationen, Personen“ beleuchtet weitgehend in Vergessenheit geratene Kapitel deutscher Geheimdiensttätigkeit beziehungsweise auch Spionage gegen Deutschland.

Politisch am interessantesten dürften die Aktivitäten der polnischen Luftwaffe und polnischen „Privatflieger“ über Deutschland in den 20er und in der ersten Hälfte der 30er Jahre sein, weil sie ein bezeichnendes Licht auf die damalige polnische Politik werfen. So waren die polnischen Aktivitäten von einer derart beispiellosen Dreistigkeit, dass es häufig zu Notlandungen polnischer Flugzeuge auf deutschem Gebiet kam. Nicht die „Machtergreifung“ Hitlers im Januar 1933 setzte dem ein Ende, sondern der spürbare – zunächst noch verdeckte – Aufbau einer deutschen Luftwaffe.

Was war von dem deutschen Geheimdienst im Ersten Weltkrieg zu halten? 1917 führte die dilettantische Vorbereitung deutscher Sabotageaktionen in Norwegen fast zu dessen Kriegseintritt auf der Seite der Alliierten. Man staunt bei der Lektüre über die Arroganz und Überheblichkeit der beteiligten deutschen Stellen, die aus einer kleinen Angelegenheit eine bedrohliche Staatsaffäre werden ließen. Ganz im Gegensatz dazu stellte sich die clevere und geschmeidige Ausnutzung des deutschen Versagens durch die britische Auslandspropaganda dar.

Herausgehoben seien auch noch die vom Historiker Wolfgang Kaufmann zusammengetragenen Fakten, die belegen, dass es sich beim britischen Mordanschlag – ausgeführt von tschechischen Exilanten – auf den SS-Mann Reinhard Heydrich um ein Attentat mit biologischen Waffen gehandelt hat. Der Krankheitsverlauf weist auf biologische und toxische Kampfstoffe hin, die hier Verwendung fanden. In London erfüllten sich die Erwartungen. Die erwartete Terrorwelle zur Vergeltung animierte die bisher „lethargischen Tschechen“ zum Widerstand. Stets verdächtigte die alliierte Propaganda Deutschland der Vorbereitung von Chemiewaffeneinsätzen, aber siehe da: Das Großbritannien Winston Churchills realisierte derartiges.

Lesenswert sind auch die 19 Fallstudien in denen Konrad Faber die Persönlichkeitsprofile und Motive von zumeist deutschen Agenten zwischen 1880 und 1935 beleuchtet, die ihr eigenes Land verraten haben.

Hans Lody

***Jürgen W. Schmidt: „Geheimdienste in Deutschland. Affären, Operationen, Personen“**, Ludwigsfelder Verlagshaus, Ludwigsfelde 2012, 357 Seiten, 25 Euro*



Geschenk an Merkel

Hauptstadtchef der »Bild« liefert kanzlerinnenfreundliches Porträt

Ausdrücklich betont Nikolaus Blome, dass es sich bei seinem Buch nicht um ein von der Bundeskanzlerin autorisiertes Werk handle. Ist man am Ende des recht angenehm lesbaren Bändchens angekommen, ist man leicht in Versuchung, dies mit der Entgegnung zu kommentieren, dass es ja auch eher unüblich sei, eigene Geschenke vorher abzusegnen.

Blome, Hauptstadtchef der „Bild“-Zeitung, erklärt uns Angela Merkel – das Agieren und Regieren der Kanzlerin. Kreatives sei ihre Stärke zwar nicht, aber das Operative beherrsche sie hervorragend: „Diese Kanzlerin kann Krise.“ Eine nüchterne Analyse sieht anders aus. Auch wenn das kleine Buch Merkel nicht durchweg lobt, so ist es doch deutlich mit der Absicht geschrieben, dem Vorwurf der Inhalts- und Orientierungslosigkeit sowie dem des Machterhalts aus reinem Selbstzweck zu begegnen. Betrachtet man die Dinge aus der Perspektive von Blome, so sind fast alle Handlungen Merkels nachvollziehbar.

Der Titel „Die Zauderkünstlerin“ ist dabei keineswegs als Kritik zu verstehen – Angela Merkel habe das Zaudern „zur regierungsamtlichen Stilform“ gemacht. Ihr Kompass bestehe aus Fragen, nicht aus Antworten. Festlegungen auf Ziele erfolgten spät. Das Machbare diene zur Orientierung. Fordern sei Sache der Opposition – eine Regierung müsse liefern. Dem fühle sie sich verpflichtet.

Ihr Zaudern wird hier positiv ausgelegt

Von weitreichenden Darlegungen und Erklärungen nach außen halte sie wenig; das Kommunikationsdesaster der rot-grünen Bundesregierung im Zusammenhang mit den Hartz-IV-Reformen sei ihr eine Lehre gewesen. Herbeiführen von Gewissheiten sei wichtig. Der Bürger wolle die Einzelheiten einer Entscheidungsfindung gar nicht verfolgen, das verunsichere nur. Bismarck habe das im Übrigen genauso gesehen.

Angela Merkels Mitte, das muss selbst Blome eingestehen, ist schwer positiv zu definieren. Leichter sei es, Bereiche zu benennen, von denen sie innerlich nicht überzeugt ist. Eine Freundin großer Reformen sei sie nicht und auch Europa sei für sie keine „Herzensangelegenheit“. Dies unterscheide sie beispielsweise von Helmut Kohl oder Wolfgang Schäuble. Wenig überraschend ist die Feststellung, dass das Konservative keines ihrer bevorzugten Felder sei. Punktueller fällt die Benennung der Dinge aus, für die die Kanzlerin eindeutig steht: Die Unterstützung des Existenzrechts Israels sei keine Frage, hohe Inflation sei katastrophal und am Euro sei unbedingt festzuhalten. Im abstrakten Bereich gehöre die Hochschätzung der Freiheit unbedingt zu Merkels Überzeugungskern.

Nicht so recht nachvollziehbar sei die gerade von der sonst so rationalen Naturwissenschaftlerin Merkel getroffene Entscheidung für den Atomausstieg infolge des Unfalls von Fukushima. Ein Trumpf im Wahlkampf sei es allerdings jetzt: Wie auf anderen Gebieten sei dem politischen Gegner ein wichtiges Thema verloren gegangen.

Ebenso zur Sprache kommt der Vorwurf, Merkel habe aktiv ihre innerparteilichen Widersacher beseitigt. Zu Recht merkt Blome an, dass hier viel Zufall im Spiel und der Sturz doch zumeist selbstverschuldet gewesen sei. Allerdings gebe es machstrategische Opfer, die sie eindeutig „auf dem Gewissen“ habe. Dazu gehöre Norbert Röttgen ebenso wie Erika Steinbach.

Spekuliert wird am Ende darüber, dass Angela Merkel im Falle eines weiteren Wahlsieges ihr Amt 2015 abgebe. Wie für vieles andere in diesem Buch gilt auch hierfür: eine argumentativ gestützte, kanzlerinnenfreundliche These, aber keine Beweise. Das Thema Merkel lässt nach diesem Buch nicht weniger Raum für Diskussion als zuvor.

Erik Lommatzsch

***Nikolaus Blome: „Angela Merkel – die Zauderkünstlerin“**, Pantheon, München 2013, geb., 206 Seiten, 16,99 Euro*

Dinkel statt Tiefkühlpizza

»taz«-Autorin berichtet, dass Bio nicht immer gesund ist, zumindest nicht für die Psyche

Franziska Seyboldt beschreibt in dem Buch „Müslimädchen. Mein Trauma vom gesunden Leben“ ihre Kindheit in einer „Öko-Familie“. Während sie von Fernsehen, Tiefkühlpizza und Mini-Sahnewindbeutel von Bofrost träumte, lagerten ihre Eltern selbst geerntete, wurmstichige Äpfel ein und beschmierten Dinkelbrotscheiben mit gesundem Aufstrich und Essiggürkchen aus dem Reformhaus. Humorig beschreibt die 1984 geborene „taz“-Redakteurin für Gesellschafts- und Kulturthemen, wie sie durch den ökologischen Starrsinn ihrer Eltern immer wieder in peinliche Situationen geriet. So zum Beispiel beim Kindergeburtstag ihrer Freundin Leonie, als sie das Präsent in ein gebrauchtes Geschenkpapier aus den wiederzuverwertenden Geschenkpapiervorräten ihrer Mutter eingewickelt hatte.

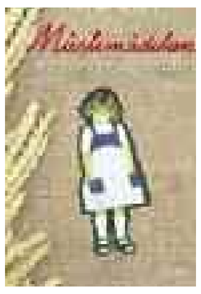
Hätten Franziska Seyboldts Eltern geahnt, dass all die Mühe nicht verhindern würde, dass ihre Tochter eines Tages Ketchup als Gemüse bezeichnen würde, wären sie vielleicht nicht ganz so streng in punkto Ernährung gewesen. Und wer selbst in den 1980er und 1990er Jahren Kind gewesen ist oder Kinder hatte, wird sich bei der Erwähnung der damals total angesagten quietschbunten Plastikschnuller- und Wunschtrollsammlungen ein Augenrollen nicht verkneifen können.

Mit locker-leichtem Erzählstil beschreibt die Autorin Szenen aus ihrer Kindheit und Jugend, die sich vermutlich so nicht zugetragen hätten, wären ihre Eltern nicht so öko-fanatisch gewesen. Wie soll man seiner Freundin auch erklären, dass man auf Anraten eines Wünschelrutengängers Kupferringe unter dem Bett hortet, ohne völlig an Glaubwürdigkeit zu verlieren.

„Müslimädchen“ ist ebenso wie Franziska Seyboldts Kolumne „Lustobjekte“ mit einem kräftigen Augenzwinkern geschrieben. Wer eine ordentliche Portion Selbstironie und einen Hang zu charmanten Übertreibungen zu schätzen weiß, der wird dieses Büchlein mit Freude lesen. Und am Ende bleibt nur eines zu fragen: „Sind wir nicht alle ein bisschen Bio?!“

Vanessa Ney

***Franziska Seyboldt „Müslimädchen. Mein Trauma vom gesunden Leben“**, Bastei Lübbe, Köln 2013, broschiert, 192 Seiten, 12,99 Euro*





Wandel statt Krise

Bevölkerungsforscher über die Entwicklung der Familie

Auf den ersten Blick klingt der Titel „Familie – nein danke?!“, als handele es sich bei dem Buch um ein Plädoyer für oder gegen Familie. Erst der Untertitel „Familienglück zwischen neuen Freiheiten und alten Pflichten“ deutet an, dass es sich um eine Bestandsaufnahme zu dem Thema handelt. Und die wichtigste Aussage der beiden Autoren Inge Seiffge-Krenke und Norbert F. Schneider lautet: Nein, die Familie als Gesellschaftsform steckt nicht in einer Krise, sie befindet sich vielmehr im Wandel.

Seiffke-Krenke, Professorin für Entwicklungspsychologie und Pädagogische Psychologie an der Universität Mainz, und Schneider, Direktor des Bundesinstitutes für Bevölkerungsforschung in Wiesbaden, haben in einer bewundernswerten Fleißarbeit unzählige Studien zum Thema Familie der letzten Jahrzehnte gesichtet, bewertet und in ein Gesamtbild eingebaut. Zu den wohl überraschendsten Aussagen in ihrem Buch gehört, dass die klassische Familie, sprich Mutter, Vater, Kinder, schon im vorindustriellen Zeitalter keineswegs der Normalfall gewesen sei. Schon damals habe es nichteheliche Lebensformen gegeben, Alleinerziehende und Stieffamilien. Vor allem die hohe Zahl der Verwitwungen habe für eine eine höhere Verbreitung von Stieffamilien gesorgt, als es heute der Fall sei. Laut den Autoren ist die bürgerliche Kleinfamilie ein Ideal aus der Mitte des 20. Jahrhunderts, das seinen Höhepunkt in den 1960er Jahren erlebt habe. Auch betonen sie, dass die Sichtweise, dass ein Kind ein für die Gesellschaft wichtiges, zu pflegendes Individuum sei, noch recht neu sei. Und auch wenn heutzutage weniger geheiratet werde und es auch häufiger zu Scheidungen komme, so wachse die Hälfte der Kinder in Deutschland auch heute noch bei seinen verheirateten Eltern auf. Da eine rechtliche Gleichstellung von ehelichen und nichtehelichen Kinder vorgenommen worden sei und gut ausgebildete Frauen die Ehe nicht mehr als Versorgungseinrichtung benötigten, verliere die Ehe zwar ihre Exklusivstellung, sei aber noch für viele ein Ideal.

Die Autoren befassen sich mit den Fragen, wie Kinder auf Ehen wirken, warum sich Paare finden, welche Scheidungsmotive es gibt, in welchen Lebensphasen Scheidungen besonders häufig vorkommen und welche Folgen von gewollte oder ungewollte Kinderlosigkeit, aber auch Kinderbetreuung habe. Am Ende der Lektüre hat man manches Detail zum Thema erfahren, das man zuvor nicht kannte.

Bel

***Inge Sieffge-Krenke, Norbert F. Schneider: „Familie – nein danke?! Familienglück zwischen neuen Freiheiten und alten Pflichten“**, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2012, broschiert, 235 Seiten, 24,99 Euro*

Udo Ulfkotte
Raus aus dem Euro - rein in den Knast



Die Euro-Katastrophe: Wann werden die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen?
Mit einem gewaltigen Propaganda-Tsunami wurde der gerade in Deutschland ungeliebte Euro durchgeboxt. Politiker, die Finanzelite und hochbezahlte Medien-Gurus unterzogen die Bürger einer regelrechten Gehirnwäsche. Prominente Euro-Kritiker hingegen wurden verleumdet, diffamiert - und vom Verfassungsschutz bespitzelt! An Mahnungen und Warnungen hatte es nicht gemangelt: Renommierte Wissenschaftler, unabhängige Publizisten, verantwortungsbewusste Notenbanker und sogar Politiker, die sich nicht opportunistisch dem Mainstream anpassen wollen - sie alle wiesen rechtzeitig, und wie sich nun im Nachhinein zeigt, äußerst präzise, auf die Risiken des fatalen Euro-Abenteuers hin. Doch warum wurde nicht auf sie gehört? Die große Mehrheit der Deutschen und Österreicher stand und steht dem Euro bis heute skeptisch gegenüber. Bestsellerautor Dr. Udo Ulfkotte deckt auf: Die Euro-Einführung wurde von der vielleicht dreistesten Propagandakampagne der Nachkriegszeit begleitet. Wo Politiker verantwortungslos handelten und Journalisten ein mediales Trommelfeuer eröffneten, um die Bürger für den Euro sturmreif zu schießen, wurden Kritiker verunglimpft, diskriminiert und in die rechte Ecke gestellt.
Geb., 304 Seiten
Best.-Nr.: 7236

€ 19,95



Richard Rickelmann
Tödliche Ernte
Wie uns das Agrar- und Lebensmittelkartell vergiftet
Kart., 320 Seiten
Best.-Nr.: 7239, € 9,99



Niall Ferguson
Der Niedergang des Westens
Wie Institutionen verfallen und Ökonomien sterben
Geb., 208 Seiten
Best.-Nr.: 7237, 18,00 €



Beate Szillis-Kappelhoff
Prußen – die ersten Preußen
Geschichte und Kultur eines untergegangenen Volkes.
Geb., 395 Seiten, 123 Abb.
Best.-Nr.: 7209, € 19,80

Elchschaufel-Manschettenknöpfe



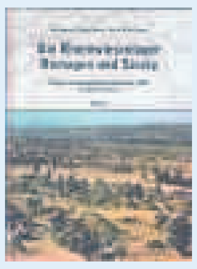
Hochwertige Manschettenknöpfe mit emaillierter Vorderseite, auf der die Elchschaufel dargestellt ist. Die Rückseite der Manschettenknöpfe ist schwarz eloxiert. Maße: 18 mm hoch, 15 mm breit. Die Lieferung erfolgt in einem hochwertigen Geschenkkarton.
Best.-Nr.: 6643, € 24,95

Manschettenknöpfe-Preußenadler



Der Preußenadler auf weißem Hintergrund, silbern umrandet, Oberfläche emailliert, Durchmesser = 20mm
Die Lieferung erfolgt in einem hochwertigen Geschenkkarton
Best.-Nr.: 6782, € 24,95

Wolfgang Gückelhorn, Kurt Kleemann
Die Rheinwiesenlager 1945 in Remagen und Sinzig



Diese Dokumentation stellt fest: Es starben keine Zehntausende hinter dem Stacheldraht. Fast sieben Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wird die Zahl der Überlebenden täglich kleiner. Viele Soldaten der ehemaligen Wehrmacht haben nach der Kapitulation an der Westfront Hunger, Leid und Krankheiten in den berüchtigten Rheinwiesenlagern erlebt und überlebt. Nicht wenige starben.
In der Nachkriegszeit entstanden Legenden um diese Lager, die den Tatsachen nicht standhalten. So wurden die Ursachen für die Kriegsgefangenschaft außer Acht gelassen, oder beispielsweise die in keiner Weise zutreffende Zahl von einer Million Toten publiziert.
Die Autoren Wolfgang Gückelhorn und Kurt Kleemann haben die Faktenlage sorgfältig aufgearbeitet und bewertet. Sie stellen diese mit Dokumenten und teils unveröffentlichtem Archivmaterial objektiv dar.
Zeitzeugenaussagen und Fotos zeigen eindrucksvoll sowohl die Leiden der Gefangenen als auch das Bemühen der Siegermächte, die erkannten Verpflegungsprobleme nachhaltig zu beheben.
Ein besonderes Augenmerk wird den Soldaten gewidmet, die in den Lagern ihr Leben verloren. Eindeutige Belege führen heute zu der Erkenntnis, dass es in den knapp vier Monaten des Rheinwiesenlagers Sinzig/Remagen kein Massensterben gegeben hat. Im Mai 1945 wurde dort mit annähernd 260.000 Gefangenen die größte Anzahl erreicht. Heute sind auf dem Ehrenfriedhof in Bodendorf 1212 Soldaten begraben.
Geb., 120 Seiten, Best.-Nr.: 7245, € 26,50

Preußen-Schirmmütze



Preußen-Schirmmütze
schwarze Schirmmütze in Einheitsgröße mit gesticktem Adler in weiß
Best.-Nr.: 7124, € 14,95

Königsberg-Schirmmütze



Königsberg-Schirmmütze dunkelblau
Dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gesticktem Wappen in Farbe der Stadt Königsberg
Best.-Nr.: 7192, € 14,95

Elchschaufel-Schirmmütze



Elchschaufel-Schirmmütze
dunkelblau Dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gestickter Elchschaufel in Wappenform
Best.-Nr.: 6969, € 14,95



Heinz Buchholz
Iwan, das Panjepferd
Eine Kindheit zwischen Krieg und Frieden
Kart., 256 Seiten
Best.-Nr.: 4795, € 8,95



Sommer in Ostpreußen 1942
In einem Bonus-Interview kommt der Erzähler Arno Surminski zu Wort.
Laufzeit: 56 Minuten + 15 Minuten Bonusfilm,
Best.-Nr.: 6981, € 14,95



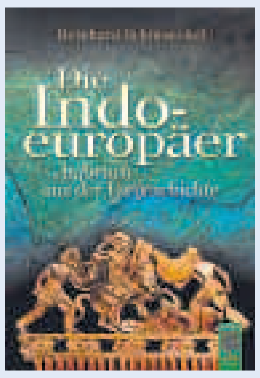
lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!



Josef Foschepoth
Überwachtes Deutschland
Post- und Telefonüberwachung in der alten Bundesrepublik. Sensationelle Geheimakten werfen ein neues Licht auf die deutsche Zeitgeschichte. Millionen und Abermillionen Postsendungen wurden Jahr für Jahr, Tag für Tag aufgebrochen, ausgewertet und teilweise vernichtet. Millionen und Abermillionen Telefonate wurden abgehört. Von und im Auftrag der ehemaligen Besatzungsmächte, aber auch von den Westdeutschen selbst.
Nahezu alle eingehende Post aus der DDR und massenweise Briefe und Pakete aus anderen osteuropäischen und kommunistischen Staaten wurden angehalten und zensiert. Die Telefon- Fernschreib- und Telegraphenleitungen von und zur DDR, nach und von Berlin und in die übrigen osteuropäischen Staaten, aber auch innerhalb der Bundesrepublik, ins westliche Ausland und Durchgangsleitungen von Ost nach West wurden systematisch überwacht und abgehört. Die alte Bundesrepublik zwischen 1949 und 1989 war ein großer, effizienter und effektiver Überwachungsstaat. Das Buch liefert neue Erkenntnisse aufgrund einer umfassenden und intensiven Auswertung von bislang nicht erforschten, zumeist unzugänglichen und vielfach noch als geheim eingestuften Akten der Bundesregierung und der ehemaligen Besatzungsmächte USA und Großbritannien. Der Autor stieß auf mehrere Millionen Geheimdokumente zur Geschichte der Bundesrepublik, die noch nicht erforscht sind. Sein Buch macht deutlich: Die Geschichte der Bundesrepublik ist noch nicht geschrieben.

Geb., 377 Seiten
Best.-Nr.: 7246

€ 34,99



Reinhard Schmoeckel
Die Indoeuropäer
Aufbruch aus der Vorgeschichte
Geb., 587 Seiten,
Best.-Nr.: 7244, € 24,80



Christel Wels
Wir hatten immer Angst
Die Kriegsschicksalsjahre der Zwillinge Christel und Alice Faust
Kart., 180 Seiten
Best.-Nr.: 7099, € 12,90

Gutes aus der alten Heimat



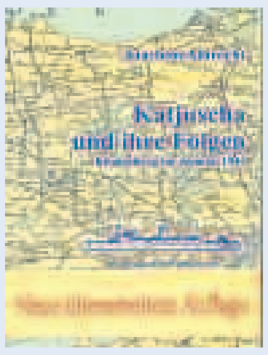
Die besten Rezepte aus Böhmen, Ostpreußen, Schlesien Lecker war's, in der geliebten Heimat Ostpreußen, Schlesien und Böhmen stehen für Freude am Genuss vieler guter Dinge des täglichen Bedarfs Liebevolle Zubereitung bester Zutaten in traditionellen Rezepten Der Duft einer Lieblingsspeise aus Kindertagen lässt uns in Gedanken heimreisen, und es ist ein Segen, dass viele Rezepte über Generationen überliefert wurden und noch heute zubereitet werden können wie damals.
Lassen wir also die alte Heimat durch den Genuss der Köstlichkeiten ein wenig aufleben und wünschen auch denjenigen, die sie neu entdecken, viel Freude daran und guten Appetit!

Geb.,
304 Seiten
Best.-Nr.: 7234

€ 14,99



Udo Ulfkotte
Was Oma und Opa noch wussten
So haben unsere Großeltern Krisenzeiten überlebt.
Geb., 233 Seiten
Best.-Nr.: 7225, € 19,99



Joachim Albrecht
Katjuscha und ihre Folgen
Königsberg im Januar 1945 Rettungsschiff Wullenwever
Kart., 257 Seiten
Best.-Nr.: 7196, € 14,80

Die schönsten Volkslieder



Gesungen von Peter Schreier, Tenor und Theo Adam, Bariton mit dem Rundfunk- und Thomanerchor und dem Gewandhausorchester Leipzig unter der Leitung von Horst Neumann und der Dresdner Philharmonie unter der Leitung von Johannes Winkler
1 Wenn alle Brünnlein fließen; 2 Im Krug zum grünen Kranze; 3 Das Wandern ist des Müllers Lust; 4 Im Wald und auf der Heide;
5 Ein Jäger längs dem Weiher ging; 6 Mit dem Pfeil, dem Bogen; 7 Ein Jäger aus Kurpfalz; 8 Bald gras ich am Neckar; 9 Im schönsten Wiesengrunde; 10 Sah ein Knab' ein Röslein steh'n; 11 An der Saale hellem Strande; 12 Kein Feuer, keine Kohle; 13 Ach, wie ist's möglich dann; 14 Mein Mädel hat einen Rosenmund; 15 In einem kühlen Grunde; 16 Ännchen von Tharau; 17 Ade zur guten Nacht; 18 Kein schöner Land in dieser Zeit; 19 Weißt du wieviel Sternlein stehen; 20 Guten Abend, gute Nacht; 21 Der Mond ist aufgegangen

Gesamtspielzeit: 50:16 Min
Mit allen Liedertexten im Beiheft
Best.-Nr.: 6893

€ 14,95



Sing, sing, was geschah
Die schönsten Volkslieder aus Ostpreußen,
Gesamt: 66 min,
29 Lieder
Eine Produktion des Westdeutschen Rundfunks Köln, 1969 bis 1987
Best.-Nr: 7203, € 12,95

Gottfried Piefke
Gottfried Piefke, Preußische Armeemärsche



Es spielt das Stabsmusikkorps Berlin unter der Leitung von OTL Volker Wörrlein
1. Preußens Gloria; 2. Der Alsenströmer; 3. Herwarth Marsch; 4. Erinnerung an Weimar; 5. Margarethen Marsch; 6. Gitana Marsch; 7. Düppeler Sturm Marsch; 8. Pochhammer Marsch; 9. Siegesmarsch von Metz; 10. Kaiser Wilhelm - Siegesmarsch; 11. Lymfjordströmer; 12. Der Königgrätzer Marsch; 13. Düppel - Schanzen - Sturm – Marsch.
Großer Zapfenstreich nach D.S. Bortnjanskij;
14. Anmarsch mit Parademarsch. Marsch des York'schen Korps; 15. Locken zum Großen Zapfenstreich; 16. Zapfenstreichmarsch 17. 1. Post; 18. 2. Post; 19. 3. Post; 20. Zeichen zum Gebet; 21. Gebet, Abschlagen und Ruf nach dem Gebet; 22. Nationalhymne
23. Abmarsch

Gesamtspielzeit: 46:55 Min
Best.-Nr.: 6894

€ 14,95



Märsche und Balladen aus den Freiheitskriegen 1813-1815
Gesamt-Spieldauer: 58:09
Stabsmusikkorps Berlin, Heeresmusikkorps 300 Koblenz, Heeresmusikkorps 100 Hannover, Radio-Sinfonie-Orchester Berlin
Best.-Nr.: 6891, € 14,95

Helmut Roewer
Nur für den Dienstgebrauch
Als Verfassungsschutz-Chef im Osten Deutschlands



Im November 2011 ging eine Empörungswelle durch die Medien, ausgelöst durch eine Mordserie, die auf der Opferseite etwa zehn ausländische Gewerbetreibende betraf und auf der mutmaßlichen Täterseite zwei jüngere Männer und eine junge Frau, die in der Folge als Terrorzelle Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) durch die Medien geistern. Zu Beginn der Aktivitäten dieser drei damals sehr jungen Leute war der Autor Verfassungsschutzchef in Thüringen (1994-2000). Er beschreibt anhand seiner Tagebuchaufzeichnungen, aufgrund welcher Vorgänge es ihn nach Thüringen verschlug und wie er diese Jahre im wiedervereinigten Deutschland erlebt hat. Es handelt sich bei diesen Aufzeichnungen also auch um eine Binnensicht über das Zustandekommen und die Schwierigkeiten der Deutschen Einheit. Drastisch schildert Helmut Roewer Verhältnisse, die man sich heute im Jahre 22 der Deutschen Einheit kaum noch vorzustellen vermag. Nicht zum Wenigsten war es eine labile Polizeistruktur, die einen Gutteil seiner Arbeitskraft in Anspruch nahm: Altlasten und unfähige Westimporte lieferten sich erbitterte Auseinandersetzungen, anstatt ihren gesetzlichen Aufgaben nachzukommen. Ähnliches spielte sich in den politischen Parteien ab. Als Drittes kam zügellose Gewalt unter anpolitisierten Jugendlichen hinzu. In diesem brisanten Gemisch entwickelten sich jene Taten, denen wir heute empört gegenüberstehen.
Geb., 279 S. mit zahlreichen Abb., Best.-Nr.: 7240

€ 24,90

Pro Patria, Märsche und Lieder



1) Gaudeamus igitur 2:18 2) Kein schöner Land 1:26
3) Die Wacht am Rhein 4:16
4) Fehrbelliner Reitermarsch 2:29
5) Lied der Franken 2:09
6) Alte Kameraden 3:03
7) Siebenbürgenmarsch 3:19
8) Der Coburger 3:24
9) Des Großen Kurfürsten Reitermarsch 3:31
10) Fanfare und Marsch der Pappenheimer Reiter 2:44
11) Präsentiermarsch Friedrich Wilhelm III. 1:48
12) Freiheit, die ich meine 2:17
13) Ich hab mich ergeben 1:19
14) Ich hatt einen Kameraden 4:02
15) Kreuzritter-Fanfare 2:07
16) Regimentsgruß 1:58, 17) Geschwindmarsch 1:52
18) Helenenmarsch 2:12,
19) Marsch aus Petersburg 2:14
20) Schwedischer Kriegsmarsch 1:59
21) Althessischer Reitermarsch 2:13
22) Parademarsch der Langen Kerls 2:16
23) Der große Zapfenstreich 11:32
24) Lied der Deutschen 3:09, Gesamtspielzeit: 69:52
Mario Lanza, Tenor, Heeresmusikkorps 300 Koblenz unter OTL Georg Czerner, Heeresmusikkorps 12 Veitshöchheim unter Major Volker Wörrlein, Deutsche Chorgemeinschaften, Best.-Nr.: 7206

€ 17,95

Ostpreußen-Seidenkrawatte



Edle Seidenkrawatte in den Farben Preußens mit der Elchschaufel
Farben: schwarz/weiß mit der Elchschaufel
Best.-Nr.: 7091

€ 19,95

Juli-Aktion*



*gültig so lange der Vorrat reicht

Bei jeder Bestellung ab einem Warenwert iHv € 50,00 erhalten Sie kostenlos dazu
1 Ex: Nidden und seine Maler, brosch., 43 S.

PMD Preußischer Mediendienst

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst
Mottelerstraße 7 · 04155 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12 30/13
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 3.50*, ab einem Bestellwert von € 80.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:

Ort/Datum: Unterschrift:

Bitte beachten Sie auch die Angebote in unserem Antiquariat www.die-ostgebiete.de

MELDUNGEN

EU erlaubt Hilfe für Kernkraft

Brüssel – Die EU-Kommission will staatliche Zuschüsse zum Bau neuer Kernkraftwerke künftig genauso erlauben wie Subventionen für „Ökostrom“. Begründung: Atomstrom sei wie „Ökostrom“ kohlenstoffarm. Wegen der gemeinsamen Zielsetzung zum sogenannten „Klimaschutz“ entspreche er damit den Zielen der EU. Berlin hat protestiert, besitzt in dieser Frage allerdings kein Vetorecht. *H.H.*

Gerechtigkeit ist Topthema

Berlin – Zumindest in den Wahlprogrammen der Parteien spielt die soziale Gerechtigkeit eine ganz wichtige Rolle. Besonders die Grünen setzten auf das Thema und so findet sich das Wort „gerecht“ auch gleich 234 Mal in ihrem Wahlprogramm. Sie SPD kommt nur auf 141 Mal und die Partei „Die Linke“ sogar nur auf 108 Mal. Doch das ist immerhin weit mehr, als bei Union und FDP, dort findet sich der Begriff nur 30 beziehungsweise 38 Mal, was jedoch wenig über die spätere Politik aussagt. *Bel*

ZUR PERSON

Alles nur schnurzegal?

Erst das Versagen bei der NSU-Mordserie, jetzt die Affäre um das US-Spähprogramm Prism: Dem derzeitigen Verfassungsschutzpräsidenten **Hans-Georg Maaßen** bleibt nichts erspart. Gerade einmal zehn Monate im Amt, steht er im Fokus der Öffentlichkeit und muss sich rechtfertigen, warum sein Amt, das der Informationsbeschaffung dient, von all dem angeblich nichts gewusst haben will.

Als Geheimdienstchef muss Maaßen einen schwierigen Spagat hinlegen: verschwiegen sein und im Verborgenen handeln und gleichzeitig sein ramponiertes Amt nach außen hin ins beste Licht stellen. Warum es nach Ende des Kalten Krieges mit BND und MAD noch das Bundesamt für Verfassungsschutz als Inlandsgeheimdienst gibt, fragen sich viele angesichts der Pleiten wie im Fall NSU. Weil Maaßen sonst arbeitslos wäre, antworten Spötter.

Der 50-jährige Mönchengladbacher hatte das Amt übernommen, nachdem sein Vorgänger Heinz Fromm sich über das Schreddern von NSU-Akten praktisch selbst aus dem Amt verjagt hatte.



Innenminister Hans-Peter Friedrich ernannte daraufhin den Terrorismus-Experten Maaßen zum neuen Geheimdienstchef.

Als Mitarbeiter im Bundesinnenministerium entschied Maaßen 2002 in einem Gutachten, dass der damals im US-Gefangenenlager Guantánamo inhaftierte Bremer Bürger Murat Kurnaz nicht nach Deutschland zurückgeholt wurde. Eine Fehlentscheidung, stellte sich doch heraus, dass Kurnaz unschuldig war. Aufgrund dieser Fehlleistung musste Maaßen kurz vor Amtsantritt beim Verfassungsschutz eine weitere Niederlage einstecken, als dem promovierten Juristen ein Antrag auf eine Honorarprofessur der FU Berlin abgelehnt wurde. Er reagierte trotzig. Der Titel sei ihm „schnurz“, ließ er scheinbar gleichgültig wissen. *tws*



Peer macht Urlaub

Glückliche Einfalt

Warum wir wieder alles essen dürfen, wieso wir alles zahlen werden, und weshalb wir besser nicht verstehen, was Schäuble treibt / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Geahnt hatten wir das ja schon immer. Nun haben wir's aus wissenschaftlichem Munde: Diese ganzen anstrengenden Ernährungsvorschriften, mit denen man uns den Genuss angeblich ungesunder Leckereien vergällen will, sind fast durchweg Kokolores, bescheinigt uns der Lebensmittelchemiker Udo Pollmer (siehe Zitat).

Nicht nur das – die Regeln strotzten zudem von Boshaftigkeit. Da finde ein verdeckter Krieg statt. Und zwar vor allem einer von Frauen gegen Frauen. Denn sowohl die meisten „Ernährungsberater“ als auch der Großteil ihrer folgsamen Schüler seien weiblich, so Pollmer. Mit den scheinbar gutgemeinten Tipps würden Frauen andere Frauen aus dem Wettstreit um Partner hinauskicken.

Abmagerungskuren hinterließen nämlich vor allem an Körperteilen wie dem Busen ihre schlaffen Furchen, was die äußere Attraktivität des Diät-Opfers mindere. Überdies mache Hunger aggressiv.

Mit dem Hunger hat er recht. Das soll ja auch so sein, ist von der Natur so vorgesehen seit Millionen von Jahren. Die Hunger-Aggressivität soll uns den Pepp verleihen, um auf die Jagd zu gehen. Wem nach Schmusen ist, der will dem Mammut lieber den Rüssel tätscheln, anstatt es blutig niederzustrecken zur Ernährung der darbenden Sippschaft. Beim Werben um Partner ist giftige Aggressivität hingegen weniger zielführend. In dem geheimen Zickenkrieg machen „Ernährungsberaterinnen“ also ihre potenziellen Konkurrentinnen äußerlich wie innerlich hässlich, um sich selbst einen Vorteil zu verschaffen. Was für ein gemeines Spiel!

Und was für eine erfreuliche Enthüllung! Dann lasst uns also schmausen und den ganzen miesepeterigen Ratgeberquatsch zum Altpapier geben. Pollmer ist übrigens nicht der erste, der sich über die vermeintlich gesundheitsfördernden „Erkenntnisse“ der Ernährungsberater lustigmacht. Erst unlängst amüsierte sich ein anderer über die jahrzehntelang herumgereichte Behauptung, Kaffeetrinken entziehe dem Körper Feuchtigkeit: „Da trinken die Leute schwarzes Wasser und lassen sich tatsächlich einreden, dadurch verlören sie Flüssigkeit“, lachte sich der Kommentator kringelig. Richtig, bei Lichte betrachtet erscheint das wirklich ganz schön blödsinnig.

Also her mit dem Eis und dem Würstchen und was nicht alles! Ohne schlechtes Gewissen – ist das nicht toll?

Das kommt auf den Standpunkt an. Nicht bloß die vielen Ernährungsberater sähen die Auflösung ihres Marktes gewiss ungern. Auch die Politik dürfte bitter enttäuscht sein. Gerade erst hat sie begonnen, das Feld der „gesunden Ernährung“ als neue Geldquelle zu erschließen. Nur zum Besten der Bürger (wie immer!) haben Länder wie Dänemark damit begonnen, eine Sondersteuer auf besonders fetthaltige Nahrung zu erheben. Und beim Fett wird es kaum bleiben. Irgendetwas „Ungesundes“ lässt sich in fast jedem Nahrungsmittel finden. Der Horizont neuer Steuerquellen ist grenzenlos!

> Interessant: Die Lohnsteuern steigen, die Löhne stagnieren. Wie geht das eigentlich?

Das muss er auch sein, denn dem Staat mangelt es dramatisch an Geld. Obwohl die Steuerquelle so prächtig sprudelt wie noch nie, will Wolfgang Schäuble auch in diesem Jahr 25 Milliarden Euro an neuen Schulden aufnehmen. Die Medien sind begeistert: „Deutschland baut Schulden ab!“

Moment, was jetzt? Wie kann man Schulden abbauen, wenn man doch in Wahrheit neue Schulden aufnimmt? Ganz einfach: Der „Abbau“ misst sich am erwarteten Wirtschaftswachstum. Wenn die Wirtschaft etwas schneller wächst als der Schuldenberg, sinken die Schulden im Vergleich zur gesamten Wirtschaftsleistung. Außerdem zahlt der deutsche Staat kaum mehr Zinsen für seine Schulden, was die Last zusätzlich senkt.

Kompliziert? Gut so! Es ist besser, wenn die Masse nicht so genau kapiert, was da eigentlich abgeht. Verstünde sie das alles, könnte es für Schäuble und Co. ziemlich ungemütlich werden. Die Schulden macht er nämlich vor allem bei großen Versicherern, die dafür Zinsen akzeptieren müssen, die weit unter der Inflationsrate liegen. Bei den Versicherern liegen unsere privaten Renten- und Lebensversicherungen, die damit immer mehr an Wert verlieren. Kurzum: Schäubles „Schuldenabbau“ ist in Wahrheit eine schleichende Plünderung der privaten Ersparnisse zugunsten der Staatskasse, mit der die Politik ihren europäischen Traum finanziert.

Man stelle sich vor, die Deutschen wüssten das! Das könnte in „populistische Forderungen“ münden wie: „Ich will mein Geld nicht verlieren!“ Beängstigend. Aber wie gesagt: Die Masse versteht den Unterschied von „real“ und „nominal“ ebenso wenig wie den zwischen „netto“ und „brutto“.

Deshalb fällt zum Glück kaum auf, dass Schäuble sich im ersten Halbjahr 2013 über ein Plus von sagenhaften 7,2 Prozent bei den Lohnsteuer-Einnahmen freuen konnte, während das Plus bei den Arbeitnehmern viel magerer ausfiel.

Die Politik hat es so gedreht, dass von jedem Euro Lohnerhöhung mehr als 60 Cent gleich wieder an den Staat gehen. Zieht man von den restlichen knapp 40 Cent noch die Preissteigerung ab, gehen die Lohnempfänger trotz scheinbar ordentlicher Gehaltsanhebung praktisch leer aus.

Doch, wie schon erwähnt: Es ist leider noch immer nicht genug. Trotz gewaltiger Einnahmen aus der Kfz- und der Mineralölsteuer soll daher nun die Pkw-Maut obendrauf kommen. Natürlich, so beteuern sie derzeit, nur, um die durchfahrenden Ausländer zur Kasse zu bitten. Doch Brüssel wird schnell feststellen, dass das „Diskriminierung“ sei. Dann werden die deutschen Politiker aber schimpfen und unter einem Schwall von Krokodilstränen verkünden, dass die Maut – ganz und gar gegen ihren Willen, Brüssel ist schuld! – leider auch auf alle deutschen Pkw-Fahrer ausgedehnt werden muss.

Dass der „zeitlich befristete“ Soli über 2019 hinaus weiter eingetrieben wird, ist mittlerweile sicher. Er soll uns dann allen „zugute“ kommen. Merke: Immer, wenn der Staat vorgibt, „gut“ zu dir sein zu wollen, will er dir etwas wegnehmen. Und jetzt will die Kanzlerin zwar noch nicht über einen zusätzlichen „Euro-Soli“ reden. Aber wir dürfen zuversichtlich sein, dass sie nach der Wahl ein Einsehen haben wird. SPD, Grüne und Linkspartei mögen solche Sachen schon von linker Natur aus.

Dabei kann man der Politik nicht vorwerfen, beim Geldausgeben wahllos vorzugehen. Während für den nächsten Schuldenschnitt für Griechenland Milliarden bereitstehen, erwägt die Stadt Mülheim an der Ruhr, ihre U-Bahn stillzulegen. Sie hat kein Geld mehr für den Unterhalt. Die Verkehrsminister der Länder schätzen, dass die Reparatur von Deutschlands maroder Infrastruktur gut sieben Milliarden Euro jährlich kosten würde. Beim nächsten Hellenen-Schuldenschnitt wird Deutschland laut Schätzungen mit 45 Milliarden Euro zur Kasse gebeten. Was meinen Sie? Welcher „dringlichen Aufgabe“ wird Berlin wohl den Vorrang geben?

Apropos Infrastruktur: Mit dem Euro-Soli sollen in den „Krisenländern“ endlich nicht mehr bloß Banken „gerettet“, sondern auch „Investitionen gefördert“ werden, „die den Menschen vor Ort zugutekommen“. Was das für Investitionen sein dürften, wissen wir aus der europäischen Erfahrung: Vor allem Autobahnen, Schnellbahntrassen (das spanische Netz ist längst dichter als das deutsche) und andere Maßnahmen „zur Verbesserung der Infrastruktur“. In den feuchten, verwaisten U-Bahn-Schächten von Mülheim können sich die ausgeplünderten Deutschen dann zu interessanten „Tunnel-Talks“ versammeln, Thema: „Wer, verdammt nochmal, hat uns das bloß eingebrockt?“

MEINUNGEN

*Der **Lebensmittelchemiker Udo Pollmer** hält pauschale **Diätempfehlungen** für **Unfug**, der den Menschen aus „Boshaftigkeit“ eingeredet werde, um sie kleinzumachen. Die Quelle des Unheils sei ein bösartiger Kult mit der **Schuld**. In der Ernährungszeitschrift „Effilee“ (Nr. 25) erklärt er:*

„Es ist egal, was die Leute essen oder trinken, aber sobald sie dabei Vergnügen empfinden, ist es natürlich ungesund. Es ist noch nie etwas als gesund bezeichnet worden, was die meisten Menschen gerne essen. Und noch nie etwas, was die meisten nicht leiden können und ungesund wäre ... Diese verlogene Logik zielt darauf ab, die Menschen zu destabilisieren und ihnen Schuldgefühle anzuhängen. Der Appetit als moderne Erbsünde der Evolution. Schuld ist ein böses Geschäft.“

*Der Literaturwissenschaftler **Karl-Heinz Bohrer** zitierte auf seiner Gedenkrede zum 70. Jahrestag des **Hitler-Attentats** vom 20. Juli eine Stellungnahme der britischen Außenministeriums von 1944, das die **Haltung der Alliierten** zum deutschen Widerstand beispielhaft beleuchtet. So stellten die Briten nach dem **Scheitern** des Putsches **befriedigt** fest:*

„Die gegenwärtige Verhaftungswelle wird zur Entfernung zahlreicher Individuen führen, die uns hätten Schwierigkeiten bereiten können ... Gestapo und SS leisten uns einen hoch einzuschätzenden Dienst durch die Beseitigung aller jener, die nach dem Krieg zweifellos als ‚gute Deutsche‘ posiert hätten.“

***Markus Theurer** warnt in der „FAZ“ vom 22. Juli davor, **Irland** als Beispiel für die **Genesung von Euro-Krisenländern** zu betrachten:*

„Tatsächlich ist die Lage prekärer als es die Anleihekurse vorgaukeln: Seit dem Herbst ist das Land zurück in die Rezession gefallen. Vor allem aber drohen die gewaltigen Altlasten der irischen Bankenkrise weiterhin, das Land zu erdrükken ... Noch immer sitzen die Geldhäuser auf einem Berg Problemkredite. Der Staat hat sich mit der Bankenrettung hoffnungslos übernommen: Zwischen 2007 und 2011 stemmte die Regierung in Dublin mehr als 40 Prozent der gesamten staatlichen Kapitalhilfen für Banken in Europa – dabei macht das kleine Land nur rund 1,3 Prozent der europäischen Wirtschaftsleistung aus.“

*Mit der Parole „Menschen sind keine Zahlen“ protestierten **griechische** Gewerkschaften **gegen** den Besuch von Bundesfinanzminister **Schäuble** in Athen. Der bekannte Wiener Publizist **Christian Ortner** fragt sich, was sie damit meinen:*

„‚Menschen sind keine Zahlen!‘ Was aber bedeutet diese wunderbare Formulierung eigentlich genau? Ins Deutsche übersetzt: Da die griechischen Gewerkschaften keine Lust haben, ihren verfetteten Beamtenapparat auch nur ein wenig zu verkleinern, sollen die Geldgeber im Norden eben noch mehr Geld geben. Das ist damit gemeint. Hinter dem scheinbar so menschenfreundlichen Slogan steht also nichts anderes als die Forderung, den einen Europäern gegen deren Willen Geld wegzunehmen und es anderen Europäern zu geben, die es nicht verdient haben.“